

Die Spalte der Pressereferenten

Der Leser bekommt diesmal eine Doppelnummer in die Hand. Zum Thema „LADINER IN SÜDTIROL“ sind uns eine Reihe interessanter Beiträge zugegangen, die wir entweder in zwei aufeinanderfolgenden Nummern oder in einer Doppelnummer abdrucken konnten. Aus Gründen der Einfachheit und zur besseren, einheitlichen Darstellung des Themas haben wir dann für diese letztere Möglichkeit entschieden. Wir sind überzeugt, auf diese Weise auch den Freunden und Lesern unserer Zeitschrift einen Dienst erwiesen zu haben.

Neben den Beiträgen zum Rahmenthema kann man in dieser Ausgabe auch eine Buchvorstellung und einen Artikel von Josef Stricker zur Stellung der Kirche zur Eigentumsfrage finden.

Die Leser werden auch eine Neuigkeit vorfinden: versuchsweise wollen wir in unserer Zeitschrift das EDITORIAL einführen. Es beschäftigt sich mit Themen, die zwischen zwei SKOLAST-Nummern besonders aktuell gewesen sind. Das SKOLAST-Editorial wird entweder vom Vorsitzenden, von einem Vorstandsmitglied oder vom Vorstand gemeinsam verfaßt. Dadurch soll auch die Meinung der SH-Führung direkter zum Ausdruck kommen; was sicherlich einen Beitrag zur vereinsinternen Diskussion darstellen kann. Die nächste Nummer des Skolast wird sich mit folgendem Thema beschäftigen: Österreicher über Südtirol.

Redaktionsschluß: Ende August.

Klaus Menapöcc
Guido Denicolò

INHALT

- 1 EDITORIAL, *Günther Pallaver*
- Ladiner in Südtirol**
- 3 Historisches zur Ladinerfrage, *Leopold Steurer*
- 4 Urteile über Ladiner: *Franz Tumlner*
- 5 Urteile über Ladiner: *Hans Kramer*
- 10 „Die Ladiner“, *Brigitte Comploj*
- 13 Ladinien und seine Sprache, *Heidi Runggaldier*
- 15 Schule in Ladinien, *Elisabeth Höglinger*
- 16 Die „echten“ und echten Ladiner, *Theodor Riffesser*
- 19 Der Ladinischunterricht an der Grundschule, *SKOLAST-Gespräch von Elisabeth Höglinger*
- 20 Das Ladinische Kulturinstitut - Istitut Ladin „Micurà de Rü“, *Lois Craffonara*
- 21 Jamento, *Markus Vallazza*
- 23 Begegnung mit Max Tosi, *Elisabeth Höglinger*
- 23 MAX TOSI: „Prim dè jenè 1940“ und „L'ultim rusinè dla bestia“, Gedichte (*Übersetzungen auf Seite 22*)
- 24 Die Comunanza Ladina a Bulsan, *Karl Willeit*
- 26 Bantustan Ladinien, *Alexander Langer*
- 27 Wirtschaftliche Expansion und Landschaftszerstörung in Ladinien, *Edgar Moroder*
- 29 Kunst und Kunsthandwerk in Gröden, *SKOLAST-Gespräch von K. Menapöcc und G. Pallaver mit J. Kostner, W. Senoner, Franz Thaler und A. Vallazza*
- 31 Die getrennten Gebrüder Ladinien: Buchensteiner und Ampezzaner, *Josef Richebuono*
- 32 Ladiner im Trentino: die Fassaner, *Veronica Piccoliori (Die Bilder sind von Josef Kostner)*
- 33 Soziologie einer Minderheitenfrage, Buchvorstellung *Guido Denicolò*
- 37 Christentum und Eigentum, *Josef Stricker*
- 41 Bemerkungen zum Pariser Vertrag, *Emil Stocker*
- 44 michl, von *linus*
- 45 Innsbruck, 29. Mai 1979, *Redaktionsgruppe Innsbruck*
- 46 Übersetzung des Gedichtes auf dem Titelbild
- 47 Promotionen
- 48 Resolution des SH-Ausschusses

Editorial

In der „Profil“-Nummer 4/April 1979 setzt sich die Junge Generation (JG) in der Südtiroler Volkspartei endlich einmal etwas seriöser mit der Südtiroler Hochschülerschaft (SH) auseinander, nachdem sie es im letzten Jahr mit einigen Glossen versucht hatte, die ein derart niederes und zum Teil stupides Niveau gehabt hatten, daß sich selbst eingefleischte SVP-Mitglieder darüber geärgert hatten.

Autoren der letzten SH-Analyse ist Dr. Reinhold Marsoner, Experte der JG in Sachen Hochschülerschaft, der sich bei dieser Arbeit sicherlich große Mühe gegeben hat, wiewohl das Ergebnis seiner Untersuchung eher enttäuschend ist.

Ich erlaube mir dieses Urteil schon anleitend abzugeben, da mir der Presseferent der JG, Markus Perwanger, (wir sind alle Freunde) vor nicht allzulanger Zeit prophezeit hatte, die nächste Profikolumne werde sich mit der SH auseinandersetzen, scharf, wie er meine, und heinhart, und er sage es mir deshalb schon jetzt, damit ich mich wappnen könne.

Gut — ich hatte mich gewappnet, um all die beinharten Angriffe zumindest einigermaßen aufzufangen, aber zu meinem Leidwesen hat der Artikel von Reinhold Marsoner leider nichts Neues gebracht, außer, daß man die alte Platte über den Kommunismus wieder ablaufen läßt.

Der selbst- und vielgepriesene Schwung der JG blüht auch diesmal wieder auf der Strecke und es fällt mir deshalb leicht, auf die allbekannten Angriffe zu antworten.

Es ist natürlich sehr wahrscheinlich, daß die JG bei der Lektüre meiner Eingegnung sofort behaupten wird, ich bediene mich wieder einmal mehr linkslastiger Demagogie und gehe auf Argumente gar nicht ein. Doch darüber sollen die Leser am besten selbst urteilen.

Die etwas mehr als zwei „Profil“-Spalten lange SH-Analyse weist zwei zentrale Argumente auf: die SH als Vorfeldorganisation der KPI (2/3 des Artikels) und die SH als lächerliche Minderheit der Studenten, der die große Masse der Südtiroler Studenten feindlich gegenübersteht.

Zum ersten Punkt: Die JG, und in diesem Falle R. Marsoner, bleibt ihrer scheinbar atibewährten Strategie, sich mit andersdenkenden Personen und Gruppierungen auseinanderzusetzen, nach wie vor treu: sie heizt, konstruiert Querverbindungen und arbeitet ausschließlich mit der antikommunistischen Planiertraupe. Diese Methode, die ebenso atibewährt wie unmoralisch ist, gipfelt in unserem Falle in der eindeutigen Feststellung, die SH sei ein Anhängsel, ein Befehlsempfänger und Handlanger der KPI.

Den ersten „Beweis“, den R. Marsoner dafür verwendet, ist eine Resolution des SH-Ausschusses vom Juli 1977, in der die landesweit durchgeführte Plakataktion der JG in der SVP zum Thema Kommunismus — unabhängig von jeder ideologischen Fragestellung — entschieden abgelehnt wird, um die demokratische Auseinandersetzung nicht im Klima der Intoleranz und Irrationalität zu führen.

Der Leser erinnert sich vielleicht noch an jene schwarzen Plakate mit viel Stacheldraht und dem Slogan: Freiheit statt Kommunismus, wogegen sich die SH in ihrer Resolution ausgesprochen hatte und wobei es insbesondere um die Methode der politischen Auseinandersetzung ging.

Wie berechtigt damals diese Art von politischer Propaganda abgelehnt wurde, zeigt nicht nur die heftige Polemik in Deutschland um den früheren Wahlsieger der CDU/CSU: Freiheit statt Sozialismus (sogar viele Konservative lehnten diese Art von Kampagne ab, weil gerade dadurch die Tendenz zu Hysterie und Irrationalität ständig wuchs), sondern selbst kirchliche Kreise unseres Landes sprachen sich gegen solche Methoden politischer Schwarzmalerei aus.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an ein Interview, das Dr. Josef Innerhofer, Direktor der Diözesanzeitung „Katholisches Sonntagsblatt“, dem SKOLAST gab (Nr. 3/1977). Bei der Frage, ob er der Meinung sei, daß „die antikommunistische Propaganda, wie sie von der SVP und ihrer Jungen Generation betrieben wird, alle Aspekte der Problematik erschöpfend behandelt und daher in Ton und Substanz richtig ist“, antwortete dieser: „Nein, man sollte mehr auf die Thematik eingehen und weniger hetzen.“

Zu dieser Aussage, die von offizieller kirchlicher Seite gemacht wurde und sich in der Substanz mit den Feststellungen der SH-Resolution zu dieser Thematik deckt, schweigt sich die JG allerdings aus, zumal der Kirche bei Gott kein kommunistischer Stempel aufgedrückt werden kann.

Im Zuge des Versuchs, die SH als Bestandteil der KPI dahinzustellen, durfte natürlich der „Offene Brief“ nicht fehlen, der laut R. Marsoner „mit großem Getöse und kommodiantenhaftem Auftritt inszeniert wurde“.

Mich persönlich freut es natürlich immer wieder, wenn die JG auf den „Offenen Brief“ zu sprechen kommt, da man jedesmal merkt, daß sie nicht so recht weiß, wo und wie sie diesen aufessen soll, um dann, wenn sie es einmal tut, gleich wieder ins Fettnäpfchen zu treten.

Zwar war der Chefideologe der JG, Dr. Hans Benedikter („Wir brauchen keine Ideologie!“), mit seiner Behauptung

bei der SVP-Landesversammlung 1978, alle 83 Unterzeichner des Briefes seien Trittbrettfahrer und nützliche Idioten des Kommunismus, arg unter die Räder gekommen, doch dessen ungeachtet behauptet dies die JG ein Jahr später prompt wieder.

Den „Offenen Brief“ als Beweis heranzuziehen, daß die SH „peinliche Gemeinaktionen mit der KPI habe“, spricht für sich und bedarf wohl keines weiteren Kommentars. Wer dennoch einen weiteren Beweis für das „Kommunistische Manifest der 83“ haben möchte, der wende sich bitte an Personen wie Otto Sauer, Hans Widmann, Robert Pöder, Elisabeth Baumgartner, Hellmuth Ladurner, Hartmut Lindenmeyer usw., die alle das „Pamphlet“ unterzeichnet haben.

Übrigens — wie richtig die SH mit ihrer Initiative gelegen ist, das zeigt wohl am besten das Beispiel „Dolomiten“, die trotz ihrer Monopolstellung noch nie den Mut gehabt haben, sich mit dem „Offenen Brief“ auseinanderzusetzen, wo sie doch sonst alles, was nicht nach geistigen Lederhosen schmeckt, mit ihrer antikommunistischen Welle anplamieren.

In seiner SH-Analyse zitiert R. Marsoner auch offizielle Aussagen des KPI-Sekretärs D'Ambrosio, der „das berühmte Dokument der 83 und die Stellungnahmen der SH“ bei der letzten Landesversammlung „gleich zweimal lobend hervorhebt“.

In diesem Zusammenhang wird dann weiters behauptet, daß „die Wort- und Begriffswahl im Referat (D'Ambrosio) in frustrierendem Maße an jene in den Resolutionen und Stellungnahmen der SH erinnert“.

Wenn sich also laut Profil die SH mit ähnlichen Begriffen wie die KPI für mehr Demokratie in Südtirol einsetzt, das Siegesdenkmal als faschistisches Protzwerk ablehnt, gegen nationalistische Umtriebe eintritt, so ist sie philokommunistisch, weil die KPI ähnliche Dinge vertritt. Im gleichen Atemzug könnte die SH aber auch philo-SPS sein, die sich ja auch für mehr Demokratie in Südtirol einsetzt, oder gar philo-PDU, die an und für sich puncto Demokratie formal auch daselbe vertritt.

Wenn die KPI Stellungnahmen der SH lobend hervorhebt, so habe ich nichts dagegen einzuwenden, solange die KPI nicht versucht, die SH zu vereinnahmen, was aber für jede Partei gilt.

Im Grunde genommen geht es der JG aber nicht einzig und allein um die Politik der KPI, sondern vor allem darum, unter dem Deckmantel des Antikommunismus andersdenkende Personen und Kreise unseres Landes mundtot zu machen, ihnen ihr Anderssein auszutreiben und die Totalitarismusplattform nur für politisch Gleichgesinnte gelten zu lassen.

Kritik an Demokratie, an der Kulturpolitik unseres Landes, am Gesellschaftssystem wird deshalb sogleich

mit dem Hüllall zur Kommunisten- und Sympathisantenkarte verbunden. Wenn es so weitergeht, wird unter dem Deckmantel des Antikommunismus auch noch der letzte „Muckser“ in Südtirol ausradiert werden und womöglich noch für den Abbau demokratischer Grundwerte und für Maßnahmen in Richtung Polizeistaat plüdiert, insbesondere wenn man Zitate des von der JG hoch in Ehren gehaltenen Otto von Habsburg kennt, der für eine zeitweilige Einführung einer Diktatur eintritt, falls Gefahr von links (vor allem) oder rechts drohe.

Ich will damit nicht behaupten, daß die JG nur unter diesen Aspekten zu betrachten ist, aber es gibt bestimmte Querverbindungen, die einfach nicht von der Hand zu weisen sind, wenn man die politische Heimat der JG

näher betrachtet. Deshalb: Wehren den Anfängen!

Das letzte Drittel der SH-Analyse ist der Frage gewidmet, wen und wieviele Studenten die SH überhaupt vertritt. Diese Argumentation mußte natürlich kommen, denn von Zeit zu Zeit taucht die Frage der Repräsentativität immer wieder auf, besonders wenn es sich um solche Institutionen handelt, die den „herrschenden Machthabern“ nicht ihre gebührende Verehrung erweisen.

Ich will mich hier nicht viel mit Zahlen spielen beschäftigen, doch ist eingangs einmal festzuhalten, daß es keine genaue Statistik gibt, wieviele Südtiroler Studenten an in- und ausländischen Hochschulen studieren. Nach der letzten Schätzung des Amtes für Bildungsplanung in der Südtiroler

Landesregierung (Schriftreihe des Assessorates für öffentlichen Unterricht und Kultur, Heft 1/1979 Reihe C - Seite 83-88) dürfte es ungefähr 2.000 bis 2.200 Südtiroler Studierende geben. Die SH hatte 1977 ca. 1.200 Mitglieder, wobei die Mitgliederzahl in den letzten zwei Jahren sehr stark angestiegen ist. Es kann sich somit jeder selbst ausrechnen, wieviel Mitglieder die SH im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studenten vertritt.

Das Schöne an der ganzen Sache allerdings ist, daß die JG — und dies nicht erst seit gestern — immer von jener großen schweigenden Mehrheit der Studenten spricht, die in ihrer Gesamtheit in verstockter Gegnerschaft zur SH stehen. Nun, so wird sich einer fragen, wo ist sie denn, diese schweigende Mehrheit, diese Pata Morgana, oder schweigt sie etwa nur, weil sie gar keine Mehrheit ist?

Überhaupt wird in dieser Hinsicht eine recht eigenartige Philosophie vertreten. Die JG und alles, was damit zusammenhängt, hat früher, als sie unter den Studenten noch etwas glaubwürdiger war, jeden Wahlsteg ihrer Gruppe als eine überwiegende Mehrheit der Studenten dahingestellt. Heute, weil sie in der SH überhaupt nichts zu melden hat, ist es genau umgekehrt: man versucht kämpfhaft mit allen Mitteln die Frage der Vertretung als eines der wichtigsten Argumente für die Existenzberechtigung jeden Vereins hochzuspielen. — und in unserem Fall ganz besonders.

Auch kann man die Feststellung machen, daß gerade die JG, die mit aller Vehemenz das Subsidiaritätsprinzip vertritt und möglichst alles privaten Vereinen überträgt, gerade der SH vorwirft, nur ein privater Verein zu sein.

Im übrigen hat sich die SH nie angetraut, in politischen Fragen im Namen aller Studenten zu sprechen, doch würde sie ihrer Funktion sicherlich nicht gerecht werden, wenn sie sich nur auf bestimmte korporative Aufgaben beschränken würde.

Abschließend möchte ich noch folgendes festhalten: Die SH vertritt seit ihrer Emanzipation, seitdem sie den Fittichen der SVP als Vorfeldorganisation angeschlossen ist, summarisch betrachtet eine politisch progressive Linie. Diese politische Linie beruht auf dem Konsens aller Kräfte links von der Mitte. Es ist somit klar, daß es bestimmte ideologische Affinitäten mit den Parteien des fortschrittlichen Lagers gibt, die niemand leugnet und auch niemand unter den Schamel stellen will.

Was bei all diesen Überlegungen aber nach wie vor ganz entschieden unterstrichen werden muß, das ist die Forderung der SH, eine von allen Parteien unabhängige Organisation zu sein und zu bleiben und darauf zu achten, nicht zum Teppichabstreifer irgend einer Partei zu werden, unabhängig davon, ob diese Partei KPL, SVP oder wie immer heißt.

LITERARISCHER WETTBEWERB

Liechtensteinpreis

zur Förderung junger Talente

Der P.E.N.-Club Liechtenstein setzt für Jugendliche im Alter von 15 bis 23 Jahren drei Preise in Höhe von je 3.000 Sfr. (ca. eine und eine halbe Million Lire) aus.

Prämiert werden:

1. Das Gedicht von stärkster dichterischer Kraft,
2. Die Kurzgeschichte, die von Einfalt und Sprache her am besten verfaßt ist,
3. Der Essay, der einen Sachverhalt mit fundierter Kenntnis sprachlich am klarsten und überzeugend darstellt.

Als thematische Zielrichtung wird der Versuch empfohlen, die Welt von heute und die sich anbahnenden künftigen Entwicklungen kritisch in den Blick zu nehmen und sich kreativ dazu zu äußern. Der Umfang der Beiträge ist beim Gedicht auf 80 Zeilen, bei der Kurzgeschichte und beim Essay auf 210 Zeilen begrenzt.

Ausgeschrieben wird der Wettbewerb in den Ländern Liechtenstein, Schweiz, Österreich (einschließlich Südtirol), BRD, DDR. Aus den Arbeiten, die in den teilnehmenden Regionen als preiswürdig erachtet worden sind, wählt der P.E.N.-Club Liechtenstein je drei Landesbeste. Diese (maximal 15) Landesbesten werden als Gäste nach Liechtenstein eingeladen und erwählen aus ihrem Kreis die drei Sieger des Liechtensteinpreises.

Die Preisverteilung ist für Mai 1980 vorgesehen. Die ausgewählten Arbeiten werden in der Literaturzeitschrift „Zifferblatt“ und in anderen literarischen Zeitschriften veröffentlicht.

P.E.N.-CLUB LIECHTENSTEIN

Modalitäten:

Die Arbeiten, mit Kennwort versehen, maschinengeschrieben und in vierfacher Ausführung müssen anonym bis zum 1. Oktober 1979 durch die Post an den Kreis für Literatur im Südtiroler Künstlerbund, 39100 Bozen Haus der Kultur „Walther von der Vogelweide“, gesandt werden.

Der Briefumschlag, der sie enthält, sei auf dem Rücken mit dem Kennwort und dem Vermerk „Liechtensteinpreis“ versehen. Derselbe Briefumschlag enthalte einen verschlossenen, mit Kennwort versehenen Umschlag, der seinerseits einen kurzen Lebenslauf des Teilnehmers enthalte mit folgenden Angaben: Name und Anschrift, Geburtsort und Geburtsdatum, Studiengang bzw. Arbeitsplatz, Name und Beruf der Eltern.

Die Ermittlung der Preisträger erfolgt durch eine Jury, die aus mehreren qualifizierten Personen bestehen wird.

Eventuelle Auskünfte erteilt das Sekretariat des Südtiroler Künstlerbundes (Frau Heidi Huber), Tel. (0471) 2 70 37 oder Dr. Alfred Gruber, Johann-Neum Dorf Tirol, Tel. (0473) 9 33 23.

KREIS FÜR LITERATUR IM SÜDTIROLER KÜNSTLERBUND

Ladiner in Südtirol

Leopold Steurer

Historisches zur Ladinerfrage

In diesem Artikel wird versucht zwei Probleme der Ladiner unseres Landes, die in den letzten Jahrzehnten eine zentrale Rolle gespielt haben und bis heute noch ihre Nachwirkungen haben bzw. wieder aktuell zu werden scheinen, zu behandeln. Es sind dies die Sprachenfrage in den Schulen Südtirols vor 1914 und das Problem von Option und Umsiedlung.

Aus technischen Gründen wurde dabei auf einen Anmerkungsapparat verzichtet. Alle im Artikel verwendeten Zitate stammen aus den am Ende des Artikels angeführten archivalischen Quellen und Publikationen.

„Deutschtiroler! Mit Bangen sehen wir Ladiner der Zukunft entgegen! Die Stunde, die über unser Schicksal und über die Zukunft unserer heimatlichen Täler entscheidet, steht unmittelbar bevor... Wie die übrigen Völker Österreichs verlangen auch wir, die älteste bodenständige Bevölkerung Tirols, das Selbstbestimmungsrecht! Wir sind keine Italiener, wollen von jeher nicht zu ihnen gezählt werden und wollen auch in Zukunft keine Italiener sein. Ein selbständiges Volk, das seine Geschichte selber bestimmt! Unser Volkscharakter, unsere Sitten und Gebräuche, unsere wirtschaftlichen Interessen, die neuen Dolomitenbahnen, die großartigen Dolomitenstraßen, Handel und Gewerbe, Fremdenverkehr und Industrie erheischt einen Anschluß an Deutschland, an unsere nördlichen Nachbarn... Tiroler sind wir und Tiroler wollen wir bleiben!“

Mit diesem Aufruf der 12 Gemeinden aus Gröden, Enneberg, Buchenstein und Fassa wandten sich Ende Oktober 1918, als die österreichisch-ungarische Monarchie de facto bereits zu bestehen aufgehört hatte und nur mehr wenige Tage bis zu ihrem offiziellen Zusammenbruch bevorstanden, die politischen Vertreter der Dolomitenladiner an die Deutschtiroler. Wie O. Stolz richtig bemerkt, faßt dieser Aufruf mehrmals „mit eindrucksvoller Kraft und Bestimmtheit das völkische und politische Gefühl der Ladiner (zusammen), wie es sich durch Jahrhunderte bewährt hatte“.

Drei Dinge, so scheint mir, sind an diesem Aufruf bemerkenswert. Einmal die Bezeichnung als die älteste bodenständige Bevölkerung Tirols, so wie dies die „Alpenromanen“ zweifellos waren und deren geschlossenes Siedlungs- und Sprachgebiet dem schweizerischen Sprachforscher Leza Uffer zufolge ursprünglich „vom Gotthard bis nach Udine“ reichte, bis dieser kompakte galloromanisch-rätische Block ab dem 7. Jahrhundert von der bairisch-alemanischen Landnahme langsam aufgebrochen und zersplittert wurde und schließlich in die drei heute noch bestehenden rätoromanischen Inseln (Graubünden/romansch, Dol-

omiten/ladinisch, Friaul/furlanisch) zerfiel.

Der zweite bemerkenswerte Punkt ist die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht, wohl im Sinne des 14-Punkte-Programms W. Wilsons bzw. des Völkermanifests Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918, in dem der Kaiser als letzten Rettungsversuch die Umwandlung der österreichischen Reichshälfte in einen Bund freier Nationalstaaten ankündigte. Das heißt, daß sich also die Ladiner als „selbständiges Volk“ mit denselben Rechten der übrigen Nationen der Monarchie betrachteten.

Und schließlich sprechen die Ladiner offen aus, daß es neben der langen kulturellen Verbundenheit mit dem „Deutschtum“ vor allem auch wirtschaftliche Gründe sind, die den Anschluß ihrer Täler an den deutschen Teil Tirols erfordern. In dem Passus des Aufrufs, daß sie von jeher nicht zu den Italienern gezählt werden wollten, klingt wohl ein wenig von jener Erbitterung über die politisch-kulturelle Behandlung unter der Monarchie an, die keineswegs im Sinne einer Anerkennung der Ladiner als älteste Bevölkerung Tirols bzw. als ein selbständiges Volk bezeichnet werden kann. Dazu genügt eine kurze Betrachtung der Probleme der Volkszählungen sowie der Sprachen- und Schulfrage in den ladinischen Tälern in den letzten Jahrzehnten der Monarchie.

Wie allgemein, so wurde — nach dem kurzen Zwischenspiel von 1848 — auch in bezug auf die Ladiner die Nationalitätenproblematik vor allem mit der Einführung des Reichsvolksschulgesetzes von 1869 wirklich aktuell, mit jenem Gesetz, das die allgemeine Schulpflicht der Kinder und die Erhaltung der Schulen durch die Gemeinden regelte. Und ganz konkret ging es nunmehr um die Frage: wie sollte Artikel XIX des österreichischen Staatsgrundgesetzes von 1867, der jedem Volksstamm der Monarchie sein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Sprache und Kultur zusicherte, verwirklicht werden. Allein schon die Tatsache, daß das Landesschulgesetz für das Kronland Tirol-

Vorarlberg — sagen wir einmal die „Durchführungsbestimmung“ zum Reichsvolksschulgesetz — erst im Jahre 1892 verabschiedet werden konnte, zeigt uns die Bedeutung des Problems. Wenngleich für diese lange Verzögerung in erster Linie ausschlaggebend war, daß die damalige kirchlich-konservative Mehrheit des Tiroler Landtages bzw. Landesschulrates gegen das liberale Staatsgesetz opponierte und in Tirol auch weiterhin die ausschließliche Aufsicht und Leitung über die Schule der Kirche vorbehalten wollte, so war jedoch auch die nationale Frage von Bedeutung.

Der Sprachenstreit in der Schule begann in Enneberg. Nach einem bisherigen Vorwiegen des Italienischen in der Schule Ennebergs, beschloß 1873 der Tiroler Landesschulrat das Deutsche als alleinige Unterrichtssprache mit dem Ladinischen als Hilfsprache („Vermittlungssprache“) zu verwenden. Dieser Beschluß erfolgte gegen den erklärten Willen des ladinischen Klerus, der in der damaligen eher liberalen österreichischen Gesetzgebung und Schulpolitik eine religiöse Gefahr erblickte und daher für die Befehaltung des Italienischen war. Die politischen Vertreter der Ladiner — also die Gemeindevorsteher — befürworteten hingegen mehrheitlich die deutsche Unterrichtssprache auf Grund ihrer wirtschaftlichen und politischen Vorteile. Und politische Überlegungen waren es auch gewesen, die den Tiroler Landesschulrat zu diesem Beschluß bewegen hatten. In dem Antrag, mit dem der Landesschulrat 1873 das Unterrichtsministerium in Wien um die Genehmigung dieses Beschlusses ersuchte, heißt es, daß neben sprachlich-kulturellen Motiven „auch ein politisches Motiv von großer Tragweite“ dieser Entscheidung zugrunde liege. Denn es kann, so der Tiroler Landesschulrat 1873, „für Tirol sowie für den österreichischen Staatsgedanken nicht gleichgültig sein, ob durch das Obsiegen der einen oder anderen Kultursprache, was früher oder später doch unvermeidlich ist, die ladinische Bevölkerung von deutschen oder italienischen Elementen aufgesogen, — sans phrase — ob sie germanisiert oder italienisiert wird“.

Diese nach Meinung des Landesschulrates auf lange Sicht unvermeidliche Emnationalisierung der Ladiner wurde damit begründet, daß eben in Enneberg mit seinen 3.755 Einwohnern der Artikel 6 des Reichsvolksschulgesetzes (Unterricht in der Muttersprache) praktisch nicht angewendet werden könne. „Das Haupthindernis“, so wurde argumentiert, „eines geordneten Schulunterrichts und der Erreichung eines leidlich genügenden Lehrzieles liegt in den dortigen Sprachverhältnissen. Die ladinische Mundart, zugleich Muttersprache der Schulkinder, ist nämlich weder eine Schriftsprache, noch ein Dialekt einer Schrift- und Kultursprache, sondern ein selbständiges romantisches Idiom, dessen Wortvorrat einen sehr bo-

schränkten Kreis von Vorstellungen und Begriffen umfaßt und dessen geringe Ausdehnung auf 5.735 Seelen (nach der Volkszählung vom 31. Dezember 1869) jeden Gedanken an die Möglichkeit ausschließt, daß sich daselbe jemals zur Schriftsprache ausbilden könnte. Da ferner kein gedrucktes Buch in diesem Idiom existiert, so setzt die Volkssprache selbst jedem Streben nach besserer Schulbildung eine unübersteigliche Schranke... Wie Kenner des ladinischen Idioms behaupten, steht dasselbe der italienischen Sprache von heute ebenso nahe oder fern, wie der deutschen, bietet somit vom linguistischen Standpunkt aus keinen Bestimmungsgrund für die zu treffende Wahl“.

Als ein solcher „Bestimmungsgrund“ wurden also politische und wirtschaftliche Überlegungen genommen: die bereits erwähnte Notwendigkeit der Förderung des „österreichischen Staatsgedankens“ sowie die unbestreitbare Tatsache, daß Enneberg in geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht eben auf das deutsche Fustertal hin orientiert sei. Wenngleich diese ökonomischen Interessen der Enneberger Bevölkerung anzuerkennen sind — und im Falle der ladinischen Täler von Fassa, Buchenstein und Ampezzo mit deren Orientierung nach dem italienischen Süden und daher der Beibehaltung des Italienischen als Unterrichtssprache bis 1914 offensichtlich auch respektiert wurden — so kann jedoch der Argumentation des Tiroler Landesschulrates nicht eine völlig korrekte Behandlung der Frage bescheinigt werden. Dies betrifft einmal die Feststellung, daß es eben bisher noch kein gedrucktes ladinisches Buch gebe und andererseits die apodiktische Behauptung, daß sich das ladinische Idiom niemals zu einer Schrift- und Kultursprache entwickeln könne. Kirchliche Andachtsbücher in Ladinisch gab es (wenn auch nicht gedruckt) vom Beginn des 19. Jahrhunderts an, und 1864 war durch die Publikation des Grödner Priesters Vian „Gröden, der Grödner und seine Sprache“ erstmals auch versucht worden, eine Grammatik und ein Lexikon für das Ladinische zu erstellen. Aber diese ersten Versuche — genauso wie auch alle späteren —, von kirchlicher Seite unternommen, wurden nicht weitergeführt und systematisiert. Daß aber der Weiterbestand bzw. die Entwicklung einer Sprache, eines Idioms oder Dialekts — neben verschiedenen ökonomischen, sozialen oder soziologischen Faktoren — vor allem auch davon abhängt, ob von seiten der politischen Institutionen dies erwünscht ist oder eben nicht, dürfte keiner weiteren ausführlichen Darlegung bedürfen. An diesem politischen Willen scheitert es aber damals von seiten der Institutionen gefehlt zu haben. Die Stellungnahme des Tiroler Landesschulrates läßt diese Schlussfolgerung jedenfalls zu bzw. drängt sie auf.

Mit der Einführung des Deutschen in Enneberg war der Sprachestreit

jedoch noch lange nicht beendet, und sein Fortgang wurde immer deutlicher von „nationalpolitischen“ Erwägungen charakterisiert. Auf Betreiben des Kleus kam es zu Beginn der achtziger Jahre zu verschiedenen Eingaben von Enneberger Familien an das Unterrichtsministerium, denen sich nimmehr auch ein Teil der Gemeindevorsteher anschlossen, in denen die Wiedereinführung des Italienischen als Schriftsprache und der Unterricht des Deutschen im letzten Schuljahr gefor-

dert wurde. Der Landesschulrat gab über Anraten des Unterrichtsministeriums diesen Wünschen teilweise nach, so daß ab 1883 die italienische Sprache neben der deutschen — die allerdings weiter vorherrschend blieb — wieder in einigen Wochenstunden unterrichtet wurde und zwar im Ausmaß von 2 Stunden im 3. und 4. Schuljahr und von 1 Stunde vom 5. bis zum 8. Schuljahr. Auf die neuerlichen Interventionen der Enneberger Geistlichen und Gemeindevorsteher hin wurde schließlich 1894 eine neue Regelung getroffen: nimmehr wurde bis zum Ausbruch des Weltkrieges die italienische Sprache ab der 1. Klasse mit jeweils 5 Wochenstunden und die deutsche ebenfalls ab der 1. Klasse mit 7 Wochenstunden unterrichtet — allerdings Italienisch am Nachmittag und Deutsch am Vormittag, so daß von einer gleichen Behandlung beider Sprachen noch immer keine Rede sein konnte. Während des Weltkrieges schließlich wurde aus politischen Überlegungen heraus die italienische Sprache vollkommen zugunsten der deutschen aufgegeben.

Etwas unterschiedlicher als in Enneberg war die Sprachregelung in Gröden. Nachdem bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts Deutsch wie Italienisch in den Schulen verwendet worden war, legte der Tiroler Landesschulrat 1887 nach Beratung mit den Grödner Ortsschulräten fest, daß ab nimmehr die deutsche Sprache praktisch als die ausschließliche Sprache für das Lesen und Schreiben verwendet werden sollte (mit dem Ladinischen als „Vermittlungssprache“), während Italienisch lediglich ab der 2. Klasse mit wöchentlich 2 bis 3 Stunden unterrichtet werden sollte. Im Jahre 1905 erfolgte in den Grödner Schulen eine Änderung, die die bereits bestehende Privilegierung des Deutschen weiter ausbaute: auf Anordnung des Bozner Bezirksschulrates wurde der Unterricht des Italienischen für „fakultativ“ erklärt und Deutsch zur praktisch einzigen Unterrichtssprache. Auch der Religionsunterricht, der bisher noch mit Italienisch verfaßten Büchern durchgeführt worden war, erfolgte jetzt in deutsch. Diese Regelung von 1905 blieb — trotz verschiedener Proteste von Grödner Ortsschulräten, die sich gegen eine vollständige Eliminierung des Italienischen aussprachen — bis zum Weltkrieg bestehen. Nimmehr wurde in Gröden — analog der Situation in Enneberg — auch das „fakultative“ Italienisch abgeschafft und die Grödner Schule rein deutsch (jedoch klarerweise immer mit Ladinisch als Hilfs- bzw. als Vermittlungssprache).

Völlig verschieden von Enneberg und Gröden war, wie schon oben angedeutet, die Sprachensituation in den Schulen der drei nach Belluno bzw. nach Trient hin offenen ladinischen Täler von Ampezzo, Buchenstein und Fassa. Hier blieb auch nach der Einführung des Reichsvolksschulgesetzes das Italienische die ausschließliche Un-

Franz Tumlir

Urteile über Ladinier

Ich hatte es schon einmal nicht leicht, zu einem Kapitel dieser Arbeit einen für mich richtigen Zugang zu finden; das war bei dem Thema „erste Besiedlung“. Der Grund war mein Gefühl persönlichen Beteiligenseins an dem ungesicherten Stoff. Daher die Neigung, die Dinge zu übertrieben oder sie sich zurechtzuschieben.

Ähnlich ergeht es mir mit dem Ladinischen. Hier kommt dazu das Geheimnisvolle in der Sache, das den Schreiber in Versuchung bringt, es zu mythologisieren. Ich denke aber, ich würde ihr durch scheinbare Verteidigung etwas von ihrer wirklichen Tiefe wegnehmen. Mir war deshalb das Beispiel des Bildhauers Moling willkommen als Korrektiv:

eines Mannes ladinischer Abstammung, der durchaus ein Mann seiner Zeit war. Seine Lebensdaten zeigen, wie er zu Erfolg kam. Was ihn auszeichnete, waren Geschicklichkeit, eine große Begabung, ein Springen auf bewegte Darstellung. Es sind Eigenschaften zweiten Ranges; man mag darin drei im Ladinischen häufige Eigenschaften entdecken, aber nichts Geheimnisvolles. Man fragt sich, wo es bei den Ladinern zu suchen wäre: in ihrer Herkunft, Sprache, langen Abgeschlossenheit, oder in der Landschaft, in der sie leben. In jedem dieser Dinge steckt bei ihnen etwas nicht ganz Erklärbares. Aber das reicht nicht aus für das Betroffensein, von dem immer wieder bezugt wird, daß es den Fremden berühre, je ergreife, verwandle beim Eintritt in ihre Welt. Ich will der Ursache auf die Spur kommen. Am ehesten kann ich sie bei aufmerksamem Durchgang meiner Erfahrung finden, wenn ich jede nachgeprüft habe.

terrichtssprache (mit Ladinisch als Hilfssprache), und das Deutsche wurde lediglich fakultativ (und zumeist außerhalb der normalen Schulzeit) unterrichtet. Lediglich während der letzten Kriegsjahre wurde Deutsch auch in diesen Tälern in beschränktem Maße eingeführt.

Bildete bei den beiden ladinischen Tälern Enneberg und Gröden alle schon ihre geographische Lage eine Vorbedingung ihrer Ausrichtung auf das „Deutschtum“, so kamen im Laufe der Zeit vor allem die ökonomischen Motive hinzu: seit jeher waren es die deutschen Gebiete Tirols, in die die Auswanderung zur Arbeitssuche erfolgte, nicht anders als der Absatz der natürlichen Produkte Ladinens (Holz, Vieh usw.). Am meisten verstärkend in diese Richtung aber wirkte zweifellos der seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzende Fremdenverkehr: der mit dem Bau der **Großen Dolomitenstraße Bozen—Cortina—Toblach** mit ihren Nebenlinien (fertiggestellt 1909) und mit der Tätigkeit des **Deutschen und Österreichischen Alpenvereins** (Bau und Betrieb von Schutzhütten, Ausbildung von Bergführern, Erschließung der Klettersteige usw.) einsetzende **Touristenstrom**, der vor 1914 zu ca. 90 Prozent aus deutschen Touristen bestand, bedeutete eine immer stärkere politische, kulturelle und wirtschaftliche Ausrichtung auf das „Deutschtum“. Die Bedeutung dieser Tatsache läßt sich nicht zuletzt auch noch darin ablesen, als z. B. im Jahre 1939 in Enneberg die touristischen Zentren einen meist weit höheren Prozentsatz an Opferten für Deutschland aufwiesen als die rein bäuerlichen Gebiete.

Ladiner und Volkszählungen

Bei den österreichischen Volkszählungen von 1880 bis 1910 wurden die Ladiner ohne jegliche Unterscheidung zur italienischsprachigen Bevölkerung gezählt. Die Historiker geben für diese Tatsache im allgemeinen keine Erklärungsgründe an. Diese Zurechnung zu den Italienern widersprach allerdings ganz klar der bis dahin geltenden Auffassung der Sprachwissenschaftler und Volkskundler — von deutscher Seite nicht anders wie von italienischer. O. Stolz meint, für diesen Umstand ausschlaggebend könnte gewesen sein, daß das Ladinische eben für keine Schriftsprache gehalten wurde und im amtlichen Gebrauch nicht verwendet wurde. Jedenfalls hat diese Zurechnung zu den Italienern es den Vertretern des italienischen Nationalismus (E. Tolomei, C. Battisti, C. Salvioni, G. Sironi usw.) seit der Jahrhundertwende wesentlich erleichtert, die Ladiner für sich zu „vereinnahmen“ und das Ladinische als einen italienischen Dialekt zu bezeichnen. Daran konnte auch die Tatsache nichts mehr ändern, daß in der letzten österreichischen Volkszählung von 1910 als mögliche Sprachoption der Begriff „italienisch-ladinisch“

eingeführt wurde. Zu dieser Sprachkombination bekannten sich 1910:

in Enneberg 5.251 Personen von insgesamt 5.478 Einwohnern; in Gröden 4.178 Personen von insgesamt 4.579 Einwohnern; in Fassa 4.152 Personen von insgesamt 4.166 Einwohnern; in Ampezzo 3.163 Personen von insgesamt 3.691 Einwohnern; in Buchenstein 2.827 Personen von insgesamt 2.983 Einwohnern; insgesamt 19.571 Personen von insgesamt 20.897 Einwohnern.

Diese Zahlen von 1910 bestätigten im allgemeinen die Angaben, die verschiedene Volkskundler und Sprachwissenschaftler aufgrund eigener Schätzungen früher gemacht hatten, wie etwa Beda Weber (Das Land Tirol, Band 1—3, Innsbruck 1857/35) oder der wohl bedeutendste österreichische Minderheitenstatistiker vor 1914, Carl Freiherr von Czernig (Die Verteilung der Volksstämme und deren Gruppen in der österreichischen Monarchie — Sprachgrenzen und Sprachinseln, Wien 1856).

Bei der ersten italienischen Volkszählung von 1921 konnte in der damaligen Venezia Tridentina Deutsch, Italienisch oder Ladinisch als „lingua d'uso“ angegeben werden. Zu dieser ladinischen Umgangssprache bekannten sich damals 17.406 Personen. Dazu muß vermerkt werden, daß die Bewohner von Colle S. Lucia (Buchenstein) und von Ampezzo damals sich geschlossen als Italiener bekannten (es werden dafür verschiedene Erklärungsgründe angegeben), während hingegen erstaunlicherweise die Orte Moena und Ziano im oberen Fleimstal sich fast geschlossen zum Ladinischen bekannten. In verwaltungspolitischer Hinsicht wurden die Ladiner nunmehr auf die drei Provinzen Belluno, Trient und Bozen aufgeteilt, so wie es bis heute bestehen geblieben ist. Daß aber das bloß „schlafende“, vom „Pan-germanismus“ unterdrückte Bewußtsein der Ladiner von ihrer „Ladinität“ oder „Italienität“ nicht so leicht zu erwecken war, dies mußten sich auch Theoretiker wie E. Tolomei nach 20-jähriger faschistischer Schulpolitik eingestehen. Dies bestätigte das Jahr 1943 und — wenn auch unter völlig andersgearteten Umständen — bis zu einem gewissen Grad auch die Option von 1939.

Option und Umsiedlung

Die Problematik von Option und Umsiedlung brachte für die Ladiner zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine enorme politische Aufsplitterung: das Fassa-Tal wurde bekanntlich überhaupt nicht in das Vertragsgebiet aufgenommen, in Ampezzo wurde die Option auf Intervention der Kreise um E. Tolomei verhindert und in den Tälern von Gröden, Enneberg und Buchenstein waren die Optionsergebnisse äußerst unterschiedlich (mit der höchsten Prozentsätzen in Gröden und den niedrigsten in Enneberg).

Es sind verschiedene Gründe, die an dieser Stelle eine Einschränkung der

Univ.-Prof.
Dr. Hans Kramer

Urteile über Ladiner

Es ist hier kaum der Platz, eine ausführliche Charakteristik der Eigenschaften der Ladiner zu bieten. Das ladinische Wesen war am reinsten bei den Ennebergern und ein wenig abgewandelt, bei den Grödenern ausgeprägt, relativ weniger z. B. bei den Ampezzanern. Österreich hatte jedenfalls stets an den Ladiner sehr gute Untertanen und Staatsbürger. Sie hielten vor der staatlichen und kirchlichen Obrigkeit Achtung und waren bereit, gehorsam zu sein. Sie fügten sich z. B. als einberufene Soldaten gut in das militärische Leben ein. Die Ladiner galten als treue, ehrliche und keineswegs aufsässige Arbeitnehmer. Sie waren bei ihren Arbeitgebern beliebt. Es war doch auch ein Vorteil, daß der Ladiner im Grunde sehr konservativ gesinnt ist. Es spricht nicht dagegen, daß der Ladiner trotzdem wirtschaftliche und technische Neuerungen sucht oder gerne annimmt. Die Weltanschauung bleibt konservativ. Es bot Tirol und Österreich einen Vorteil, daß die begabten, fleißigen, von Initiative erfüllten und oft sehr weltoffenen Ladiner aus ihren so abgelegenen erscheinenden Tälern etwas zu machen verstanden und Gold herbeibrachten...

Wenn man in Deutschtirol, besonders im Pustertal, Eisacktal und in Bozen gute und verlässliche Arbeitskräfte brauchte, holte man am liebsten Ladiner, zu denen man in jeder Beziehung Vertrauen hatte. Es ist an anderer Stelle davon die Rede, wie die Ladiner gute Tiroler und gute Österreicher waren und wie der allergrößte Teil von ihnen gegen Verlockungen und propagandistische Sprüche der italienischen Irredenta immun war. Man muß von Naturkatastrophen in den ladinischen Gebirgstälern absehen, für die die Einwohner nichts konnten und bei denen natürlich Land und Staat mit Geldsummen beizuspringen mußten. Aber sonst waren gerade die Ladiner ein Teil der Bevölkerung Tirols, der den Behörden sehr wenig Kummer bereitet hat. Man hört fast nichts von irgendwelchen Protesten der ladinischen Bevölkerung und ihrer Führer, obwohl sie manchmal Grund dazu gehabt hätten. Es waren geduldige Staatsbürger. Das fast einzige heikle Problem war stets die Schulfrage, von der in einem anderen Kapitel die Rede sein soll.

Darstellung von Option und Umsiedlung lediglich auf die Grödner Ladinern nahelegen: in erster Linie ist dies das für Gröden fast vollständig zur Verfügung stehende Quellenmaterial und weiters die Tatsache, daß Gröden in der gesamten Südtiroler Umsiedlungsfrage eine exemplarische Sonderrolle gespielt hat. Es ist weiters auch hier nicht der Ort, auf die in den verschiedenen Publikationen unterschiedlich angegebenen Optionszahlen einzugehen. Dazu genüge der Hinweis, daß, beginnend mit dem 1. Jänner 1940, von den verschiedenen Stellen unterschiedliche Optionsergebnisse bekannt gegeben wurden, die zu politischen Zwecken nach unten bzw. oben „frisirt“ waren, für ganz Südtirol nicht anders als für die ladinischen Täler. Im übrigen ist es auch aus rein technischen Gründen kaum möglich, mit Eindeutigkeit eine genaue Zahl der Optanten anzugeben, aus dem einfachen Grund, weil z. B. eine Reihe von Personen bereits bis zum Endtermin der Option vom 31. Dezember 1939 ein oder sogar mehrere Male „umoptiert“ hatten. Generell kann gesagt werden, daß das Optionsergebnis in Gröden in etwa dem Südtiroler Durchschnitt gleichkam, während Buchenstein und insbesondere Eneberg eine wesentlich niedrigere Optantenzahl aufwiesen. Und innerhalb der ladinischen Täler wiederum wiesen — wie bereits oben angesprochen — die touristischen Zentren einen höheren Prozentsatz an Optanten auf als die ländlich-bäuerlichen Orte.

An Stelle der vielen unterschiedlichen Optionsergebnisse seien hier die Zahlen angegeben, wie sie von der Arbeitsgemeinschaft der Optanten für Deutschland (ADO) in einer für den internen Gebrauch erstellten Statistik Anfang Jänner 1940 angegeben wurden. Diese Zahlen basieren auf den Angaben der Vertrauensleute des Völkischen Kampfrings Südtirol (VKS), des organisatorischen und politischen

Vorläufers der ADO in den Jahren 1933 bis 1939.

Demnach ergeben sich für die einzelnen Orte in Gröden und Eneberg folgende Zahlen:

| | volksdeutsche Einwohner | Optanten | in Prozenten |
|---------------|-------------------------|----------|--------------|
| St. Ulrich | 3.170 | 2.492 | 78,6 |
| St. Christina | 1.163 | 986 | 84,8 |
| Wolkenstein | 1.094 | 874 | 79,9 |
| Insgesamt | 5.427 | 4.352 | 80,2 |
| Eneberg | 2.045 | 1.326 | 65,0 |
| Abtei | 1.472 | 172 | 11,7 |
| Piccolein | 1.070 | 107 | 10,0 |
| Corvara | 459 | 270 | 57,8 |
| Insgesamt | 5.037 | 1.875 | 36,1 |

Die gesamte Umsiedlung der Optanten sollte bekanntlich nach dem Himmlerschen Dreistufenplan, wie er vom Reichsführer-SS in seiner Denkschrift vom 30. Mai 1939 und anläßlich der Berliner Umsiedlungskonferenz vom 23. Juni 1939 dargelegt wurde, erfolgen. Und zwar:

- innerhalb von 4 Wochen die Umsiedlung der reichsdeutschen Staatsbürger in Südtirol
- sodann die Umsiedlung der nichtbodengebundenen Optanten
- und zuletzt die Umsiedlung der bodengebundenen Optanten.

Wie wir wissen, ist die gesamte Umsiedlung über die Phase 2 dieses Dreistufenplanes praktisch nicht hinausgegangen, das heißt umgesiedelt wurden — mit wenigen Ausnahmen — lediglich die besitzlosen, die „nichtbodengebundenen“ Optanten. Dafür gab es vielerlei Gründe (leichtere bis „freiwillige“ Bereitschaft dieser Schichten, keinerlei Probleme bei der Einschätzung ihres Vermögens usw.). Ein solcher Grund war nicht zuletzt auch in der Tatsache zu finden, daß eine Abwanderung dieser „proletarischen Schichten“ und ihre sofortige Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß auch ohne

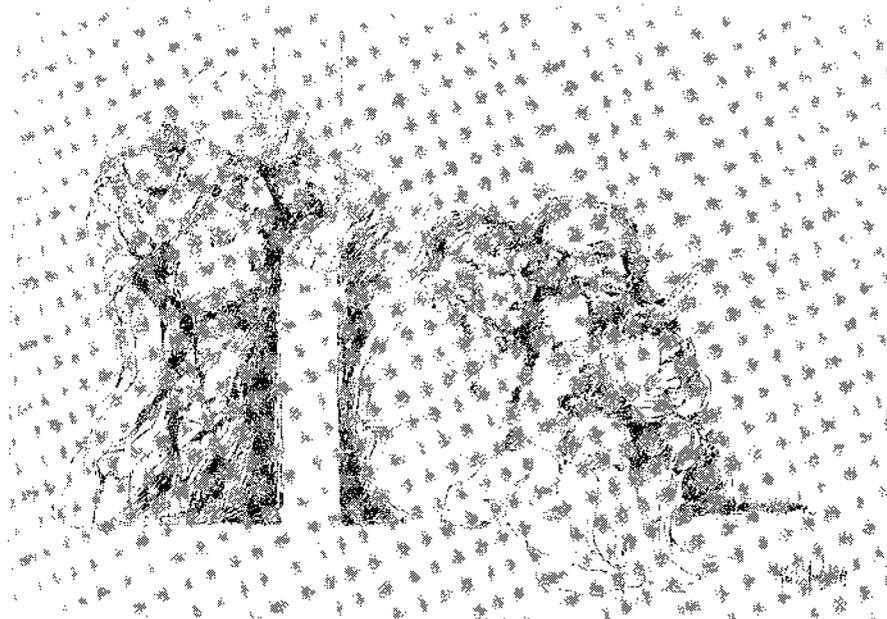
die vorübergehende Festlegung eines geschlossenen Siedlungsgebietes für die Südtiroler Umsiedler erfolgen konnte.

Die Forderung nach einer geschlossenen Wiederausiedlung im Reich war

eine der zentralen Forderungen des VKS bei seinen Gesprächen mit Himmler während des Sommers/Herbstes 1939 gewesen. Und diese — zuerst bloß mündliche und im Oktober 1939 auch schriftliche — Zusicherung Himmlers war eine sehr entscheidende Vorbedingung gewesen zuerst bei der Umorientierung des VKS vom anfänglichen „Dableiben unter allen Umständen“ auf die Parole „Wir geben geschlossen ins Reich!“ und später für das hohe Optionsergebnis überhaupt. Die Festlegung dieses geschlossenen Siedlungsgebietes mußte schließlich von unmittelbarer Bedeutung werden in dem Augenblick, wo man konkret auch an die Umsiedlung der bodengebundenen Optanten herangehen wollte. Dieses Siedlungsgebiet für die Südtiroler wurde aber nie endgültig festgelegt, die Vorschläge dazu wechselten im Laufe des Krieges parallel mit den deutschen Eroberungen im Osten und Westen und reichten bekanntlich vom polnischen Beskidland über Burgund, Elsaß, Luxemburg, Ukraine bis zum letzten phantastischen Plan eines südtirolerischen „Reichsgaues Thaurien“ auf der Krim.

Gerade die Diskussion um das geschlossene Siedlungsgebiet entzündete sich bei der geplanten Umsiedlung der Gröden, die ja in mehrfacher Hinsicht eine „geschlossene Talgemeinschaft“ bildeten und daher in bestimmter Hinsicht als „Versuchskaninchen“ einer „geordneten Wiederausiedlung“ ausersuchen waren. Die politischen Differenzen um den „Sonderfall Gröden“ begannen sofort im Frühjahr 1940 und können in zweifacher Hinsicht als exemplarisch für die gesamte Südtiroler Umsiedlung bezeichnet werden:

- einmal in bezug auf die gegensätzlichen Interessen und Ziele zwischen Rom und Berlin und der im Lande operierenden deutschen und italienischen Stellen;
- weiters in bezug auf den sich immer mehr verschärfenden Konflikt zwischen ADO und ADERST (Amtliche Deutsche Ein- und Rückwanderungsstelle, die direkt dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Reichsführer-SS H. Himmler bzw. dem Chef des persönlichen Stabes Himmlers, SS-



Gruppenführer U. Greifelt unterstand. Diese Konflikte endeten schließlich mit der Absetzung von ADERST-Chef W. Luig im Oktober 1941 und der Entwicklung der ADO von einer ursprünglich der ADERST unterstellten Organisation zu einer dieser de facto gleichgestellten Institution.

Oberstes Ziel der gesamten Umsiedlungsplanungen, die von Südtiroler Seite im Rahmen der ADO angestellt wurden, war eine möglichst „naturgetreue“ Wiederansiedlung, das heißt eine möglichst genaue Erhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur im geschlossenen Siedlungsgebiet, was sogar die Wiedererrichtung der einzelnen Städte und Dörfer einschließen sollte. Ergaben sich verständlicherweise daraus für Südtirol insgesamt große Planungsschwierigkeiten — nämlich um in irgendeinem Gebiet so gegensätzliche Interessen wie jene von Bergbauern, Hoteliers und Obst- und Weinbauern „unter einen Hut“ zu bringen — so waren diese Schwierigkeiten bei den Grödnern besonders groß.

Die Grödnern bildeten, wie bereits erwähnt, innerhalb der Südtiroler Optanten in kulturell-sprachlicher Hinsicht eine in sich geschlossene Gruppe und „Minderheit“, ihre drei dominierenden Wirtschafts- und Erwerbszweige bildeten die Landwirtschaft (mit zum Teil extremer Höhenlage), die Holzschnitzerei und der Fremdenverkehr und diese drei Wirtschaftssektoren waren oft untereinander wiederum sehr eng verbunden. Fremdenverkehr und Schnitzerei hatten schon seit Jahrzehnten die Landwirtschaft in ihrer Bedeutung sehr stark zurückgedrängt.

So bildete z. B. der Gesamtwert der Ausfuhr an Holzschnitzereien (mit den USA, Deutschland und England als den Hauptabnehmerländern) in den zwanziger und dreißiger Jahren durchschnittlich bereits 7 Millionen Lire pro Jahr. Die Fremdenverkehrsindustrie mit ca. 80 Hotels, Gaststätten und Schutzhütten erreichte bis zum Jahre 1938 bereits eine Bettenkapazität, die der Gesamtbevölkerung des Tales gleichkam (ca. 3.500 Personen) bzw. jener Merans entsprach.

Von den 4.352 Deutschland-Optanten, die sich auf etwas mehr als 1.000 Familien verteilten, ergab sich laut einer Statistik des Stabshauptamtes beim Reichskommissar für die Festlegung deutschen Volkstums (RKFDV) von 1940 folgende wirtschaftlich-soziale Gliederung:

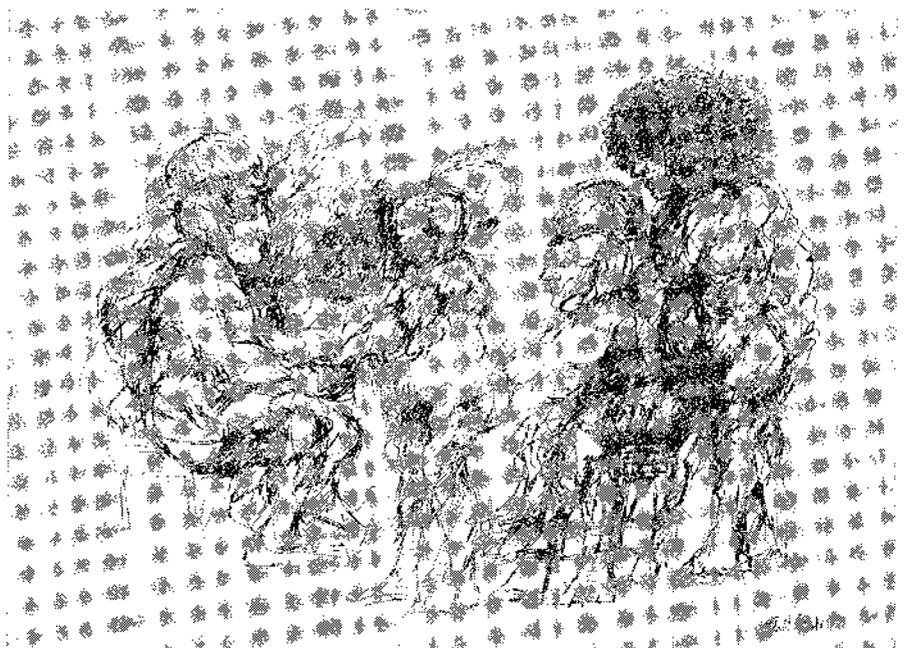
- 25 Familien reine Bauern (mit eigenem Grundbesitz);
- 300 Familien Bauern mit Schnitzerei als Nebenberuf in Heimarbeit
- 300 Familien hauptberufliche, selbständige Schnitzer (mit teilweise zusätzlichem anderen Gewerbe);
- 300 Familien ohne jeglichen Besitz mit den Berufen des Schnitzers, des Handwerkers oder landwirtschaftlichen Arbeiters;

— 40 Familien von Hoteliers und Gastwirten.

Schon Mitte Juli 1939, als innerhalb des VKS gerade der Entschluß zur „geschlossenen Auswanderung“ erfolgt war, aber noch immer, bevor irgend eine schriftliche Vereinbarung über die Umsiedlung zwischen Rom und Berlin bestand, begaben sich die VKS-Vertrauensmänner des Grödentales auf die Suche nach einem neuen Siedlungsgebiet. Sie wandten sich dabei nach Ost-Tirol, das nach dem Anschluß Österreichs dem Reichsgau Kärnten zugeteilt worden war, konkret an die NSDAP-Kreisleitung von Lienz, um wegen einer eventuellen Ansiedlungsmöglichkeit vorzufühlen. Kreisleiter Kittner, der selbst an einer Bevölkerungsvergrößerung seines Gebietes interessiert war, intervenierte sofort bei Himmler und erreichte von diesem am 13. Jänner 1940 die Zusage einer Ansiedlung der Grödnern in Ost-Tirol. Vom 30. Jänner bis 8. Februar 1940 bereiste dann eine offizielle Delegation der Grödnern Optanten diese Gebiete. Wie die Grödnern ADO-Vertreter Anton Riffesser, Adolf Senoner, Josef Anton Senoner, Bernhard Demetz, Vinzenz Holzknacht und Luis Santifaller am 18. Februar ADERST-Chef Luig mitteilten, sei das vorgesehene Gebiet, nämlich „das ganze Drautal östlich von Lienz bis hinter Dölsach einschließlich Iselsberg“ durchaus für eine Ansiedlung geeignet. Als erforderlich wurde angesehen: die Bereitstellung von etwa 1.900 ha Acker- und Wiesengrund, 1.700 ha Almfläche und des entsprechenden Waldanteiles für die Schnitzindustrie. Jedoch aus Mangel eines derartig großen Gebietes wurde schließlich von den Planungssstellen in Berlin die Ansiedlung im Drautal fallengelassen und von Greifelt eine auf 3 bis 4 Gruppen aufgeteilte Ansiedlung der Grödnern in Osttirol in Aussicht gestellt.

Aber noch bevor dieser neue Plan Berlins in Gröden bekannt wurde, kam es in Südtirol selbst zu scharfen Auseinandersetzungen um die Grödnern Umsiedlung. Bereits am 3. März 1940 hatte in St. Christina eine Aussprache stattgefunden, bei der Vertreter der ADERST, der Gauleitung Kärnten und der ADO Gröden anwesend waren. Besprochen wurde also die Ansiedlung im Drautal und, da der dort zur Verfügung stehende Raum vielfach als ziemlich knapp angesehen wurde, „im Bedarfsfalle auch im übrigen Gau Kärnten“ — wobei die anwesenden Siedlungs- und Volkstumspolitiker Kärntens wie etwa Ing. Teischinger (von der Deutschen Ansiedlungs-Gemeinschaft) oder SS-Sturmabführer Maier-Kabitsch vom Kärntner Gau-Grenzland-Amt, die seit Jahren in vorderster Front der antilowenischen Politik Kärntens standen, wohl schon an die von den Slowenen „befreiten“ Gebiete Südkärntens dachten. Die Umsiedlung der Grödnern in den Gau Kärnten, so wurde verschiedentlich von den Vertretern der ADERST und der Kärntner Gauleitung betont, sollte „in jeder Beziehung ein Beispiel für die spätere Umsiedlung der Talgemeinschaften ganz Südtirols werden, ein Musterbeispiel nationalsozialistischer Siedlungs- und Volkstumspolitik also! Doch dazu sollte es nicht kommen, denn nunmehr, nachdem die interessierten Stellen in Lienz, Klagenfurt und Berlin ihrer Sache schon sicher waren und alles bis ins kleinste geplant hatten (der Reichserziehungsminister hatte sogar schon seine Zustimmung zur Errichtung einer Schnitzerschule in Lienz erteilt), setzten die Querschüsse und Interventionen der Bozner ADO-Zentrale ein, die bei den bisherigen Planungen und Diskussionen praktisch ausgeschaltet und übergangen worden war.

Die Haltung der ADO Gröden bzw. diese Planung zur gesonderten Umsied-



lung der Grödner widersprachen in der Tat diametral den Absichten und der Zielsetzung unter denen der VKS zur Option angetreten war und die nunmehr von der ADO fortgesetzt wurden. Ziel des VKS war es nämlich gewesen, eine möglichst hundertprozentige Option für Deutschland zu erreichen, um — so absurd dies auf den ersten Blick klingen mag — die Umsiedlung aufgrund der daraus entstehenden technischen und finanziellen Schwierigkeiten praktisch unmöglich zu machen. Sollte es aber entgegen aller Voraussicht trotzdem dazu kommen, so war die unabhängige Forderung die geschlossene Ansiedlung der gesamten Südtiroler Volksgruppe gewesen — und dies war jetzt durch die „Eigenbrötleien“ der Grödner gefährdet.

Nachdem die ADO-Führung den Grödnern also gehörig „die Leviten gelesen“ hatte, fand am 2. und 3. April 1940 in St. Ulrich eine große „Lagebesprechung“ statt, bei der Funktionäre aller mit der Grödnerfrage betrauten Stellen anwesend waren — diesmal auch von der ADO-Zentrale. Anwesend bei dieser Aussprache waren: Bernhard Demetz (ADO St. Ulrich), Dr. Kurt Heinricher (ADO-Hauptleitung Bozen), Josef Hinteregger (ADO Brixen), Dominik Moroder (ADO-Kulturbeauftragter für Gröden), Dr. Petschauer (ADERST Brixen), Toni Riffesser (ADO-Gebietsleiter Gröden), Anton Riffesser sen. (ADO Sankt Christina), Josef Anton Sanoner (ADO St. Ulrich), Hans Sanoner (ADO-Sozialbeauftragter Gröden), Leo Schmitt (Arbeitsamtsvertreter der ADERST Brixen), Adolf Senoner (ADO Wolkenstein), Hans-Ulrich Stanke (ADERST-Hauptstelle Bozen) und Vollmer (Arbeitsamtsvertreter der ADERST Bozen). Glaubten die reichsdeutschen, also die ADERST-Funktionäre, diese neuerliche Zusammenkunft zur Diskussion weiterer technischer Details der Umsiedlung nach Osttirol bzw. Kärnten im Sinne einer Fortsetzung der Aussprache vom 3. März benutzen zu können, so sahen sie sich getäuscht. Es war Dr. K. Heinricher, Gründungsmitglied des VKS und einer der führenden Köpfe der ADO, der nunmehr den Standpunkt der „Bewegung“ (das heißt des illegalen VKS) zur Grödner Abwanderung darlegte. Heinricher gab dabei unmißverständlich zu verstehen, „daß die Volksgruppenführung (also der VKS) seinerzeit die Verantwortung für das Ergebnis der Option nur unter der Voraussetzung übernommen habe, daß die Südtiroler Bevölkerung im Reichsgebiet wieder geschlossen angesiedelt wird. Es sei daher vom Standpunkt der Bewegung nicht zu begrüßen, wenn die Grödner Bevölkerung ihren eigenen Weg gehe. Die Bewegung lehne daher die Verantwortung für das Wohlergehen der Grödnern in ihrem selbstgewählten neuen Lebensbereich ab und gebe den Grödnern dadurch bekannt, daß sich nunmehr die Wege der Ladinern und der übrigen Volksgruppe Südtirols für

immer trennen“. Sollten sich die Ladinern trotzdem zu diesem Schritt entschließen, so sei die Volksgruppenführung jedoch bereit, auf gewissen Gebieten behilflich zu sein.

Diese Rede Heinrichers, psychologisch geschickt aufgebaut mit der Berufung auf die „Bewegung“ und der „Trennung des bisher gemeinsamen Weges“, verfiel bei den Grödnern „Kameraden“ ihre Wirkung nicht. „Die Verantwortungsträger in Gröden“, also die ADO Grödens, so heißt es dazu in der ADERST-Aufzeichnung vom 4. April 1940, „enthielten sich jeder Äußerung zu dieser Stellungnahme (Heinrichers)“. Sie befanden sich tatsächlich in einer schwierigen Lage und versuchten offenbar durch Schweigen keine der beiden Seiten, weder die ADERST noch Heinricher, völlig vor den Kopf zu stoßen.

Außerst interessant und aufschlußreich im Zusammenhang dieser Auseinandersetzung zwischen ADO und ADERST ist die Aufzeichnung, die noch am gleichen Tag der Aussprache in Gröden, also am 3. April, der ADERST-Zweigstellenleiter Brixen, Dr. Petschauer, für seinen Chef Luig verfaßte — und die dieser mit dem Vermerk „Gr(eifelt) verständigt!“ abzeichnete. Demnach hatte er, Petschauer, für die Besprechung der Gröden-Angelegenheit lediglich den ADO-Leiter des Kreises Brixen, Josef Hinteregger, verständigt. „Ohne Führungsnahme mit mir setzte sich dieser mit dem geschäftsführenden Leiter der ADO in Bozen (Peter Hofer) in Verbindung und teilte mir daraufhin mit, daß Herr Dr. Heinricher an der Arbeitsbesprechung teilnehmen werde“, heißt es in der Aufzeichnung. Als Gegenschachzug ersuchte daraufhin Petschauer seinerseits bei der ADERST-Zentrale in Bozen sofort um die „Teilnahme des Hauptabteilungsleiters VI, Pg. Stanke, und des Beauftragten für den Arbeitseinsatz der Abteilung VID, Pg. Vollmer“. Nach seiner aufsehenerregenden Rede war Heinricher noch während der Mittagspause von Stanke und Petschauer, also den beiden ranghöchsten anwesenden ADERST-Funktionären zu einer Aussprache „unter vier Augen“ geholt worden. Vor diesen wiederholte Heinricher nochmals den Standpunkt von VKS bzw. ADO zur Umsiedlung. Die Äußerung, daß „die Volksgruppenführung ja auch einen anderen Weg hätte gehen können und daß dann das Optionsergebnis günstigstenfalls 30 oder 20% betragen hätte“, mußte für Stanke und Petschauer wohl wie eine indirekte Drohung gewirkt haben. Jedenfalls war in diesen Worten der Anspruch der ADO, daß ausschließlich ihr und nicht der ADERST die politische Leitung und Verantwortung über und für die Volksgruppe zustünde, klar genug ausgesprochen. Sollte das Versprechen der geschlossenen Wiederansiedlung nicht eingehalten werden, dann könne sich die Volksgruppenführung — so Heinricher — „aufhängen“, weil bei einer Streusiedlung im Reich die Süd-

tiroler ihr Volkstum verlieren würden, so wie dies unweigerlich auch bei den Ladinern im Falle ihrer Ansiedlung in Osttirol/Kärnten der Fall sei. Auf die Entgegnung Petschauers, auch die von Himmler nach Südtirol geschickten ADERST-Funktionäre fühlten diese Verantwortung gegenüber der Volksgruppe und wenn also die geschlossene Ansiedlung schiefgehe, so müßten auch sie sich „erschließen“, erklärte Heinricher lediglich, dann könne sich höchstens „auch der Reichsführer-SS eine Kugel durch den Kopf schießen!“

Der von Anfang an bestehende latente Gegensatz zwischen ADO und ADERST hatte also mit der Auseinandersetzung um die Grödnern seinen ersten offenen Ausdruck gefunden. Petschauer umschrieb dies in der bereits zitierten Aufzeichnung für Luig mit folgendem Vergleich: „Pg. Stanke und ich konnten uns in einer nachfolgenden Besprechung nicht des Eindrucks erwehren, daß aus dieser Haltung des Dr. Heinricher die Gefahr einer Stellungnahme der ADO gegenüber der ADERST entstehen könnte, die der Frontstellung zwischen NSDAP und Weimarer System entsprechen dürfte“. Der Vergleich — die weitere Entwicklung sollte dies zeigen — war so unzutreffend nicht. Als sich aufgrund dieser alarmierenden Nachrichten aus Bozen nunmehr Greifelt selbst veranlaßt sah, mit seiner ganzen Autorität in die heikle Gröden-Angelegenheit einzugreifen und zu diesem Zwecke selbst das vorgesehene Siedlungsgebiet in Osttirol bereiste war die völlige Kehrtwendung der ADO Gröden bereits vollzogen. Dem Plane Greifelts von Anfang Juni 1940 einer verstreuten Ansiedlung im Gau Kärnten erteilte die ADO-Führung Grödens ihre entschlossene Mißbilligung. Die Begründung dafür war im wesentlichen folgende:

„1. Die Grödner Bevölkerung ist hergegebunden und eine außerordentlich feste Gemeinschaft.

2. Die Zerreißen der drei traditionell sich ergänzenden Wirtschaftszweige — Kleinbauerntum, Schafzucht und Fremdenverkehr — hätte den wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge.

3. Die sprachlichen Schwierigkeiten des 20- bis 30- und 40jährigen häuerlichen Bevölkerungsanteiles erschwerten ein Fortkommen außerhalb der alten Talgemeinschaft außerordentlich.“

War für diese Meinungsänderung der Grödnern sicherlich die Intervention Heinrichers bzw. der ADO-Zentrale von großer Bedeutung gewesen, so muß jedoch gleichzeitig in Rechnung gestellt werden, daß gerade im Frühsommer 1940 in Südtirol eine generell veränderte Einstellung zur Abwanderung festzustellen war. Der Grund dafür war nicht zuletzt in der damaligen außenpolitischen und militärischen Lage des Reiches und im Verhältnis zwischen den beiden Achsenpartnern zu suchen. Es wurde bereits erwähnt, daß die Entscheidung der „Bewegung“, also des VKS, zur ge-

geschlossenen Option mit der insgeheimen Absicht des nachherigen „geschlossenen Dabitzbens“ verbunden war. In der Propaganda des VKS während der Monate der Option war dies mit dem Argument zum Ausdruck gekommen: bei einer mehr als 90prozentigen Option werde die Umsiedlung aus technischen und finanziellen Gründen nicht durchführbar sein bzw. Mussolini werde bei einem derartigen „Bekennnis“ gezwungen sein, Südtirol als Geschenk an Hitler abzutreten. Diese Wunschvorstellungen des VKS waren den deutschen Stellen, — vor allem Generalkonsul Bene — bisher lediglich auf mündliche bzw. indirekte Art und Weise zu verstehen gegeben worden. Nunmehr im Sommer 1940 wurde dieser Wunsch der ADO, daß das geschlossene Siedlungsgebiet für die Südtiroler anstatt Polen oder Burgund vielleicht doch noch einmal Südtirol heißen könnte, offen ausgesprochen. In einer offiziellen Denkschrift, die im Juli an Bene übergeben wurde, war dies klar enthalten. Die Verwirklichung dieses Zieles als „Gau Südtirol“ dem Reich angeschlossen zu werden, glaubte man, könne in einem Tauschgeschäft zwischen Italien und Deutschland nach dem Sieg über Frankreich erreicht werden: Italien sollte seine alten Gebiete Niizza/Savojen erhalten und dafür Südtirol abtreten.

Auch die Grödner vergaßen in dieser euphorischen Stimmung, die damals anlässlich des Sieges „der deutschen Waffen“ über den Erbfeind Frankreich in Südtirol herrschte, für kurze Zeit ihr Ladinertum — und entdeckten dafür ihr „urdeutsches Herz“. In der Denkschrift, unterzeichnet von den vier führenden ADO-Vertrauensleuten des Tales (Josef Anton Sanoner, Adolf Sanoner, Toni Riffesser und Anton Riffesser son.) am 26. Juni 1940, an die ADO-Landesleitung hieß das so: „... Unser vorbehaltloses Bekenntnis zum Deutschland und unser unerschütterliches Vertrauen auf seinen großen Führer haben wir Grödner in den schweren letzten Monaten des vergangenen letzten Jahres bekundet, als wir in überwältigender Mehrheit erklärten, unsere herrliche Dolomitenheimat, die schönste Perle deutscher Lande, zu verlassen, um uns und unseren Kindern das höchste menschliche Gut, unser (!!) Deutschland zu erhalten... Der Sieg der deutschen Waffen, die Befreiung aller anderen Grenzlanddeutschen (gemeint ist wohl Elsaß) vom verhaßten Feindesjoch haben aber auch in unserem Völklein den immer lebendigen Hoffnungsfunkeln, daß auch unsere urdeutsche (!) Gebirgsheimat einmal befreit werde, zu höchster Flamme entfacht...“

Berlin, die ADERST und die Kärntner Parteistellen sahen sich also im Sommer 1940 gezwungen, ihre Grödner-Pläne vorerst zurückzustellen. Die Abwanderung der Südtiroler generell geriet ins Stocken. „Nur rund siebzig Südtiroler gehen jetzt täglich ins Reich“ schrieb ADERST-Chef Luig im Sommer 1940 an Greifelt nach Berlin,

„während es in den ersten Wochen nach dem Volksentscheid täglich ungefähr 500 Auswanderer waren... Tatsächlich haben jetzt alle, die sofort auswandern konnten (das heißt also die Besitzlosen), das Land verlassen. Wir sehen jetzt einen Schub nach der Ernte entgegen“. Der Historiker C. F. Latour kommentierte in seiner Studie „Südtirol und die Achse Berlin—Rom 1938—1945“ diese Äußerung Luigs zu Recht mit dem Satz: „Dieser neue ‚Schub‘ fand nie statt.“

Man wird also — grob geschätzt — behaupten können, daß mindestens drei Viertel der bis zum September 1943 Ausgewanderten, dem Zeitpunkt also, in dem die Umsiedlung vollständig gestoppt und bereits eine langsame „Rückwanderung“ nach Südtirol einsetzte, schon bis zum Sommer 1940 das Land verlassen hatten. Dies gilt fast genauso für Gröden, denn auch hier hatten die politischen Ereignisse seit dem Sommer 1939 die zwei bedeutendsten Wirtschaftszweige des Tales, Schnitzerei und Fremdenverkehr, praktisch lahmgelegt und daher jenes Drittel von Besitzlosen zur Abwanderung veranlaßt. Die Anzahl der aus Gröden tatsächlich Abgewanderten betrug ca. 1.500 Personen und entsprach damit ungefähr dem Südtiroler Durchschnitt (ein Drittel der Optanten).

Im Sommer 1940 wurden also jegliche Grödenpläne vorläufig ad acta gelegt — bis sich im Herbst desselben Jahres die ADERST unter entsprechendem Zugzwang erneut zum Handeln veranlaßt sah. Die Gründe dafür waren diesmal die Aktivitäten der italienischen Seite. Hier war es der neue Präfekt Agostino Podestà, der im Jänner 1940 den durch Rom „fristlos entlassenen“ Mastromattei abgelöst hatte und nun versuchte, mit allen Mitteln das „moralische Fiasko“, das die zwanzigjährige faschistische Südtirolpolitik mit dem Optionsergebnis erlitten hatte — und wofür Mastromattei eben nicht unschuldig war — wiedergutzumachen. Podestà war im Unterschied zu Mastromattei ein eindeutiger Gegner jeder „radikal-ethnischen“ Lösung der Südtirolfrage (also der „totalen“ Auswanderung im Sinne Himmlers), und in der „Korrektur“ des Optionsergebnisses sah deshalb Podestà eine seiner Hauptaufgaben.

Der Streit zwischen den deutschen und italienischen Stellen um die Höhe des Optionsergebnisses hatte ja schon mit dem 1. Jänner 1940 begonnen und fand in den „frisierten Zahlen“ seinen Ausdruck. Die jetzt von Podestà eingesetzten Mittel zur Förderung der „Umoption“ waren vielfältiger Natur: die Umoption war verbunden mit dem Versprechen, nicht zum Wehrdienst eingezogen zu werden, mit der Auszahlung von Geldern für Grundenteignungen in den zwanziger oder dreißiger Jahren, mit dem Erhalt von Unterstützungen durch die öffentliche Hand und anderem mehr. Und nicht zuletzt nützte Podestà in dieser Hinsicht sehr geschickt auch die zwischen ADO und ADERST aufgetretenen Spannungen

bzw. die Schwierigkeiten mit den Planungen zur Wiederansiedlung aus. Wenngleich die Zahl von 50.000 Anträgen zur Umoption, von denen Präfekt Podestà im Herbst 1940 gegenüber Generalkonsul Bene sprach, etwas übertrieben sein mochte, so muß nichtsdestoweniger gesagt werden, daß die Bestrebungen des Präfekten einen gewissen Erfolg zu verzeichnen hatten. Und einen der besten Ansatzpunkte für diese Förderung der Umoptionen fand Podestà eben in der Grödner Frage.

Hatten die faschistischen Theoretiker von E. Tolomei bis C. Battisti bei den deutschsprachigen Südtirolern zumindest noch einen Teil von ihnen als „Überbleibsel“ früherer germanischer Barbarenereignisse aus dem Norden bezeichnet, so war bekanntlich im Falle der Ladinier generell die These von ihrer „latinität“ bzw. „italianität“ vertreten worden. Die Zulassung der nach Tolomei im Sinne von Rasse, Sprache und Kultur italienischen Ladinier war daher von diesem von Anfang an als ein „unverzeihlicher Fehler historischen Ausmaßes“ bezeichnet worden. Diesen Fehler galt es also zu korrigieren und Podestà benutzte dabei die Schwierigkeiten mit den Ansiedlungsplanungen der Grödner. In einem dringenden Fernschreiben an Himmler vom 25. November 1940 schilderte Luig diese Taktik des Präfekten, die in zwei Richtungen arbeitete, folgendermaßen: Podestà versuchte „entweder uns zum Verzicht auf die Ladinier zu bewegen oder aber die Grödner zur Zurücknahme ihrer Option für Deutschland zu veranlassen. Über die Stimmung im Grödner Tal genau unterrichtet, weiß der Präfekt, daß eine Aussiedlung der Grödner in vorübergehende Lagerunterkunft der schwerste Schlag für die Stimmung wäre, der ihm die Gesuche um Annullierung der Option für Deutschland in Massen zutreiben muß. Seine am 23. November 1940 dem Reichsführer-SS anlässlich der Durchfahrt durch Bozen vorgetragene Bitte, die Grödner beschleunigt herauszunehmen, stellt demnach den Versuch einer taktischen Überraschung der deutschen Seite dar. Der zur Begründung dieser Bitte vom Präfekten angeführte Umstand, als werde er von den zur Wiederbesiedlung bereitgestellten Italienern gedrängt, ist aus der Luft gegriffen. Käme es dem Präfekten wirklich darauf an, Platz für die Neusiedler zu schaffen, die er vorzeitig bereitgestellt haben will, so hätte er mir nicht erst vor wenigen Tagen den streng geheimen Vorschlag machen können, auf die Grödner zu verzichten und dafür im Tauschwege die gleiche Kopfzahl volksdeutscher Nichtoptanten anzunehmen... Hinter dem vorgeschützten Wunsch der Wiederbesiedlung verbirgt sich also der Versuch, die bereits in unserem Sinne gelöste Ladinierfrage erneut aufzurollen und sie im Sinne Tolomeis zu lösen...“

Die ständigen Interventionen des Präfekten Podestà bei Bene und Luig,

die Deutschen müßten auch mit der Umsiedlung der bodengebundenen Bevölkerung endlich ernst machen und sollten als Beweis dafür mit einer geschlossenen Talgemeinschaft — eben z. B. den Grödnern — beginnen, hatten also genau das Gegenteil zum Ziel von dem, was der Prälekt vorgab. Das wirkliche Ziel dabei war, eine Verschärfung der Spannungen zwischen ADO und ADERST sowie eine Verunsicherung der Öpaniten und damit letztlich eine massenhafte Bereitschaft zur Emigration zu erreichen. So war also die Grödnern-Frage für Berlin und die ADERST ein politisch äußerst unangenehmes Problem, für das es bis zu einer endgültigen Bekanntgabe eines geschlossenen Siedlungsgebietes für die gesamte Südtiroler Volksgruppe keine Lösung geben konnte.

Dies konnte indes nicht verhindern, daß auch weiterhin von verschiedenen Seiten separate Ansiedlungsvorschläge für die Grödnern an Himmler herangebracht wurden. Ein solcher Vorschlag war jener im November 1940 vom Gauleiter der Steiermark, S. Uiberroither, veröffentlichte Plan, die Grödnern im obersteirischen Hochschwabgebiet im Bezirk Bruck zwischen Aflenz und Präbichl anzusiedeln. Wie Uiberroither Himmler mitteilte, sollte dieser Plan vorerst „mit der allergrößten Vorsicht“ in Angriff genommen werden und „es dürfe insbesondere weder in Grödnern noch in Kärnten irgendjemand etwas davon erfahren, daß im Gau Steiermark diese Absicht besteht, da sonst zu befürchten sei, daß sofort von allen Seiten mit Querschüssen und Interventionen gecalwortet wird“. Diese Geheimhaltungsstrategie war nicht nur im Sinne Himmlers und der ADERST, die unter allen Umständen vermeiden mußten, daß sich durch das gerüchtweise Bekanntwerden eines neuen Siedlungsgebietes die Stimmung unter den Grödnern Obstaken weiter brennruhtige und damit der italienischen Seite sofort wieder neue Möglichkeiten zur Förderung der Emigration geboten würden, sondern sie widerspiegelte auch die Sonderinteressen des steirischen Gauleiters.

Derartige Sonderinteressen am „Menschennmaterial“ der Südtiroler Umsiedlung beschränkten sich ja keineswegs bloß auf die Steiermark. Zum erstenmal waren sie schon bei Gauleiter E. Hofer zum Ausdruck gekommen, als dieser im Jänner 1940 sich bei Himmler die Ansiedlung von 800 Südtiroler Bergbauernfamilien in seinem Gau Tirol-Vorarlberg „erhandelt“ und ausbedungen hatte. Und es war klar, daß mit dem Beginn der Slowenenausiedlung im Sommer 1941 auch die Siedlungs- und Volkstumspolitik der Kärntner Gauleitung wieder ihre Bedürfnisse nach Südtiroler Umsiedlern anmeldeten. So wurden schließlich doch noch in den Jahren 1941/42 veranzelte Südtiroler und Grödnern Bauern und Bergbauern in der ehemals slowenisch besiedelten Gebieten Südkärn-

tons und der Untertauernmark angesiedelt.

Der große Plan einer geschlossenen Ansiedlung aller Südtiroler rückte aber in den Jahren 1941 und 1942 in immer weitere Ferne. Im Sommer 1942 einigten sich Rom und Berlin auf die Verlängerung des ursprünglich auf den 31. Dezember 1942 festgelegten Endtermins der Umsiedlung um ein weiteres Jahr. Als Grund dafür angegeben wurden offiziell die „Erfordernisse des Totalen Krieges“. Diese Erfordernisse machten aber 1943 angesichts der militärischen Lage der Achsenmächte erneut eine Aufschiebung notwendig, diesmal auf die „Zeit nach dem Endsieg“ — ein Termin, der allerdings noch etwas auf sich warten ließ.

Erigite Complot

„Die Ladiner“

Meinem Beitrag über die Ladiner möchte ich vorausschicken, daß er keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Widerspiegelung einer „offiziellen“ Meinung erhebt. Vielmehr bringt er in ungebundener und „wangloser“ Form die freie spontan geäußerte Meinung hierzu befragter Personen, verbunden mit eigenen Beobachtungen, zum Ausdruck.

Der Südtiroler Schriftsteller Arthur von Wallpach sagte einmal Folgendes über die Ladiner:

„Mir erscheinen die ladinischen Täler geradezu als Träger alt-tirolischer Tradition, als ein Jungbrunn für unser ganzes Volkstum, das noch so wenig Eigenstolz hat.“

Und Karl Felix Wolff nannte die Ladiner gar „einen Schmuck der Heimat“.

Die Ladiner also als ein Vorbild tirolischen Bewußtseins, als Hüter der Tradition und als Schmuck für ganz Südtirol hingestellt. Dichter sagen vieles, sagen manches, einiges hat durch aus auch in Zeiten nach ihnen noch Gültigkeit, doch — gemacht, gemacht! Ein Mythos ist schnell aufgebaut, doch der Gang der Geschichte, geistige, soziale, kulturelle und politische Veränderungen können an ihm nagen wie die nimmersatte Maus am Speck — ein Bröckchen hier, ein Bröckchen da — und der Mythos ähnelt immer mehr dem Schweizer Käse — voller Löcher!

a) Der Tourismus:

Ein Loch in den Ladiner-Mythos vergangener Zeiten — und ein recht großes auch noch — hat der vielgepriesene, allseits hochgejubelte, aber um so mehr substanzfressende Tourismus inzwischen genagt.

Auf alte ladinische Bräuche besinnt man sich im Ort nur saisonweise, sie sind kaum noch der Ausdruck eines

Quellennaterial und wichtigste verwendete Literatur:

O. Stolz, Die Ausbreitung des Deutschen in Südtirol im Lichte der Urkunden, Band 1-4, München-Berlin 1927/34

E. Fussenegger/T. Rieder, Das Grödenal in der Südtiroler Umsiedlung, Herausgegeben von der ADERST Bozen, 1942

Ladinen — Land und Leute in den Dolomiten (Jahrbuch des Südtiroler Kulturinstitutes, Band II/IV), Bozen 1963/64

C. F. Latour, Südtirol und die Achse Berlin—Rom 1938/1945, Stuttgart 1962

S. Körner, Der Plan einer geschlossenen Umsiedlung der Grödnern in die Steiermark; in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, Graz 1978, S. 113—123

Akten des VKS/ADO-Archivs (als Fotokopien im Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien)

Akten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums im Bundesarchiv Koblenz (insbesondere B/49/221 Sonderakte Gröden)

schlen Bedürfnisses, kaum noch Fortsetzung und echte Pflege einer alten ehrwürdigen im Volke verwurzelten Tradition.

Das ladinische Brauchtum wird zum größten Teil als Köder zum „Touristen-Angebot“ benutzt — die Filmkameras surren eifrig, Fotoapparate klicken, die ladinischen „Schaufensterpuppen“ einer „Schaufensterlandschaft“ selbst schwitzen in ihren Trachten und viele fühlen sich heutzutage in ihrer eigenen Tracht nicht recht wohl —. Aber auf Werbepostkarten und Postkarten lacht den Fremden der „Jungbrunn“ und der „Schmuck der Heimat“ entgegen, einige ladinische Worte dazu geschrieben wärzen den Köder nach dem Motto „wer nicht wirbt, der wird vergessen“, und die Touristen beißen prompt an. Kann man es ihnen verübeln?, wohl doch kaum!

Viele Ladiner und mit ihnen vor allem die Bergbauern, die schon rein von der Entfernung her kaum teilhaben am Touristenwunder, betrachten diese touristische Prostitution ihrer eigenen Landschaft mit Sorge und Abneigung. Denn sie spüren, daß es nicht recht ist, das Ladinerturn nur zu Saisonzeiten aus dem Schrank zu holen, während man in der übrigen Zeit oder zu anderen Anlässen dann sich sogar teilweise schon schämt, Ladiner zu sein, sich seiner Sprache schämt und glaubt, ein Sprachgemisch aus Ladinish-Italienisch-Deutsch hingegen sei „schick“.

Ebenso schizophren ist es, mit dem Alpenblüten am Kreuzkofel, in der Fanes-Sonnen-Gruppe, am Peitferkofel, Langkofel und sonst welcher Kofel im Ladinishen mit dem kleinen Hütebub Scppele in neuen Lederhosen (man schaue sich dessen Hoschen auf der Aint an, von Leder wenig, von neu schon gar kein Hauch!) und mit den blumenübersäten Aunwiesen der

Seiser Alm zum Beispiel oder auf Armentara Werbung zu betreiben.

Andererseits jedoch vergammelt in Ladinien der letzte Rest ladinischer Bausubstanz -- in den Bergbauernhöfen verkörpert -- wegen mangelnder finanzieller Möglichkeiten und Hilfe oder ist zum Verfall geradezu verurteilt aufgrund genial und durchsichtiger Baugesetze (Mindestkultureinheit), aber die Gastbetriebe, die dürfen im landwirtschaftlichen Grün sich erweitern).

Unter im Dorf aber will man die zugrundehende Baukultur der ladinischen Berghöfe in falscher Nostalgie für die Gäste in rustikale 08/15-Betonkisten übertragen!

Ebenso werden vom Dorf herauf auf die „blumenübersäten“ Abwiesen die nimmersatten Bagger geschickt im Interesse irgendeiner ebenso nimmer satten ominösen Ski AG! So etwas ist nichts anderes als schizophrene Werbung!

Und ist die Saison da, so ist für die Ladinier eh kein Plätzchen mehr in diesen Betonkisten, es sei denn als Tellerwäscher, Hausmeister, Zimmerin und Baristin. Die Saison, in der sich wieder ein paar schicke oder auch weniger schicke italienische oder deutsche Worte in die ladinische Sprache „einschmuggeln“, die Saison, in der es unter den Ladinern kaum noch den alten Zusammenhalt, kaum noch Nachbarschaftshilfe, kaum noch Gemeinschaftssinn gibt, die Saison, in der keiner Zeit hat „Kultur“ zu pflegen, in der die ladinischen Kinder in den Touristenorten Ladinien das gleiche Los teilen mit den meisten „fremdenverkehrsbeschäftigten“ Kindern Südtirols und zum Eis genauso „gelati“ sagen, statt „dlacin“.

In Touristenzeiten gibt es keine Ladinier, kein Ladinien, alle sind gleich den Pustertalern, Eisacktalern und den anderen. Der Tourismus macht alle gleich -- es lebe also die Gleichheit aller!

Doch nun genug von dieser einen Bitterkeit, das nächste Bröckchen für die Maus und damit das nächste Käseloch bringt den Ladinern (und nicht nur ihnen natürlich) **der Wohlstand.**

b) Der Wohlstand:

Wohlstand, nicht nur genährt vom Wirtschaftsfaktor „Tourismus“, nein, Wohlstand entwickelt aus den technischen Fortschritten unseres Zeitalters, aus einer größeren Mobilität von Mensch und Sache und Aktualität von Angebot und Nachfrage und damit natürlich verbunden mit dem überall gehegten Wunsch nach „noch mehr, noch bequemer“!

Und da die Ladinier nicht auf einer einsamen Insel leben, werden auch sie vom Wohlstand geküßt, und in gekonnter, mal in weniger gekonnter Weise!

Wobei jedoch zu beachten ist, daß sich hin und wieder auch ein Wohlstandsküßchen auf die ladinischen

Berghöfe vertritt. Es gibt dort Mähmaschinen, Traktoren, Transporter, Miststreuer, Melkmaschinen, um nur einige Dinge zu nennen, die den ladinischen Bergbauern das sowieso schon schwere Leben etwas erleichtern, trotzdem gibt es daneben immer noch Bergbauern, die bis heute nicht einmal an das elektrische Stromnetz angeschlossen sind -- und dies nicht einmal sehr weit entfernt vom Dorf unten, in dem der Wohlstand und der Tourismus blühen.

In vielen Bauernstuben steht der Fernseher, meist auch noch ein Radio, und auf der Fensterbank sieht man außerdem den Kassettenrecorder, den haben sich die größeren Kinder angeschafft -- John Travolta, zu hören in einer Bauernstube auf Col! --!

Die Bäuerin hat meist eine Waschmaschine, elektrische Milchzentrifuge, eine Nähmaschine vielleicht auch noch.

Was soll's, alle Dinge, die die anderen ja auch haben, warum auch nicht sie?

Mit dem Fernseher kann man einmal die Woche immerhin schon eine ladinische Sendung sehen, im Radio hören sie täglich die ladinischen Nachrichten.

c) Die Jugendlichen in Ladinien:

und wie verkräften sie den Wohlstand?

Nun, bis zum Abschluß der Mittelschule leben die ladinischen Bergbauerkinder, von diesen soll hier zuerst die Rede sein, eigentlich noch recht behütet in bäuerlichem Brauchtum und Tagewerk, Einfachheit, Entbehrung und Bescheidenheit auf.

Aber bald, nach einer verhältnismäßig ruhigen Kindheit, werden auch vielen von ihnen dann die Flügel zu klein, hinzu kommt, daß gerade die ladinischen Jugendlichen oft gezwun-

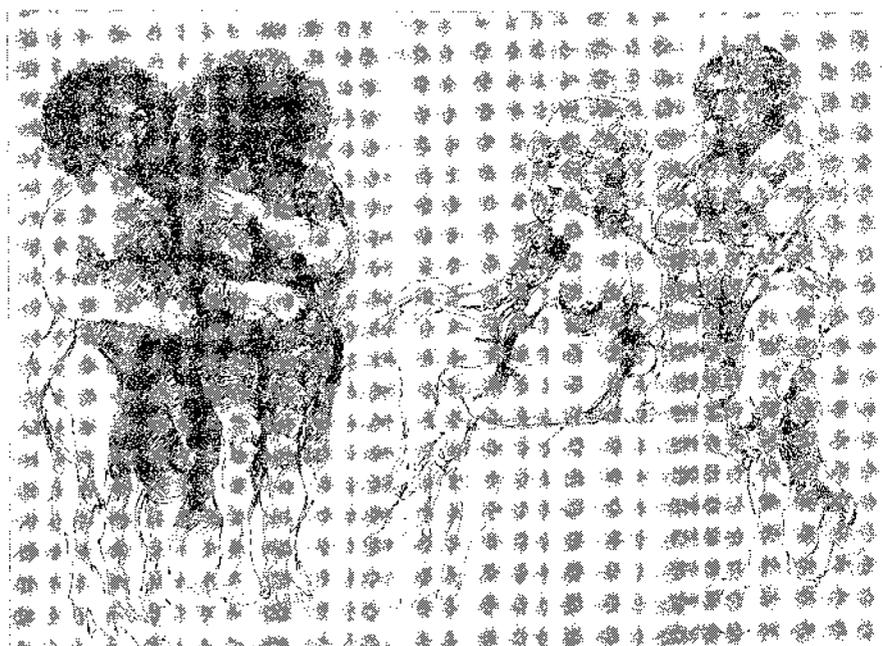
gen sind, wegen einer Lehre, eines weiteren Schulbesuches und zu Studienzwecken ihre heimatliche Umgebung zu verlassen.

Und „draußen“ dann vergleichen viele der jungen Menschen ihr bisheriges Leben mit dem im Ort, mit dem in der Stadt und mit dem Vergleich beginnt es zu nagen, Unzufriedenheit laßt Fuß. „was soll ich mich später auf dem Berghof schänden, wenn ich woanders alles leichter habe!“ Und schon sind sie fort aus dem Nest, ausgeflogen!

Sicher, man kommt immer wieder einmal heim, aber nach jedem erneuten Fortgehen reißt ein Stück ihrer Wurzel ab, vertrocknet, nur die Alten halten den Hof noch, bis auch sie nicht mehr sind -- und bald stirbt danach auch der Hof, äußerlich, innerlich -- denn auch ein Hof hat ein Leben -- dies wird sich erst so richtig in 10 bis 20 Jahren zeigen.

Die ladinischen Bergbauerkinder, bis zum Pflichtschulabschluß auf den Höfen ihrer Eltern lebend, und ihre Eltern, die ladinischen Bergbauern, verkörpern praktisch noch am reinsten das Ladinertum! Da geht das Jahr nicht um nach Saison gerechnet, sondern da ist das Jahr noch ein „Jahr des Herrn“ (Wagert!), ablaufend nach dem Rhythmus des Säens des Erntens und des Dankens, da und nur da noch, finden wir echtes ladinisches Brauchtum, echte ladinische Sprache!

Da schickt man nicht nach den Fremden, diese schaut man eher mißtrauisch und abwägend an und schüttelt den Bauernschädel mit einem verschmitzten Lächeln ob ihres wunderlichen Gehabens. Und wenn der ladinische Bergbauer auf Nacht müde ist, dann ist er es nicht vom Buckeln vor den Gästen oder vom Teller- und Gläserspülen, Zimmer richten und Koffer ungen, sondern er ist müde von der



täglichen bäuerlichen Arbeit und von den weiten Wegen hinunter ins Dorf.

Wie gesagt, die ladinischen Bergbauern sind eigentlich zur Zeit noch die Hoffnung und der Lichtblick, weil sie sich noch in einem gesunden Empfinden für das Rechte die Eigenständigkeit bewahren, bedächtiger sind in allem, kritischer, besonders vor dem kritiklosen Nachäffen vieler ihrer Landsleute instinktiv zurückerschrecken.

Aber was von den Jungen, um die Frage der Wohlstandsbewältigung dieser Bevölkerungsschicht zu klären, die dann später von diesen Höfen hinauszuweichen, hat die Kraft, inmitten alter Wohlstandsverlockung sich das ladinische Erbe zu erhalten, es hinüberzureißen in diese Welt des Materialismus, um es später den eigenen Kindern weiterzugeben?

Es sind — und dies ist eine traurige Antwort — nicht sehr viele! Tragisch macht es, wenn ein Markus Valazza aussagt, daß einer, der z. B. in einem Grödner Ort leben und gedeihen will und das einmal nicht in einem fremdenverkehrsprofitierenden Sinn, und sich dort geistig entwickeln möchte in der Heimat, dies nicht vermag und ihm dabei die Bergluft seiner ladinischen Heimat auch nicht weiterhelfen könnte!

Vielen der ladinischen Jugendlichen sterben die Wurzeln ab, sie unterscheiden sich von anderen Südtirolern dann nur noch durch die Sprache und auch diese verkümmern, ja muß zwangsläufig verkümmern, da die Wurzeln nicht mehr genährt werden, sie wird sterben!

Manche wiederum unter ihnen — das sind meist die studierenden Ladinier — wandern in die geistige Emigration ab, weil sie mit einem von den Wurzeln abgelösten leeren Brauchtum ihres Ortes, mit der Habgier und kulturellen Primitivität (Brauchtumsabende), oft auch Intoleranz, mit dem nivellierenden Wohlstand und der Kritiklosigkeit ihrer ladinischen Landsleute nichts anzufangen wissen, dies ödet sie an, außerdem werden diesen jungen Leuten kaum Alternativen geboten!

Mit ihrem oft unbequemen lauten Nachdenken und ihren bohrenden Fragen stören die ladinischen Studierenden, Intellektuellen und andere, ihnen in der Sorge um den geistig-kulturellen Fortbestand Ladinien's Nahestehende, die behäbige Wohlstandsruhe ihrer Umwelt, sie werden ins Abseits ge-

drängt, weg vom Fenster, sie passen nicht ins Klischee, sie bliamieren ja nur ihr Volk, pfui, diese Nestbeschmutzer — psst!!!

Interessant dabei ist, daß gerade der Großteil dieser ladinischen Studierenden usw., aus dem ladinischen Bergbauertum kommt, während nämlich nur ein geringer Teil jugendlicher unten aus dem Ort — meist Touristenort — nach der Pflichtschule weiterstudiert.

Manche also dieser jungen Menschen ladinien's gehen aus beruflichen Gründen aus der Heimat fort oder gehen in die geistige Emigration, die sich in einigen Fällen auch noch zur äußeren Emigration gesellt, bleiben trotzdem unbequem und werden es — hoffentlich — immer bleiben, manch andere „passen sich an“ — das sind dann natürlich die bequemsten Mitbürger ladinien's, Sie bleiben zwar in der Heimat — der angepaßte Mensch — aber ihre Wurzeln sind schon längst abgestorben, sie merken's nur nicht, während gerade die Wurzeln der obengenannten Gruppe sich sehr wohl in den heimatischen Boden zu schlagen weiß, und sehr wohl genug Kraft und Saft in ihnen ist — obgleich es ein ungehärdetes wildes Wachsen in ihnen ist, aber immerhin ein Wachsen — und das ist schon sehr viel.

Und genau daraus erwächst uns Hoffnung, gerade von ihnen her! Der Spruch „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ ist nicht auf diese Unruhigen im Geist, auf diese Rebellen gegen Müffigkeit und Fleuchelei, anzuwenden.

Man ist — auch gerade in Ladinien — noch viel zu oft viel zu ruhig!

Der Wohlstand erfaßt nicht nur die jungen Menschen! Wohlstand läßt auch in Ladinien das Gemeinschaftsleben verkümmern. Kam man früher öfters des Abends — sei es im Dorf, sei es auf den Höfen — zusammen, um gemeinsam zu musizieren, zu spinnen, zu schnitzeln, zu erzählen — viele Sagen gingen so von dort von Mund zu Mund — so sitzt heute fast jede Familie abends vor dem Flimmertelasten oder fährt mit dem Auto herum. Die größeren Kinder sind sonntags unterwegs, hierhin, dorthin! Viele alte interessante Bräuche sterben somit aus, der Wohlstand hat sie überrollt, er lebe hoch!

Also auch in Ladinien eine gewisse Bedrohung der geistigen und kulturellen Substanz durch den Wohlstand.

Zum Schluß jedoch die Frage: „Müssen die Ladinier aufgrund all dieser Gefahren und drohenden Einflüsse auf ihr Leben, auf ihr Brauchtum, auf ihre Sprache, kapitalisieren?“

Die Antwort darauf geben uns in letzter Zeit verstärkte Bemühungen, die zum Ziele haben, diesen negativen Einflüssen positiv entgegenzuwirken.

Die „unión di ladins“, eine kulturelle Vereinigung von Ladinern, die die Zeitschrift „la use di ladins“ (die Stimme der Ladinier) jetzt in verbesserter Form herausgibt und sich bemüht, auch aktuelle Themen aufzugreifen. Ebenso gibt sie auch Bücher heraus, Lehrbücher für die Schulen und andere.

Neben dieser Vereinigung haben sich in Bozen lebende Ladinier (Fassaner, Triulaner, Ampezzaner, Buchenstein, Grödner und Gadertaler) zur „Comunanza Ladina“ zusammengeschlossen. Sie wollen mehr Zusammenhalt praktizieren, treffen sich öfters zu Aussprachen und Diskussionen und wollen vor allem politisch mehr für die Anerkennung und Rechte der Ladinier kämpfen. Sie gibt auch einmal wöchentlich im „Alto Adige“ das Blatt für die Ladinier heraus (mittwochs).

Außerdem will diese Vereinigung Sprachkurse für Nichtladiner in ladinischer Sprache abhalten, wie es schon in Bruneck seit einiger Zeit praktiziert wurde und großes Interesse bei der nicht-ladinischsprachigen Bevölkerung hervorrief!

In St. Martin in Thurn (Gaderal) besteht seit kurzem das ladinische Kulturinstitut, welches sich hauptsächlich der ladinischen Geschichte und Sprachforschung widmen wird. Ganz besonders hinzuweisen ist auch noch auf den ideellen persönlichen Einsatz vieler ladinischer Lehrkräfte, die im Ladinischunterricht bei ihren Schülern sprachlich und kulturell versuchen zu retten, was noch zu retten ist.

Also doch einige Lichtblicke und so etwas wie Hoffnung, trotz bereits angeknabberter Substanz!

Mir sagte vor einiger Zeit ein Ladinier, daß ihm schon vor 30 Jahren jemand prophezeit hätte „die Ladinier gehen langsam ihrem Tode entgegen“. Jedoch, wir sehen, noch leben sie und es wird wohl immer Ladinier geben, deren Bewußtsein sich regt, die aufmerksam bleiben, die unbequem bleiben, die stören, die kämpfen — eben, weil sie sich nicht aufgeben wollen als Ladinier, auch nicht vor ihren eigenen Landsleuten, ich betone dies letztere ganz besonders.

So liegt also der größte Teil der Verantwortung für ihr Überleben, für ein Verwurzelbleiben in der ladinischen geschichtlichen, kulturellen und geistigen Heimat, bei ihnen selbst.

Stellen wir doch den Ladinern hiermit die hamletische Frage nach „Sein oder Nichtsein“!

Aber die Verantwortung für eine richtige Beantwortung gerade dieser Frage kann den Ladinern keiner abnehmen!

BROSCHUREN

Im Sekretariat der SH liegen folgende Publikationen auf:

- Neue Literatur in Südtirol
- Tagung für Zeitgeschichte:
Leopold Steurer --- Südtirol 1919—1939
- «Karl Stuhlpfarrer --- Südtirol und der Zweite Weltkrieg
- Fremdenverkehr in Südtirol. Studententagung der SH 1978

Ladinien und seine Sprache

Mit der geographischen Abgrenzung Ladinieus fällt auch die sprachliche Abgrenzung des Ladinischen zusammen, jener rätoromanischen Sprachgruppe, die zur verdeutlichenden Abhebung gegenüber dem Ost- und Westrätoromanischen als das Zentralrätoromanische bezeichnet wird. Wie Ladinien selbst, so steht auch die ladinische Sprache seit frühester Zeit im Kraft- und Spannungsfeld zwischen Nord und Süd. Es wäre bei einer Sprachbetrachtung des Ladinischen unangebracht, diese Tatsache unbeachtet zu lassen.

Im folgenden soll uns daher vor allem das Problem des Ladinischen in seiner Kraftprobe mit dem angrenzenden Deutschen und Italienischen beschäftigen. Wir wollen dabei die Unterscheidung zwischen den einzelnen ladinischen Dialekten außer acht lassen und generell vom „Ladinischen“ sprechen. Daß die folgenden Beobachtungen dabei den Akzent stärker auf das Grödnertische und Gadertalerische setzen, rührt daher, daß sich an ihnen wegen der geographischen Lage ihrer Sprachgebiete und deren politischer Einbeziehung in die Provinz Bozen neben dem italienischen auch der starke deutsche Einfluß geltend macht.

Uns soll zunächst interessieren, welchen Status das heutige Ladinisch hat und welcher Art die Funktionen sind, die ihm daraus erwachsen.

Nicht selten wird der Einwand erhoben, die ladinische Sprache reiche für die Erfassung moderner Erscheinungen nicht mehr aus, sie sei zu einem kümmerlichen Torso zusammengeschrumpft und könne sich nur mehr durch schrankenlose Entlehnung aus den Nachbarsprachen über Wasser halten. Solche Äußerungen haben natürlich ihre Gründe. Der schwerwiegendste und leider kaum zu ändernde ist die Tatsache, daß die sozio-ökonomische Grundlage in unserem Sprachraum nicht ladinisch ist. So ist es nur allzu verständlich, daß eine sachliche und damit auch sprachliche Neuerung, sei sie politischer, administrativer, touristischer, industrieller oder ganz allgemein wirtschaftlicher Natur, zunächst unter einem nicht-ladinischen Vorzeichen erfolgt. Erst geraume Zeit später und sporadisch wird versucht, dem Übel von oben her zu begegnen. Nur so läßt sich erklären, warum die Entwicklung vom Fremdwort, dem man beikommen will, bis zur Neubildung nur langsam vor sich geht.

Weiters darf nicht vergessen werden, daß sich seit Ende des 19. Jahrhunderts die soziale und wirtschaftliche Lage der ladinischen Bergtäler und ihrer Bewohner in verschiedenem Schüben grundlegend gewandelt hat. Die Sprache des ladinischen Bauern

und Handwerkers, die eine überschaubare materielle und geistige Welt einfließt, ist, wie die alten bäuerlichen Gerätschaften, funktionslos geworden und somit dem Vergessen und Aussterben ausgeliefert. Es fragt sich daher, ob es bei den vorhandenen bescheidenen Kräften und mittels geeigneter Maßnahmen möglich ist, die Sprache so zu entwickeln, daß sie dem ladinischen Sprachträger die Sicherheit gibt, daß er sich, ohne seine Identität zu verlieren, in einer modernen Welt bewegen und in ihr bestehen kann. Bei gezielter Sprachlenkung ist dabei freilich dem Umstand Rechnung zu tragen, daß wir Ladinier uns weder dem Deutschen noch dem italienischen Einfluß und seiner Anziehungskraft ganz entziehen können. Es wird von der Strenge der Normierungs- und Standardisierungstendenzen abhängen, welche Neuerungen ins Ladinische Fingung finden oder nicht. Aus optimistischer Sicht ist es gewiß gegeben, die Anstrengungen zur Herausbildung einer modernen Terminologie so zu lenken und aufeinander abzustimmen, daß dadurch der Gefahr einer Entartung des Ladinischen vorgebeugt werden kann.

Der gegenwärtige Stand des Ladinischen ist somit gekennzeichnet durch die dringende Notwendigkeit einer Neuorientierung und durch das Bedürfnis der Anpassung an die gewandelten Lebensbedingungen. Daß aber nichtsdestoweniger das Ladinische auch heute noch in der Lage ist, die wohl wichtigste Funktion der Sprache, nämlich die der alltäglichen Rede im Umgang mit den Mitmenschen, zu erfüllen, darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden. Das Ladinische ist in erster Linie Umgangssprache, Kommunikations- und Konversationsprache. Sie wird in allen typischen ladinischen Vereinigungen — den Holzschneidern, Schülern, Kunstschaffenden, Bergführern, Verlegern von Holzschneidereien u.a.m. — verwendet. Selbst die Schüler, auch solche deutscher oder italienischer Muttersprache, sprechen untereinander ladinisch. Freilich schwankt dabei das Ausmaß an sprachlicher Interferenz, doch ist ein weniger gut gesprochenes Ladinisch keineswegs ein Grund zu sozialer Diskriminierung. Wichtig ist und bleibt die Bereitschaft, Ladinisch zu sprechen.

So betrachtet ist das Ladinische als eine noch durchaus lebendige Sprache mit vornehmlich umgangssprachlicher Funktion anzusehen. Für Ladinien bildet das Ladinische die Primärsprache. Die Kriterien, auf Grund welcher das Ladinische gegenüber dem Deutschen und Italienischen als die dominante Sprache zu betrachten ist, könnten zusammenfassend etwa mit den folgen-

den Stichworten wiedergegeben werden: entsprechende sprachliche Leistung, Reihenfolge der Erlernung und Alter der Erlernungszeit, Nützlichkeit für Verständigungswecke, effektive Bindungen, Identifikationsmittel, Funktion beim sozialen Fortkommen.

Was die weiteren sprachlichen Erscheinungen des Ladinischen im Kontakt mit dem Deutschen und Italienischen betrifft, so sei hier bemerkt, daß zwischen ihnen und den sozio-kulturellen Bedingungen eine deutliche wechselseitige Beziehung besteht. Die ladinische Sprachgemeinschaft nähert sich in schnellen Schritten dem Zustand totaler Dreisprachigkeit. Zusätzlich zu dem traditionell schon unterrichteten Standarddeutsch ist die Vertrautheit mit dem Südtiroler Dialekt ebenfalls im Anwachsen begriffen. Durch die heutige politische Lage ist die ladinisch sprechende Bevölkerung dem Kontakt mit dem Deutschen in besonderem Maße ausgesetzt. Selbst innerhalb der Familie — als Folge von Mischehe und fortschreitendem Sprachenwechsel — überlappen sich die Funktionen von Deutsch und Ladinisch oft. Das Italienische lernen die ladinischen Kinder meist später als das Deutsche, es gehört aber ab Schulbeginn zu den Sprachen, die sie unbedingt kennen müssen. Durch die Dreisprachigkeit und die daraus resultierende Funktionsüberlappung der Sprachen im alltäglichen Gebrauch lernen viele Kinder die drei Sprachen meist von denselben Personen, nämlich den Eltern und Lehrern. Es besteht dabei freilich die Gefahr, daß die „Fehler“, die von diesen Personen gemacht werden, an die nächste Generation weitergereicht werden. Dabei greift die soziale Regulierung von Mischrede in beiden Sprachen in ganz und gar unterschiedlichem Ausmaß ein. Während deutsche Elemente in ladinischer Rede praktisch unbegrenzt geduldet werden, wird die umgekehrte Tendenz — ladinischer Einfluß auf deutsche oder italienische Rede — in Schranken gehalten. Ein Grund dafür ist sicherlich die Tatsache, daß wir Ladinier kein fest in Einsprachigkeit gegründetes Hinterland und keine Stadt haben, die als kulturelles Zentrum dient. Die Kenntnis des Deutschen und des Italienischen hingegen wird als wesentlicher Zug kultureller Anpassung behandelt, sie ist eine Vorbedingung des sozialen Aufstiegs. So muß sich der Ladinier beim Sprechen von Deutsch etwa vor ladinischen Entlehnungen nicht nur aus Furcht hüten, nicht verstanden zu werden, sondern auch, weil in dem fraglichen Gebiet derartige Versprechen den ladinischen Ursprung zur Unzeit preisgeben oder für Anzeichen unzulänglicher kultureller Anpassung gehalten werden könnten. In ladinischer Rede gibt es solche regulativen sozio-kulturellen Faktoren nicht. Darüber hinaus ist der ladinische Zuhörer mit Sicherheit ebenfalls dreisprachig und wird eine entlehnte deutsche oder italienische Form verstehen. Auch ist Statusverlust wegen Bei-

mischung deutscher oder italienischer Formen oder ladinischer Abbilder deutscher oder italienischer Vorbilder nicht möglich. In Anbetracht der Auswirkungen der sozialen Regulierung ist daher zu erwarten, daß die meisten Intentionen sich in ladinischer Rede finden. Bis die Bewegung zur Wiederbelebung des Ladinischen (vergleiche Unton di Ladins, Institut cultural ladin) in den letzten Jahren in Erscheinung trat, gab es praktisch keinerlei Regulativ, das der Habitualisierung der Ergebnisse deutscher oder italienischer Inferenz entgegenwirken hätte. Wenn hier und da vereinzelte Rufe nach Sprachreinheit zu hören sind, so kann ihnen doch kein Rückhalt durch fühlbare kulturelle oder soziale Sanktionen gegeben werden. Jedes in Rede vorkommende Beispiel von Inferenz könnte daher zu einem ständigen Element des Ladinischen werden. Auch sind der „standardisierte“ Zustand des Ladinischen sowie seine funktionelle Inferiorität gegenüber dem Deutschen und Italienischen weitere Gründe für die allgemeine Toleranz gegenüber deutschem und italienischem Spracheinfluß.

Aus diesen Erwägungen wird deutlich, daß das Ladinische in seinem heutigen Zustand bedroht ist und es daher höchster Anstrengungen bedarf, wenn man es noch retten will. Hier müßte man daher erörtern, wie stark in den Ladinern das Gefühl der Sprachloyalität verankert ist, womit wir einen Bewußtseinszustand meinen, bei dem die Sprache als geschlossene Einheit und im Gegensatz zu anderen Sprachen einen hohen Rang in der Skala der Werte einnimmt, einen Rang, der der Verteidigung würdig und bedürftig ist. Als Reaktion auf einen drohenden Sprachenwechsel ruft Sprachloyalität den Versuch hervor, die bedrohte Sprache zu bewahren. Sie macht dabei die standardisierte Form der Sprache zu einem Symbol. Freilich ergibt sich für das Ladinische in diesem Zusammenhang das Problem, welche Form als die standardisierte anzusehen ist. Es liegen zu diesem Fragenkreis zu wenig präzise Analysen und Untersuchungen vor, als daß eine bestimmte Form als die Norm des Ladinischen fixiert werden könnte. Außerdem würde auch die eher reiche Mundartenvarianz die Standardisierung des Ladinischen erschweren.

Trotzdem sind im Ladinischen genügend Gründe zur Entlastung von Sprachloyalität verankert. Das Ladinische ist zunächst für den Großteil der Ladinier Muttersprache und als solche Ursache einer starken affektiven Bindung. Zweitens verkörpert das Ladinische als geschlossenes System symbolisch die Geschlossenheit der Gruppe der Ladinier. Drittens macht es seine Besonderheit gegenüber den beiden anderen Sprachen bewußt, ein typisches Symptom für Sprachloyalität, die ja immer ganz besonders in Kontakt-situationen keimt.

Es ist aber in Ladinien auch der Fall zu beachten, daß ein Teil der Ladinier in Anbetracht ihres objektiven Dominiert-Werdens durch das Deutsche oder Italienische sich der dominanten Gruppe anschließt. Dies ruft dann natürlich Ablehnung bei den treueren Mitgliedern der dominierten Gruppe hervor und macht ihre Sprachloyalität noch unerschütterlicher. Abweichende Reaktionen einerseits und dadurch bewirkte resistentgeladene Loyalität andererseits treffen daher in Ladinien durchaus aufeinander. Es ist aber nicht auszuschließen, daß durch gezielte Programme die Loyalität gegenüber dem Ladinischen gefördert werden kann. Durch frische Sprachloyalität würde das Ladinische unter seinen Sprechern neue Lebensimpulse erhalten. Es wäre daher ein riskantes Unterfangen, den Tod des Ladinischen voranzusagen.

Es ist aber klar, daß neben der Pflege des Ladinischen auch die Pflege des Deutschen und Italienischen Hand in Hand gehen muß. Dies ist ein Postulat, das schon aus rein wirtschaftlichen Gründen erhoben werden muß. Jeder weiß, daß Ladinien heute mehr denn je mit seiner Tourismus- und Holzschneiderindustrie von den deutschen und italienischen Nachbarn abhängig ist. Auch erfordert die Zugehörigkeit zu den zwei angrenzenden Kulturen die Kenntnis von deren Sprachen.

Aus dieser Sicht erscheint der Ladinier als „Rand-Individuum“, hingelegt zwischen die deutsche und italienische Sprachgemeinschaft. Wenn aber der Ladinier als sogenanntes „Rand-Individuum“ seit seiner Geburt in seiner Existenz an der Grenze zur deutschen und italienischen Kultur konditioniert ist, so teilt er seine Existenz und seinen Konditionierungsprozeß mit allen übrigen Ladinern. Er nimmt während seines ersten Heranwachsens an institutionalisierten Betätigungen teil, deren Träger weißeln wie er selbst „Randmenschen“ sind. Und da schließlich seine Randstellung keine bedeutenderen Einschränkungen oder Frustrationen nach sich zieht, ist der Ladinier in Wirklichkeit kein „Rand-Indi-

viduum“, sondern teilnehmendes Mitglied einer Randkultur.

Kritisch wird die Stellung des Ladiniers aber in dem Moment, wo er aus der schützenden Umgebung der ladinischen Sprachgemeinschaft heraustritt und die Konfrontation mit der deutschen oder italienischen Sprachgemeinschaft aufnehmen muß. Dabei wird der Ladinier höchstwahrscheinlich weniger unter dem Zusammenstoß seiner Sprache mit der deutschen oder italienischen leiden als vielmehr unter der Unsicherheit der neuen sozialen Bedingungen und Umständen. Er tendiert wahrscheinlich dazu, eine Reihe von Schutzmechanismen zu entwickeln wie etwa zurückhaltende Redeweise, unauffälliges Verhalten, Vermeidung von Bezugnahme auf das Zuhause und peinlich korrekte Zwei- und Drittsprache. Diesem Umstand sollte in deutschen und italienischen Schulen Südtirols, an denen ladinische Schüler studieren, Rechnung getragen werden. Es ist nur zu verständlich, daß die ladinischen Kinder durch ihre sprachliche Mehrbelastung gegenüber einsprachig aufgewachsenen anfangs im Nachteil sind. Doch darf dabei nicht vergessen werden, daß den Ladinern gerade durch ihre Mehrsprachigkeit und durch die meist intuitiv erfaßte Erkenntnis der Abweichungen der drei Sprachen in Wortbedeutung, Syntax, Phrasologie oder ganz allgemein Grammatik eine verstärkte Wendigkeit und Dynamik im Erfassen neuer sprachlicher Strukturen eigen ist. Auch entwickeln die Ladinier im allgemeinen eine starke Sensibilität für sprachliche Erscheinungen, die Anstöße zu eigenen Denksätzen, zu Tätigkeiten des Vergleichens und Unterscheidens, des Sich-Rechnenschaft-Gebens über Umfang und Begrenzung der Begriffe, des Verstehens feiner Schattierungen der Wortbedeutung geben.

Ob schließlich die Mehrsprachigkeit für den Ladinier Ursache emotionaler Schwierigkeiten ist, darüber wagen wir hier keine Antwort. Es könnte allerdings angenommen werden, daß das funktionale Gegenwärtige der drei Sprachformen zu Erschütterungen des strukturellen Gefüges führt, die in den verschiedenen Funktionszusammenhängen des personalen Ganzen spürbar werden. Vielleicht wirkt sich schließlich die Mehrsprachigkeit auf die analytischen Fähigkeiten günstig aus, während die Fähigkeit der Synthesebildung darunter eher leidet. Doch das sind Spekulationen, in die wir uns nicht weiter vertiefen wollen.

Unabhängig von Vor- oder Nachteilen der Dreisprachigkeit für die Entwicklung des einzelnen bleibt aber für den Ladinier nach wie vor die Forderung bestehen, daß er die drei Sprachen lernen und können muß. Es wird vor allem Aufgabe des ladinischen Bildungswesens sein, dieser Forderung zu entsprechen. Die drei Grundprobleme der Erziehung im Hinblick auf die Dreisprachigkeit könnten vielleicht in den drei folgenden Fragestellungen zusammengefaßt werden:

Inge Gualtieri

39012 Meran, Manzonistraße 11
Tel. (0473) 3 33 11 Büro
Tel. (0473) 2 31 10 Priv.

Überrimmt Reinschrift, Einband und Druck von Doktorarbeiten.

Pünktliche und formschöne Auslieferung.

Mehrere Schnffibilder, Farbbänder und Farbmuster stehen zur Auswahl.

1. Wie sollen die Schulen in Ladinien organisiert sein?

2. Welches sind die besten pädagogischen Methoden, um die drei Sprachen zu lernen?

3. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um die ladinische Schule zu rechtfertigen?

Mit diesem Aufsatz hoffen wir, auf einige Probleme hingewiesen zu haben, die mit dem heutigen Ladinisch und seiner Stellung im Kreuzfeuer zwischen der deutschen und italienischen Kultur- und Sprachlandschaft zusammenhängen. Es wäre erfreulich, wenn diese kurzen Ausführungen sowohl in Ladinien als auch außerhalb zu einem schärferen Nachdenken über die ladinische Sprachsituation anregen

Elisabeth Höglinger

Schule in Ladinien

Die Schulen in Athesien und Gröden, den ladinischen Tälern Südtirols, stellen einen singulären Fall von Unterrichtsorganisation dar: sie sind paritätische Schulen, das heißt die beiden Landessprachen Deutsch und Italienisch sind in jedem Schultyp zu gleichen Teilen vertreten, außerdem wird in den Pflichtschulen die ladinische Sprache gelehrt. Obgleich angenommen werden kann, daß Struktur und Funktionsweise dieser Art Schule in groben Zügen bekannt sind, mag im Rahmen einer SKOLAST-Konferenz über Ladinien eine genauere Darstellung dennoch nicht überflüssige Arbeit sein. Ich übergehe bewußt Kindergarten und Berufsschule, deren es eine für Kunsthandwerk in St. Ulrich gibt. Dies vor allem aus Platzgründen; übrigens verdiente eine Erziehungsanstalt wie der dreisprachige Kindergarten der ladinischen Ortschaften gerade jetzt, wo im übrigen Südtirol die einsprachigen Kindergärten ein heiß umkämpftes Streitobjekt sind, eine eingehende Untersuchung.

1. Werdegang der Schulen Ladinien in historischer Sicht

Bis zum Jahr 1875 herrschte an den ladinischen Schulen ausschließlich Italienisch als Unterrichtssprache; Ladinisch wurde nicht gepflegt, und Deutsch, als die Sprache der Reformation und des liberalen Wiener Geistes, war durch die Intervention des konservativen und einflußreichen Klerus erfolgreich ferngehalten worden. Durch Petitionen erreichten es die Kommunen, daß Deutsch als Unterrichtssprache Einzug hielt. Das Italienische wurde 1894 als Zweitsprache mit fünf Wochenstunden wieder eingeführt. Während des Ersten Weltkrieges gab es eine heftige Austreibung des Italienischen, der Unterricht war rein deutsch. Die Annexion Südtirols an Italien und der Faschismus brachten auch in Ladinien selbstver-

würden. Es ging uns nämlich hauptsächlich um die Bewußtmachung von Problemen, die heute in Ladinien zweifelsohne bestehen und die, ohne zunächst erkannt und direkt angesprochen zu werden, sicher nicht beseitigt werden können. Mit dem Einverständnis zu einer verantwortungsbewußteren Handhabung der drei Sprachen in Ladinien wäre eines unserer Ziele vorerst erreicht.

Bibliographie:

Ursel Weinreich: Sprachen in Kontakt. Ergebnisse und Probleme der Zweisprachigenforschung, 1. Auflage, München 1975.

Alexi Bucurios: Zur Problematik der Neuschöplungen im Rätoromanischen Sprachgebiet, in: Rätoromanisches Colloquium Mainz, Beiträge herausgegeben von W. H. Elwert u. Romanica Aenipontana, Innsbruck 1976, S. 11-21.

ständig die rein italienische Schule. Das schlagartige Umsteigen auf Italienisch wurde von den ladinischen Elementarschülern viel leichter verkraftet als von ihren Altersgenossen in Deutschsüdtirol, da ihre ladinische Muttersprache dem Italienischen strukturell und lexikalisch nahesteht. Bis 1945 war der Unterricht rein italienisch, in den beiden Jahren der Operationszone Alpenvorland dagegen deutsch. Der Neubeginn 1945 brachte in der ladinischen Schule viel Verwirrung, die Streitigkeiten gingen in den Folgejahren weiter und erreichten zu Beginn des Schuljahres 1948/49 einen Höhepunkt. Zugleich mit der autonomen Bewegung im übrigen Südtirol erhob sich erstmalig der ladinische Autonomismus, man verlangte Pflege und Unterricht des Ladinischen, besonders in den ersten Schuljahren. Deutschgesinnte Kreise sahen darin ein Manöver der Italiener, eine faschistoide Reitalianisierung zuerst Ladinien, dann ganz Südtirols zu betreiben. Der Ladinisch-Unterricht wurde in diesem Sinne als Vorwand betrachtet. Zur Diskussion stand zunächst ein Schulmodell wie im übrigen Südtirol: Unterrichtssprache Deutsch, dazu Italienisch als Unterrichtsfach. Eine Befragung der Familienoberhäupter hatte ein ganz eindeutiges Votum zugunsten dieser Lösung ergeben. In Gröden sprachen sich 1093 für und 6 gegen die deutsche Schule aus, im Gadertal 764 für und 53 gegen sie aus.

In den ersten drei Schuljahren nach dem Kriege wurde der Unterricht in dieser Art erteilt. Das alternative Unterrichtsmodell, die paritätische Schule mit gleicher Unterrichtszeit im Deutschen wie im Italienischen sowie zusätzlich starker Berücksichtigung des Ladinischen (in der ersten Klasse bis zu 19 Wochenstunden), wurde durch Dekret des Unterrichtsministe-

riums gegen den Willen der Elternarbeit im Schuljahr 1948/49 eingeführt. Unterichtsströk. Elternversammlungen, Petitionen und eine Zeitungskampagne waren die Folge. Es blieb jedoch bei der paritätischen Schule. In der ersten Klasse wurde der Unterricht italienisch gehalten, der Ladinischunterricht hatte zumindest in Gröden de facto einen sehr geringen Stellenwert. Ab der zweiten Klasse kam das Deutsche in paritätischem Anteil hinzu. Eine rechtliche Basis bekam die paritätische Schule übrigens erst durch das Neue Autonomiestatut. Im Pariser Abkommen von 1946 waren die Ladinier bekanntlich nicht erwähnt worden. Die paritätische Schule ist ein Kompromißmodell, das den divergenten sprachlichen, kulturellen und ethnischen Tendenzen Ladinien gerecht zu werden versucht; sie stellt einen Ausgleich dar zwischen den zwei großen Kultursprachen Deutsch und Italienisch und garantiert dem Ladinischen Existenz und Entfaltung im Rahmen des Unterrichts. Trotz anfänglichen Widerstandes akzeptierten die Eltern den neuen Schultyp, nach dreißigjähriger Erfahrung möchte ihn kaum jemand mehr missen.

Der Aufbau der Sekundarschulen, sofern sie in Form von zwei Fachschulen für Kunsthandwerk in Gröden nicht schon existierten, begann im Jahr 1951. Um den Bedürfnissen der in einer paritätischen Elementarschule unterrichteten Schüler nach einer weiterführenden ebensolchen Schule gerecht zu werden, richtete man eine Mittelschule ein. Der Unterricht wurde fächerparitätisch organisiert: Italienisch-Geschichte-Latein auf italienisch; Deutsch-Geografie-Mathematik auf deutsch. Auch nach Errichtung der Einheitsmittelschule 1963 behielt man im wesentlichen dieses Modell bei. Das Deutsche überwiegt in den mathematisch-antwissenschaftlichen Fächern, das Italienische in den geisteswissenschaftlichen. Von Anfang an wurde eine Wochenstunde dem Unterricht der ladinischen Sprache vorbehalten, sie wird an den Mittelschulen von einem eigenen Lehrer erteilt.

Das Neue Autonomiestatut sichert im Artikel 19 die paritätische Schule wie folgt ab:

„Die ladinische Sprache wird in den Kindergärten und Grundschulen der ladinischen Ortschaften gelehrt. Dort dient diese Sprache auch als Unterrichtssprache in den Schulen jeder Art und jeden Grades. In diesen Schulen wird der Unterricht auf der Grundlage gleicher Stundenzahl und gleichen Lernerfolges in Italienisch und Deutsch erteilt.“

Derselbe Artikel 19 sieht die Bestellung eines Schulamtsleiters für die Schule Ladinien vor. In den am 20. November 1973 erlassenen Durchführungsbestimmungen für die Südtiroler Schulen (V.P.d.R. Nr. 116) folgen genaue Bestimmungen hinsichtlich der paritätischen Verwendung des Deutschen und Italienischen sowie des La-

dischen; ferner über die sprachlichen und sonstigen Voraussetzungen des Grund- und Sekundarschullehrers an ladinischen Schulen. In den Grundschulen unterrichten Lehrer, die der ladinischen Sprachgruppe angehören und alle drei Unterrichtssprachen beherrschen. Vor der Aufnahme in die Staromrolle wird die Sprachbeherrschung durch Tests ermittelt: Absolventen der italienischen LBA müssen eine schriftlich-mündliche Deutschprüfung ablegen, Absolventen der deutschen LBA eine italienische; die ladinisch-Kenntnisse werden in einem mündlichen Kolloquium festgestellt. In den Sekundarschulen unterrichten Lehrer italienischer Sprachgruppe die Fächer mit italienischer Unterrichtssprache und umgekehrt. Bewerber mit ladinischkenntnissen bzw. ladinischer Sprachgruppenzugehörigkeit haben bei der Stellenzuweisung „absoluten“ Vorrang gegenüber solchen der deutschen und italienischen. Das heißt, daß an ladinischen Schulen jede Lehrstelle

einem Ladinier reserviert ist und zum Unterschied von deutschen oder italienischen Schulen Südtirols Personen die zweite (hier gleichgestellte) Sprache unterrichten dürfen, für welche diese Sprache nicht Muttersprache ist.

Für die Elementarschule, die, wie oben erwähnt, nach 1948 mit der italienischen Unterrichtssprache begann, traf man im Zuge der neuen Autonomieordnung folgende Regelung (wie ich der Dissertation von M. Schöner, *Il trilinguismo nella scuola ladina*, Verona 1974, S. 37 f., entnehme, stammt der Vorschlag von Alfons Benediktter: im ersten Schuljahr werden zwei Sektionen eingerichtet, eine deutsch-ladinische und eine italienisch-ladinische. Die Einweisung der Schulpflichtigen erfolgte in den ersten Jahren auf Antrag der Eltern, ab 1976 nach Prüfung durch eine Kommission. Die Trennung der Sektionen wird, nachdem im zweiten Schuljahr die dritte Sprache (Deutsch oder Italienisch) hinzugekommen war, im drit-

ten Schuljahr aufgehoben. Die Kinder werden in alphabetischer Reihung neuen Klassen zugeordnet, was für Integration und Anhebung des Niveaus der dritten Sprache sehr förderlich ist.

Das Schulamt für die Schulen der ladinischen Ortschaften, untergebracht im selben Gebäude wie das deutsche Schulamt, begann ab 1975 zu arbeiten. Bis dahin waren die ladinischen Schulen dem italienischen Schulamt unterstellt. Die Amtseinführung des ersten ladinischen Schulamtsleiters, des Galdertalers Dr. Franz Vittur, fand statt am 19. September 1975. Für die Ladinier bedeutete das erstmalig Gleichstellung und Anerkennung. Dr. Vittur unterschied dieses Moment durch Gebrauch des Ladinischen bei seiner Ansprache.

Heute wird allgemein anerkannt, daß die paritätische Schule für Ladinien eine richtige Entscheidung war. „Man kann verstehen, daß die Ladinier mit ihrer Schule zufrieden sind, weil

BEITRAG ZU EINER PRAGMATISCHEN DIFFERENZIERUNG ZWISCHEN SOG. "ECHTEN" UND "ECHLEN" LADINERN

"Echte" Ladinier sind nicht mehr Ladinier, wenn es die Situation erheischt (Proporz)

"Echte" Ladinier sind eben nur Gamm Ladinier, wenn es ihnen zum Vorteil gereicht

"Echte" Ladinier opfern dem Moloch Kapital, Landschaft und Leute

"Echte" Ladinier sind kulturpolitisch, narzisstische Hedonisten

"Echte" Ladinier lassen sich von Nicht-Ladinern manipulieren

"Echte" Ladinier sind politisch gern fremd-orientiert

"Echte" Ladinier sind Fetischisten der Sprache

"Echte" Ladinier sind sture Traditionalisten

"Echte" Ladinier sind Anbeter des Tourismus

"Echte" Ladinier sind politisch labil

"Echte" Ladinier sind Opportunisten

"Echte" Ladinier sind intolerant

"Echte" Ladinier überreden

"Echte" Ladinier sind

"Echte" Ladinier

L a d i n e r

Echte Ladinier

Echte Ladinier sind

Echte Ladinier Überzeugter

Echte Ladinier sind Idealisten

Echte Ladinier sind Konkonformisten

Echte Ladinier sind kulturell allseitig offen

Echte Ladinier schonen das Land und ihre Sprache

Echte Ladinier haben bodenständige politische Ideen

Echte Ladinier sind geschichtsbewußte Christen oder Ideologen

Echte Ladinier bleiben auch dann Ladinier, wenn Nachteiliges sich ergibt

Echte Ladinier sind unabhängbare Voraussetzung für den Fortbestand der Ladinier

UND JEDER LADINER, DER DIES LIRST, ZÄHLT SICH ZU DEN ECHTEN L A D I N E R N

Theodor Riffesser

diese Schule der Bevölkerung jene Kenntnis der beiden Sprachen vermittelt, auf die die Ladinier angewiesen sind" (K. Egger 1977, S. 149). Mehr noch, und die Deutschdidaktiker vergessen dieses erste Anliegen der ladinischen Schule nur allzu oft, „Te scia scola dass i ladin avè la possibilità de coltùe so lingaz dla una“ (aus der Ansprache Dr. Vitturs), die ladinische Schule bietet die Möglichkeit der Pflege der Muttersprache.

2. Der Bestand der ladinischen Schulen

Die folgenden Daten entnehme ich Statistiken des ladinischen Schulamtes, vor allem der im April 1976 erschienenen Broschüre von Dr. A. Isara.

Grundschulen: Zwei Direktionen Direktion St. Ulrich mit 5 Schulstellen (St. Ulrich, Runggaditsch, Pufels, St. Christina, Wolkenstein). Direktion Abtei mit 14 Schulstellen (Corvara, Kolluschg, Stern, S. Kassian, St. Leonhard, Federaa, Wenger, St. Martin i. Th., Kampill, Untermoi, St. Vigil i. E., Fraueberg, Rina, Tintal). Im Schuljahr 1975/76 gab es in Gröden 1.064 Volksschüler, die von 48 Lehrern unterrichtet wurden; im Abteital 1.008 Schüler und 53 Lehrer. In diesem Tal waren die Klassenfrequenzen niedriger als in Gröden (Abtei 19 Schüler je Lehrer, Gröden 22). Die hohe Zahl der Schulstellen des Gadertals ist bedingt durch die geografische Lage der Dörfer. Die durch den allgemeinen Geburtenrückgang bedingten rückläufigen Schülerzahlen werden deutlich aus den Zahlen des heurigen Schuljahres: Gadertal 981 Schüler (54 Klassen), Gröden 973 Schüler (43 Klassen).

Mittelschulen: Der Aufbau der paritätischen Mittelschulen Ladinens setzt im Jahr 1951 ein. Die Mittelschule St. Ulrich startete das erste Unterrichtsjahr recht bescheiden mit 16 Schülern, die vorläufig im Gebäude der Volksschule untergebracht waren. Ab 1953 wurde die Schule, die zuerst eine Zweigstelle einer italienischen Bozner Mittelschule war, selbständig, erhielt Direktion und Sekretariat. Auf hundert Schüler kam man erst 1959/60. Die seither höchste Schülerzahl hatte die Anstalt 1975/77 (350).

Gegenwärtig gibt es in Ladinien 6 Mittelschulen: Gadertal (Stern, Sankt Martin, St. Vigil). Im Schuljahr 1975/76 gab es dort 439 Schüler und 45 Lehrer, im heurigen Schuljahr 493 Schüler (23 Klassen). Gröden (St. Ulrich, St. Christina, Wolkenstein) im Schuljahr 1975/76 473 Schüler und 45 Lehrer, im heurigen Schuljahr 539 Schüler (24 Klassen). Während der Geburtenrückgang sich in den Grundschulen bemerkbar macht, verzeichnen die Mittelschulen vorläufig noch einen Schülerzuwachs.

Sekundarschulen: Ladinien hat 4 Sekundarschulen, 3 in Gröden und eine im Gadertal. Die Kunstlehranstalten

von Ulrich und Wolkenstein haben eine lange Geschichte; als Fachschule für das heimische Kunsthandwerk gab es sie schon vor dem Ersten Weltkrieg. 1968 wurden beide berufsbildende Anstalten in den Rang von Kunstlehranstalten mit Maturaabschluss erhoben. Die Handelsoberschule von St. Ulrich wird im Schuljahr 1954/55 eingerichtet, die dreijährige Lehranstalt für Kaufmännische Berufe in Stern/Abtei fast 20 Jahre später, nämlich Herbst 1972.

1975/76 besuchten 112 Schüler die Hobb/St. Ulrich, im heurigen Schuljahr sind es 116. Die Kunstlehranstalt St. Ulrich besuchten 75/76 84 Schüler, heuer 51, jene von Wolkenstein 50, heuer 56. Die Kaufmännische Lehranstalt Stern hatte 1975/76 37 Schüler, heuer 109. Insgesamt studieren heuer an Ladinien's Oberschulen 332 Schüler, und es gibt 20 Klassen.

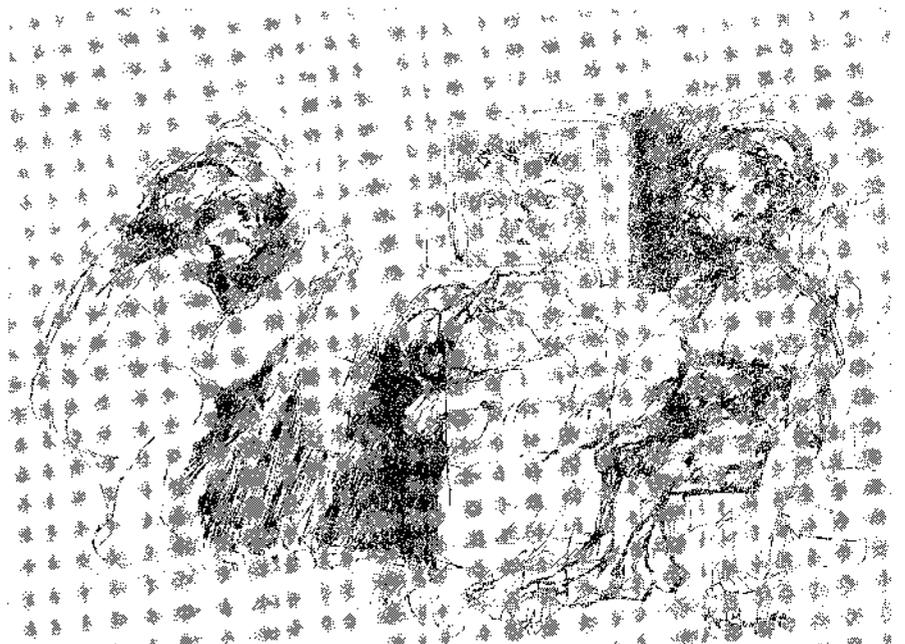
Die Schüler aus den ladinischen Ortschaften machen reichlich Gebrauch von der Möglichkeit, Schulen außerhalb ihrer Täler zu besuchen. Vereinzelt ist dies schon bei den Mittelschülern der Fall, in der Hauptsache handelt es sich jedoch um Oberschüler, die das reichhaltigere Angebot an Schultypen in Bozen, Brixen usw. nutzen wollen. Die Statistik des Schulamtes gibt für das Schuljahr 1975/76 folgende Zahlen an: 250 Ladinier besuchen auswärtige Schulen. Die gewählten Schultypen sind: Kaufmännische Lehranstalt 26,8%, LBA 18,4%, Realschule 14%, Klassisches Lyzeum 13%, Gewerbeoberschule 16,4%, Frauenoberschule 10,8%. Bemerkenswert ist der hohe Anteil im Falle der Lehranstalt für Kaufmännische Berufe, ein Schultyp, den es auch in Ladinien gibt. Möglicherweise ziehen es Jugendliche aus Gröden vor, diese Art Schule in Bozen oder Brixen zu frequentieren, weil die Schule in Stern/Abtei von Gröden aus im Winter schwer erreichbar ist. Hinzu kommen sicher auch die bekannten Schwierigkeiten mit

den Unterkünften, da es in den ladinischen Ortschaften keine Schülerbeherbergung gibt.

Dies ist einer der Hauptgründe für die rückläufigen Zahlen bei den Kunstschülern. Die beiden Anstalten in Ulrich und Wolkenstein, die einzigen in Südtirol, hatten in den letzten Jahrzehnten in ihrer Schülerpopulation Anteile von 40 bis 50 Prozent aus Ortschaften außerhalb Ladinien's.

Der Lernerfolg in den paritätischen Schulen

Das Neue Autonomiestatut bestimmt, daß die paritätische Schule der ladinischen Ortschaften aufgrund gleicher Stundenzahl in italienischer bzw. deutscher Unterrichtssprache dem Schüler gleiche Kenntnis beider Sprachen sichere, außerdem garantiert es Gebrauch und Unterricht der ladinischen Sprache. Damit ist ein Anspruchsrahmen gesetzlich festgelegt, den zu erfüllen jenen obliegt, die an der paritätischen Schule tätig sind. Wir verfügen über einige objektive Messungsdaten, die es erlauben zu gewichten, inwiefern das Unterrichtsmodell Ladinien's den Erwartungen entspricht. Erstens wird der Lernerfolg gemessen an den Daten der Schulverspätung, hauptsächlich beim Abschluß der Pflichtschule (3. Klasse Mittelschule). In den Jahren 1972/73 hatte jeder zweite deutsche oder ladinische Mittelschüler mindestens ein Jahr Verspätung. „Geradezu dramatisch“ nennt K. Egger (Zweisprachigkeit in Südtirol, S. 142) die Schulverspätung im Gadertal, während die Ulricher Mittelschüler sehr gut abschnitten und zum Zeitpunkt der Untersuchung die geringste Schulverspätungsquote der Provinz unter Einbeziehung auch der italienischen Schulen haben. Inzwischen hat sich die Lage in St. Ulrich etwas verschlechtert. Diese Diskrepanz im Schulerfolg zwischen den beiden ladinischen Tälern Südti-



rolis ist bedingt hauptsächlich durch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur: In Abtei sind noch ca. 50 Prozent der Bevölkerung Landwirte, in Gröden nur noch knappe 2 Prozent. Der starke Tourismus ermöglicht dem Kind ständigen Kontakt mit dem Deutschen und Italienischen, während die Gaderaler Kinder größtenteils noch einsprachig ladinisch aufwachsen. Den Freund und Verfechter der ladinischen Sprache muß diese Schülerfolgslage bedenklich stimmen: je besser der Erhaltungsstand dieser Sprache ist, desto geringer sind für den Pflichtschüler offenbar die Chancen, den Anforderungen der Schule zu genügen.

Der Lernerfolg der Pflichtschüler der drei verschiedenen Sprachgruppen wurde 1972/73 von einer Innsbrucker Wissenschaftlergruppe durch einen Schulleistungstest für die Fächer Muttersprache, zweite Sprache und Mathematik gemessen. Bei den ladinischen Kindern wurde dadurch eine allen mehr oder weniger bekannte Erfahrungstatsache erhärtet. Sie hatten die besten Ergebnisse in der zweiten Sprache, die für viele Kinder allerdings schon die dritte ist, da sie den Muttersprachetest ja nicht in ihrer wirklichen Muttersprache, in Ladinisch, machen durften, sondern sich für Deutsch oder Italienisch entscheiden mußten, was die Ergebnisse natürlich etwas verfälschte. In der Muttersprache waren sie den Kindern der deutschen Volksgruppe etwas unterlegen, in Mathematik hatten sie etwa gleich gute Ergebnisse.

Um die wirklichen Erfolge der ladinischen Schule zu ermitteln bzw. um die Erfolgsmöglichkeiten ganz zu realisieren, bedarf es verfeinerter Vergleichsmethoden und einer neuen Optik. In der ladinischen Schule geht es schließlich nicht bloß darum, das Deutsche und Italienische gleich gut zu erlernen, sondern sie wurde geschaffen mit dem Anspruch, das Ladinische zu erhalten. Es wäre daher endlich auch zu testen, wie sehr oder wie wenig sie dieser Aufgabe genügt. Wie es um die Kenntnisse der ladinischen Muttersprache bestellt ist, wie

bedeutend oder gering der Anteil unserer Schulen bei ihrer Erhaltung ist, das sollte mit Hilfe wissenschaftlicher Kriterien analysiert werden.

Die Förderung nach einem Export des paritätischen Schulmodells in die übrige Provinz wird vielfach erhoben. Die Verfechter, zumeist Angehörige der italienischen Volksgruppe, versprechen sich davon eine verbesserte Möglichkeit, die zweite Sprache zu erlernen. Da die Beherrschung der beiden Landessprachen nach dem Paket zur unumgänglichen Bedingung wurde für den Eintritt in den Staats- oder Landesdienst, ist der Ruf nach Bildungseinrichtungen, die diese Spracherlernung gewährleisten, verständlich und erwägenswert. Die Gegner eines paritätischen Schulmodells außerhalb Ladinens, zumeist Angehörige der deutschen Volksgruppe und insbesondere deren politische Vertreter, sehen darin eine reale Gefährdung der deutschen Sprache, deren Existenz ohnehin bedroht ist. Auch Kurt Egger (Zweibrachigkeit in Südtirol 1977) lehnt nach differenziertem Abwägen des Pro und Kontra eine paritätische Schule für ganz Südtirol ab.

Trotzdem meine ich, daß die von bestimmten Italianischen und neuerdings auch deutschen politischen Gruppierungen erhobene Minimalforderung nach Einrichtung einzelner paritätischer Schulen in den bedeutendsten Städten Südtirols, gleichsam als zusätzliches Angebot zu den einsprachigen Schulen, besonders im Zuge der Sekundarschulreform ernstlich überlegt werden müßte.

Lehrer an den Schulen der ladinischen Ortschaften

Die Durchführungsbestimmungen 116 von 1973 sicherten Personen, die aus den ladinischen Tälern gebürtig sind und an den Schulen dieser Täler lehren wollen, einen Schutz, der als vollständig bezeichnet werden kann. Die Lehrerschaft früher dem italienischen Schulamt unterstellt, wird jetzt von einem eigenen ladinischen Schulamt betreut. Von allen Schulen Südtirols haben einzig diejenigen in Ladinien

das Privileg, daß auch die zweite Sprache, also Italienisch, von ortsaussässigen Lehrern, für die diese Sprache daher nicht Muttersprache zu sein braucht, gelehrt werden darf. An der Grundschule dürfen nur Leute unterrichten, die das Ladinische beherrschen. Für alle anderen Schultypen genießt ein Ladinier das Vorrecht gegenüber Angehörigen der deutschen und italienischen Volksgruppe. Diese absolute Bevorzugung in den beiden ladinischen Tälern hat eine ebensofolche Benachteiligung in den übrigen Ortschaften Südtirols zur Folge. Wer sich als Ladinier erklärt hat, verliert augenblicklich die Möglichkeit, weiterhin an einer deutschen oder italienischen Schule zu unterrichten, auch dann, wenn er dort dringend gebraucht wird. Zu einem der absurdesten Fälle kam es im Vorjahr. Ein Gröden Mathematik-Naturkundler, der schon seit über einem Jahrzehnt an der Mittelschule Mals unterrichtet hatte, erklärte sich spontan, und ohne die Folgen zu überreifen, als Ladinier. Dies brachte sofort den Ausschlußmechanismus in Gang. Er wurde zwangsweise an die Mittelschule Uriach verwiesen, obwohl er an seinem früheren Arbeitsplatz gebraucht worden wäre und auch vorher nie in Gröden unterrichtet hatte. Reservierung der Stellen bei gleichzeitigem Einschuß: das Privileg wurde zur Zwangsjacke. Selbst in Ladinien wagen es immer weniger Lehrer, sich als Ladinier zu erklären; die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung wird zum reinen Akt des Opportunismus, nicht mehr zu einem ehedem Bekannnis zur eigenen Herkunft, Sprache und Kultur. Das Unbehagliche dieser Situation ist sehr bald verschiedenen Verantwortlichen klageworden, und man sucht nach Ventilen. Wie ich einer im September 1978 erschienenen Denkschrift von Dr. Franz Parathoner entnehme, hat man in dieser Sache bereits bei der Zwölferkommission interveniert und hat den Vorschlag unterbreitet, daß wenigstens Absolventen der LFA, also Elementarschullehrer, an deutschen bzw. italienischen Schulen unterrichten dürfen. Gleichzeitig soll jedoch die Stellenreservierung in Ladinien aufrechtbleiben.

Kleine Korrekturen wie diese können in Einzelfällen Linderung bewirken, das Problem bleibt in seiner ganzen Tragweite jedoch bestehen. Die Ladinier werden sich zur Einsicht durchringen müssen, daß sie nicht in ihren Tälern alle Privilegien genießen dürfen und gleichzeitig auch anderswo Begünstigungen in Anspruch nehmen können. Auch sollte man die Frage nicht bloß eingeschränkt auf die Kategorie der Lehrerschaft aufrollen, sondern vielmehr auch für andere Beamtenstellen die Proporz- und Sprachgruppenzugehörigkeitsregelungen hinterfragen. Ich meine, daß das Ladinertum weniger durch automatische Stellenreservierung für gebürtige Ladinier gestützt wird als vielmehr durch einen verstärkten sprachlich-kulturellen Einsatz.

Der Tod ist die einzige Freiheit

Jean Amery

Für Heinz Wielander

Am 29. April ist unser Freund Heinz freiwillig aus dem Leben gegangen.

Sei ihm im Tode die Erde leicht,
welche im Leben ihm zu schwer war.

Gespräch über den Ladinischunterricht an der Grundschule

Interview von Elisabeth Höglinger

Unsere Gesprächspartner sind Lehrkräfte der Grundschule St. Ulrich; sie haben zwischen 5 und 20 Jahre Unterrichtserfahrung hinter sich, und zwar ausschließlich am ladinischen Grundschulen. Alle Befragten haben die italienische Lehrerbildungsanstalt besucht, sind ladinischer Muttersprache und benutzen diese Sprache im täglichen Umgang; ihre zweite Gebrauchssprache ist Deutsch; ihre Kultursprache, bedingt durch den Besuch einer italienischen Oberschule, Italienisch. Die Kenntnisse der deutschen Hochsprache gehen hauptsächlich zurück auf den Besuch der paritätischen ladinischen Pflichtschule (Elementar- und Mittelschule).

Stellenwert des Ladinischen in der Stundentafel

In der ersten und zweiten Klasse ist Ladinisch „lingua strumentale“, das heißt Befehlssprache, in den weiteren Klassen sollte pro Woche eine Stunde Ladinisch als Fach und Unterrichtssprache gegeben werden.

„Wird diese Stunde auch gehalten?“
„Selbstverständlich. Der Aufbau unserer Elementarschule ist ja bekanntlich seit fünf Jahren (heuer kommt der erste Jahrgang dieses neuen Unterrichtstyps in die Mittelschule) so: in der ersten Klasse gibt es zwei Sektionen, eine deutsch-ladinisch, die andere italienisch-ladinisch; man geht davon aus, daß jene Kinder, die zu Hause Ladinisch sprechen, sich in der ladinisch-italienischen Sektion besser zurechtfinden, also kommen sie dahin, dazu noch die italienischen Kinder. Jedoch gibt es inzwischen in St. Ulrich das rein ladinisch sprechende Volksschulkind, wir meinen bei der Einschulung, nicht mehr. Durch den Kindergarten, Kontakt mit Gästen, das Fernsehen, hat es längst Kenntnisse in Deutsch und im Italienischen erworben.“

„Wie geht die Einweisung der Erstkläßler in die verschiedenen Sektionen vor sich?“

„Das entscheidet eine Kommission. Das Kind wird geprüft. Seit zwei, drei Jahren gibt es diese Kommission, früher entschieden die Eltern. Obzwar nehmen an solchen Kommissionen Lehrer teil, die überhaupt nicht mehr in den ersten Klassen unterrichten, das finden wir nicht richtig. Die Kinder sind bei dieser Prüfung vorangestellt, machen oft den Mund nicht auf. Ganz einwandfrei kann man obzwar nicht entscheiden, Welches Kind, auch wenn es ladinischer Muttersprache ist, kann schon nicht auf so simple Fragen wie: Wie heißt du? und ähnliche

antworten? Die deutsch-ladinische Sektion ist übrigens die Prestige-Klasse, den Eltern ist es ein wichtiges Anliegen, ihre Kinder dort hineinzubringen. Die italienisch-ladinische Sektion ist irgendwie die der Unterschicht-Kinder geworden. Es ist auch vorgekommen, daß Kinder aus rein italienischen Familien (Oberschichtkinder natürlich) in die deutsch-ladinische Sektion aufgenommen wurden, um gutes Deutsch zu lernen selbstverständlich, weil sie gutes Italienisch ja zu Hause lernen.“

Die getrennten Sektionen gehen im zweiten Schuljahr weiter, dort kommt dann paritätisch der Unterricht in der zweiten Sprache — Deutsch oder Italienisch — hinzu. Wir haben es durchgesetzt, daß im dritten Schuljahr die getrennten Sektionen aufgehoben werden, es bestand nämlich der Plan, sie bis zum Abschluß der Volksschule, bis in die 5. Klasse, beizubehalten. Das wäre in unseren Augen vor allem wegen der sozialen Integration sehr negativ gewesen.

Vor der Einrichtung der verschiedenen Sektionen in der ersten Klasse gab es einheitliche erste Klassen, mit Italienisch als Unterrichtssprache und Ladinisch als Betsprache. Uns ärgerte war jene Regelung lieber, diese jetzt bewirkt Trennungen und Schwierigkeiten. Obzwar haben wir gemerkt, daß die Kenntnisse des Italienischen bei den Kindern, die mit der deutsch-ladinischen Sektion anfangen, fühlbar zurückgehen.“

Rückgang der Ladinisch-Kenntnisse

„Die Kenntnis des Ladinischen geht unter unseren Volksschülern gleichfalls sehr zurück. Wir haben in allen 22 Klassen unserer Schule eine inoffizielle Befragung durchgeführt, nach der daheim gesprochenen Sprache. Nur ein Viertel spricht noch Ladinisch, die anderen, mit Ausnahme der paar Italiener, Deutsch. Von diesen einen Viertel der Ladinisch Sprechenden möchten viele übrigens in die deutsch-ladinische, nicht etwa in die italienisch-ladinische Sektion.“

„Wird außer in der einen Ladinisch-Stunde, die ab der 3. Klasse wöchentlich vorgesehen ist, auch während der übrigen Unterrichtszeit ladinisch gesprochen?“

„Kaum, man hat einfach nicht die Zeit.“

„Welche Stellung nimmt das Ladinische bei den Prüfungen ein?“

„Als es noch die Prüfung nach der zweiten Klasse gab, wurde dort schon Ladinisch geprüft; jetzt hat nur noch bei der Abschlussprüfung nach der 5.

Klasse. Die Schüler müssen etwas auf Ladinisch schreiben, etwas aufsagen.“

„Ist die Kenntnis der ladinischen Sprache durch den Elementarschulunterricht garantiert, auch wenn das Kind zu Hause nicht ladinisch spricht?“

„Soviel können wir sagen: nach fünf Jahren Schule ist ein passives Sprachverständnis garantiert, mehr nicht hinzu kommt; die Kinder werden für den Ladinischunterricht an der Mittelschule (eine Wochenstunde) motiviert.“

„Habt ihr bei den verschiedenen Schülerjahrgängen in den letzten 15 Jahren eine Abnahme der Ladinisch-Kenntnisse feststellen müssen oder ist die Sprachkompetenz gleich gut geblieben?“

Einstimme Antwort: „Abnahme, eine fühlbare Abnahme!“

„Wie ist die Einstellung der Eltern zum Fach Ladinisch?“

„Es mangelt jedes Interesse, keiner fragt auch nur danach. Das Ladinisch bringt ja wirtschaftlich nichts. Eine Schülerin sagte mir neulich: Daheim dürfen wir nicht ladinisch sprechen, sonst verstehen uns die (offenbar deutschen) Gäste nicht.“

Paritätischer Unterricht und Lernerfolg

„Die ladinische Elementarschule ist, wie ihr mir sagt, tatsächlich paritätisch, nicht bloß in dem Sinn doppel-sprachig, daß, wie an der ladinischen Mittelschule, der Unterricht in bestimmten Fächern auf deutsch, in bestimmten anderen auf italienisch erfolgt. Ihr macht eine Woche alle Fächer auf deutsch, die andere Woche alle Fächer auf italienisch, so daß der Schüler tatsächlich die Chance hat, beide Sprachen gleich zu beherrschen und nicht einen nach Sachgebieten getrennten einseitigen Wortschatz erwirbt. Hinzu kommt noch die Erlernung des Ladinischen, für die Masse der Kinder heute bereits ein fremdes Idiom. Kompromittiert diese Mehrsprachigkeit nicht den Lernerfolg?“

„Man tut als Lehrkraft, was man kann. Jedenfalls erreichen unsere Schüler einen hohen Grad von Zweisprachigkeit, das wurde uns bestätigt von einem Professor aus Graubünden, der staunte, daß die Fünftkläßler hier so gut deutsch, italienisch und auch ladinisch schreiben. Erfolgreich ist die dauernde Umstellung, eine Woche so, dann anders, eine Woche Rechnen auf italienisch, mit allen Fachausdrücken, dann eine Woche Rechnen auf deutsch, mit allen Fachausdrücken, ganz offenbar für die Kinder eine Belastung. Wir versuchen schon, ein bißchen vernünftig und flexibel vorzugehen und die je Sachgebiete passende Sprache zu wählen. Das geht bei Geografie und Geschichte gut; Geografie Italiens machen wir auf italienisch, Heimatkunde Tirols natürlich auf deutsch usw. Aber eine Belastung bleibt es für die Schüler, wenigstens unbewußt.“

„Für den Unterricht der ladinischen Sprache haben wir keine Ausbildung erhalten, weder an der LBA noch irgendwann einmal später. Beim Stammflohmarkt mußten wir auch eine Prüfung in Ladinisch machen. Die Vorbereitung haben wir rein im Selbststudium geschafft, ohne daß uns jemand, eine ältere Lehrkraft oder sonst wer, auch nur geeignete Bücher angegeben hätte. Aber wegen Ladinisch wäre sicher niemand geflogen, neben den nicht geringen Anforderungen des paritätischen Unterrichts in deutscher und italienischer Sprache stellt der Unterricht des Ladinischen für uns Lehrer eine nicht geringe zusätzliche Belastung dar. Der Weg zu einem besseren Ladinisch an unseren Elementarschulen gäbe es, aber es ist sonderbarerweise nicht üblich, daß man in den Lehrerkonferenzen darüber spricht. Man mache bloß Wirbel, den meisten Kollegen ist ein Gespräch lästig. Also schweigt man. Die Qualität des Ladinischen muß aber zwangsläufig zurückgehen. Man stelle sich das vor: Heute treten zunehmend Junglehrer in den Unterricht ein, die zwar aus Gröden stammen, zu Hause aber nicht mehr ladinisch sprachen bzw. sprechen, sie haben die deutsche LBA besucht und sollen nun, ohne irgendeine spezielle Vorbereitung, ein gutes Ladinisch vermitteln. Die haben doch schon genug Schwierigkeiten mit dem Italienischen! Zwischen der LBA-Matura und dem Unterricht an ladinischen Elementarschulen müßte mindestens ein Kurs für ladinische Sprache eingeschoben werden! Man könnte sich für den Unterricht in den höheren Volksschulklassen auch folgendes überlegen: um einen wirklich guten Ladinischunterricht zu garantieren, ein Ladinisch, das nicht nur schlecht und recht Kommunikationsmittel ist, sondern wirklich kreative Sprache, könnte man den Unterricht der einen Wochenstunde einer Lehrkraft überlassen, die sich spezialisiert, ein gutes Programm zusammenstellt, die wirklich Ladinisch kann, die Freude daran weckt. Die anderen Lehrkräfte sollten selbstverständlich auch Ladinisch können, aber es nicht direkt lehren müssen.“

Problem Fortbildungskurse im Ladinischen. Sie wären sicher eine Hilfe. Bisher haben wir noch nicht viel davon erlebt, es sollen im vergangenen Herbst welche gemacht worden sein, vorläufig hauptsächlich im Gadertal. Allerdings möchten wir klarstellen, daß wir keine Kurse während der regulären Unterrichtszeit haben können. Wir haben bekanntlich vormittag und nachmittag Unterricht, sogar am Samstag. Wie stellt man sich das vor? Nach vier Uhr Kurs, dann nach Hause laufen, Hausarbeiten machen, die meisten Lehrkräfte sind ja weiblich und verheiratet, und spät abends Vorbereitung und Korrekturen für den kommenden Schultag! Kurse ja, aber auch die Zeit dazu.“

„Wie steht es mit Lehrplänen und Unterrichtsmaterial für das Fach Ladinisch?“

„Zurzeit haben wir nicht einmal ein Buch. Früher gab es die Lesewerke ‚Bel sarëin‘ und ‚Mi libta‘. Die waren aber so voll Fehler, daß man sie aus dem Verkehr gezogen hat. So müssen wir uns aus verschiedenen Büchern das Material zusammenklauben. Zum Beispiel benutzen wir oft das sehr gute Lesewerk der Mittelschule ‚Gherdëina zaccan y nuei‘, von Amalia Obleiter. Übrigens ist ein Lesebuch für die Volksschule in Vorbereitung, eine Sammlung von Texten, wir wissen nicht, ob da auch Grammatik und Glossar dabei sein soll, was nützlich wäre. Gemacht wird das Buch von der Grödner Lehrervereinigung (Lja maestri de Gherdëina), auf freiwilliger Basis, den Druck soll das Land bezahlen. Außerdem bekamen wir vor kurzem eine Art curricularen Lehrplan, einen hektografierten Text von zwei Seiten. Alles in allem müßte mehr getan werden. Es ist zu billig und zu einfach, wie es neulich im ladinischen Rundfunk geschah, uns Volksschullehrer verantwortlich zu machen für den Rückgang der Ladinischkenntnisse unter den Schülern Grödens, auch die

Gadertaler rügen uns, so oft wir mit ihnen zusammenkommen.“

Wir Lehrer fühlen uns überfordert und alleingelassen. Es bedarf eines Einsatzes von oben, Schulbehörde, Schulumt, Landesregierung. Die Dreisprachigkeitszulage wäre auch ein Ansporn. Und schließlich das Pädagogische Institut. Es müßte unbedingt auch ein Amt, eine Stelle für das Ladinische geben; dort sollten Lehrmittel hergestellt werden, z. B. Filme für Videorecorder in ladinischer Sprache, Tonbandaufzeichnungen, sonstige Materialien. Man müßte dort beraten werden, z. B. über Neuerungen in der ladinischen Rechtschreibung, übrigens ein Problem und eine Belastung eigener Art. Davon wissen unsere Kollegen an den deutschen und italienischen Volksschulen des Landes gar nichts.

Jedenfalls muß unserer Schulbehörde klar werden, daß es nicht genug ist, Lehrer aus dem Gröden- oder Gadertal in den Volksschulen anzustellen, um die Erhaltung des Ladinischen zu garantieren. Man muß diesen Lehrern laufend beistehen und auch bei den Parafällen für das Ladinische „werben.“

Dr. Lois Craffonara

Das Ladinische Kulturinstitut – Istituto Ladin „Micurà de Rü“

Im September 1977 hat das mit Landesgesetz ins Leben gerufene Ladinische Kulturinstitut „Istituto Ladin Micurà de Rü“ (benannt nach einem Geistlichen aus St. Kassian, der 1833 die erste dolomitenladinische Grammatik verfaßt hat) mit seiner Tätigkeit begonnen.

Die Aufgaben und Ziele des Institutes sind im Statut folgendermaßen umrissen:

1. wissenschaftliche Erforschung der Sprache, Geschichte und Kultur der Dolomitenladiner in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Universitäts- und Fachinstituten und durch das Zusammenwirken mit anderen Kulturvereinen;
2. Pflege der ladinischen Volkskultur und Förderung aller Maßnahmen zur Erhaltung des Ladinischen in Schrift und Sprache;
3. Errichtung eines Archivs;
4. Errichtung eines ladinischen volkskundlichen Museums;
5. Ausbau der Beziehungen zwischen den Ladinern der Dolomiten, der Schweiz und Friauls.

Im Rahmen dieser umfangreichen und weitausgreifenden Zielsetzung müssen natürlich jeweils kleine Teilbereiche präzise abgesteckt und schrittweise realisierbare Vorhaben festgelegt werden. Die dabei einzuschlagende Richtung und die Schwerpunkterteilung wird sowohl von der Vordring-

lichkeit bestimmter Probleme als auch von den sich anbietenden personellen Gegebenheiten bestimmt.

Die wissenschaftliche Arbeit wurde bewußt an die erste Stelle der allgemeinen Zielsetzungen gestellt, um der Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß jene kulturelle Tätigkeit nur auf einem soliden wissenschaftlichen Fundament aufbauen kann. Es ist bereits von vielen Universitäten wertvolle Forschungsarbeit geleistet worden, doch sind die Programme nie koordiniert und die Ergebnisse nur in wenigen Fällen praktisch nutzbar gemacht worden.

Alle jene Kreise, die sich aus rein wissenschaftlichem Interesse den Ladinern und ihrer Kultur zuwenden, werden diesen ersten Punkt des Institutsprogrammes sicherlich begrüßen und das Institut nicht als Konkurrenz auffassen, sondern als wertvolle Ergänzung ansehen.

Um ein möglichst lückenloses Arbeitsmaterial zu bekommen, hat man teilweise bereits begonnen und wird in den nächsten Jahren weiterhin daran arbeiten. Wortmaterial und die damit verbundene Sachkultur, Toponymbestand, Brauchtum und mündliche Überlieferung systematisch zu sammeln.

Gleichzeitig hat sich das Institut bereit erklärt, ein Projekt von großer wissenschaftlicher und kultureller

Tragweite nämlich den Dolomitenladinischen Sprach- und Sachatlas (kurz ALD; siehe die ausführliche Projektvorstellung in der Institutszeitschrift „Ladina“ II/1978, S. 19—33) zu unterstützen und zu betreiben.

Der ALD wird als feingemessener Regionalatlas die derzeitige Lücke zwischen dem im Dictionari Rumantsch Grischun (zwar nicht kartographisch) erfaßten Romanischbünden und dem friaulischen Aufnahmegebiet des ASLEP (Atkule storico-linguistico-etnografico friulano) ausfüllen.

Eine wichtige Voraussetzung für die historischen Studien wird im Ausbau eines eigenen dolomitenladinischen Archivs gesehen. Infolge der politischen Ereignisse sind nämlich Dokumente und Urkunden teilweise in den ladinischen Tälern, teilweise an verschiedenen Orten außerhalb Dolomitenladiniens zu suchen, nämlich in Brixen, Bozen, Trient, Innsbruck, ja sogar in Deutschland, und — sofern man auch die nicht zu Südtirol gehörenden dolomitenladinischen Täler mit einbeziehen wollte — in Belluno, Treviso, Udine und Venedig.

In erster Linie muß nun in den ladinischen Tälern gesammelt werden, was noch zu retten ist. Da diesbezüglich Eile geboten ist, hat man zunächst einmal im Gaderal begonnen, Privardokumente abzukopieren.

Ferner will man dann an den einschlägigen Archiven Urkundeeregisten erstellen und die wichtigsten Materialien für das Institut fotokopieren oder mikrofilmen.

Neben dem Dokumentenarchiv wird auch ein Photoarchiv mit historisch oder volkskundlich bedeutsamen Aufnahmen zusammengestellt werden. Ferner ist ein Tonarchiv mit Sprachaufnahmen vorgesehen.

Einmal im Jahr veröffentlicht das Institut die Zeitschrift „Ladina“ mit kürzeren wissenschaftlichen Abhandlungen über vorwiegend zumaladinische Themenkreise, doch auch mit einzelnen Beiträgen über Graubünden und Friaul. Die Publikation, die in erster Linie für Intellektuelle gedacht ist, möchte vor allem die Kenntnisse über unsere Sprache und Kultur in- und außerhalb Ladinens erweitern und vertiefen, bei den Dolomiten-

ladinern das Interesse für die Forschungsarbeit wecken und sie zur aktiven Mitarbeit animieren, eine Brücke zwischen Institut und den Universitäten schlagen und auf wissenschaftlicher und kultureller Basis die drei ladinischen Sprachgebiete mehr füreinander sensibilisieren.

Die Zeitschrift stellt — auf lange Sicht betrachtet — eine unschätzbare kulturelle Bereicherung für Ladinien dar, da es sich bei den einzelnen wissenschaftlichen Beiträgen um Material handelt, das ohne den organisatorischen Impuls seitens des Institutes zum größten Teil gar nicht studiert oder für die Veröffentlichung ausgearbeitet worden wäre. Bisher sind zwei Nummern der (dreisprachigen) Zeitschrift erschienen.

Neben der Zeitschrift „Ladina“ beabsichtigt das Institut jedoch auch Monographien zu veröffentlichen. Ganz besonders sei hier auch an die Mithilfe der Universitätsstudien appelliert. Bei der Beschaffung von Materialien würde das Institut nach besten Kräften behilflich sein. Für die Autoren solider Dissertationen mit

Merkus Vallazza

lamento

ich möchte
das strahlende blau der erinnerung
über den dächern und bergen
das niesel und plätschern
in wäldern und wiesen
der schmetterlinge
und der schwalben flug
im grün der sonnenhänge
das knarren
sonnenverbrannter stadtüren
und das der ladinischen sprache
aus ungeschriebenen
und nicht mehr schreibbaren
büchern heraushören und lesen
ich möchte
den rauhen wind
das röhren und rufen
was einem alten wörterbuch
vernehmen
die ursprache
die ungezäumt wie ein steg
den bergwald
binauf- und herunterklettern
wo einst rätromanische ahnen
heidnische messen lasen
ich möchte
polenta und milchmus
auf dem leuerherd riechen
den regen und die plütze
unterm regenbogen
den schnee auf dem weg
zur mitternachtsmette
den duft vom bäckerladen
und den geruch von schafen
kühen und ziegen
im haar und am ernoci
des hirtknaben
ich möchte
(aber läßt mich kurzweilig
die augen verschließen

vor dem urat und müll
der auf den bergen
in wäldern und wiesen
und im hausflur lagert
die augen verschließen
vor der faust des fortschritts
die betonsaat streut
auf die spielplätze der kindheit
mürten in das gesprochene wort
in die gierigen augen
der goldgräber

im ansicht der infrastrukturen)
ich möchte
ich möchte was längst nicht mehr ist
und was wir längst nicht mehr sind
so leben wir denn
trotz sprachlicher heimatlosigkeit
unter einem postkartenhimmel
mit elektrischen sonnen
und vögeln aus stahl
wartend
auf den großen regen



einen ladinischen Thema sind Anerkennungsprämien (200.000 Lire für Ladinern, 100.000 Lire für NichtLadinern) vorgesehen.

Besonders gute Dissertationen können auch veröffentlicht werden.

Neben den hier kurz skizzierten wissenschaftlichen Aufgaben obliegt dem Institut auch die Verwirklichung eines praktisch ausgerichteten Kulturprogrammes. Am Anfang steht hier der Ruf nach einer einheitlichen Schreibweise. In den Jahren nach dem Krieg bestand zwar kurze Zeit eine ziemlich einheitliche dolomitenladinische Graphie, die aber dann durch Intervention von Philologen und Laien in die derzeit üblichen, untereinander divergierenden Talschreibweisen zerfallen ist.

Außerdem müssen normative Wörterbücher ausgearbeitet werden, wobei nicht nur dem Festhalten des überlieferten Wortschatzes, sondern vor allem auch der Ausdruckserweiterung und der Anpassung an moderne Ausdrucksbedürfnisse besondere Bedeutung zukommt. Auf der Grundlage normativer Wörterbücher sollen dann normative Grammatiken erarbeitet werden.

Zu den praktischen kulturellen Aufgaben des Institutes gehört auch die Ausbildung der Lehrpersonen für den Ladinisch-Unterricht, da diese an den deutschen oder italienischen Lehrerbildungsanstalten überhaupt nicht dafür vorbereitet werden. Die geringe Zeit, die den Pflichtschullehrern im Rahmen einer einzigen Wochenstunde „Ladinisch“ zur Verfügung steht, verlangt eine unso gediegenere und gründlichere muttersprachliche Kultur, damit die knappe Zeit bestens zur Pflege bodenständiger kulturellen Erbes genutzt werden kann. Ein- bis zweimal im Jahr gibt das Institut die Zeitschrift „Lingaz y cultura“ heraus, die dem Lehrer in seiner Unterrichtstätigkeit eine wertvolle Stütze sein will. Diese Veröffentlichung soll zumindest so lange regelmäßig erscheinen, bis ein gewisser Wissensgrundstock geschaffen ist. Um der Flucht der Lehrpersonen mit akademischem Titel entgegenzuwirken, vermittelt das Institut über das Unterrichtsministerium für Unterricht und Kunst, Wien, Studienstipendien an ladinische Hochschüler unter der Bedingung, daß sie sich schriftlich verpflichten, nach erlangtem Doktorat zumindest fünf Jahre in ladinischen Schulen zu unterrichten.

Über die engen Grenzen des kleinen dolomitenladinischen Sprachraumes hinaus sollen auch Kontakte mit den Ladinern Graubündens und Priauls gepflegt werden. So wie es für Deutschsüdtirol undenkbar wäre, vom übrigen deutschen Sprachraum isoliert zu bleiben, so kann auch Dolomitenladinien im Hinblick auf seinen Fortbestand als Sprachinsel auf die geistige Verbindung mit den übrigen ladinischsprachigen Gebieten und den beinahe ausschließlichen kulturellen Austausch auf keinen Fall verzichten.

Es ist beabsichtigt, dem Institut in den Mauern des ehemaligen Gerichtssitzes Schloß Thurn an der Gader eine endgültige Heimstätte zuzuweisen, natürlich nur unter der Voraussetzung, daß in Übereinkunft mit den beiden derzeit im Schloß wohnenden Familien eine angemessene Lösung gefunden wird und die Flüssigmachung der für eine baldige und zweckentsprechende Renovierung der Burg nötigen Geldmittel gelingt. Schloß Thurn wäre auch der geeignete Ort für ein ladinisches Volkskundemuseum, dessen Aufbau und Einrichtung auf dem Programm des Institutes steht.

Die gesamte Institutsarbeit liegt zur Zeit auf den Schultern des Leiters und einer Schreibkraft — beide vollamtlich angestellt — und gelegentlich zur Verfügung stehender Hilfskräfte (Lehrpersonen, Universitätsstudenten). Dieser Personalstand wird jedoch in Zukunft noch etwas vergrößert werden müssen, wenn das Institut seiner im Statut festgelegten Bestimmung gerecht werden will.

Es ist keineswegs das Ziel der Institution, die bisherigen Kulturvereine abzulösen, eine Befürchtung, die in letzter Zeit da und dort ausgesprochen worden ist. Das Institut, dem es

ja grundsätzlich auch um den Fortbestand von Sprache und Kultur der Ladinern geht, kann und will keineswegs auf die viele wertvolle und aus Idealismus geleistete Arbeit der Kulturvereine verzichten. Das wäre ein Nonsens. Außerdem liegen die Aufgabenbereiche des Institutes und der Kulturvereine auf verschiedener Ebene. Während das Institut den Schwerpunkt auf die wissenschaftliche Arbeit gelegt hat und dabei systematisch vorgeht, haben die Kulturvereine hauptsächlich praktische Aufgaben mit gezielter Breitenwirkung zu erfüllen. Institut und Vereine können sich gegenseitig eine große Hilfe und wertvolle Ergänzung sein; deshalb ist es sehr wichtig, daß beide zu einer fruchtbareren Zusammenarbeit finden.

Die Zielsetzungen des Institutes müssen sowohl der Bevölkerung als auch den zuständigen Behörden noch viel deutlicher bewußt gemacht werden, denn wenn jeder mit dem Institut andere Erwartungen verknüpft, wird letzten Endes niemand mit der geleisteten Arbeit zufrieden sein.

Schließlich muß noch betont werden, daß das Institut eine absichtslosiger Parteipolitik stehende Einrichtung ist und auch in Zukunft bleiben muß.

Übersetzung von „L'ultima rusinè dia bestia“ von Max Tosi, V. und VI. Absatz. Verfaßt April 1945. Übersetzung von Frieda Piazza.

Das letzte Aufheulen der Bestie

V

Oh deutsche Bestie, mit deinen eisenschlagenden Schuhen! Mach Feierabend! Feiere Deine Hochzeit in dei-

Übersetzung von Frieda Piazza

„Erster Jänner 1940“

Hitler zelebriert Viktoria
viele Optanten müssen gehn,
überliefert die Historia
wird die Schande und nicht vergehn.

Schlägt die gnadenlose Trennung
Schlag um Schlag im Turmgestühl
alt und jung kommt in Bewegung
reiß nun schon für das Exil.

Heimat, du, im Stich gelassen,
Gräber schreien in tiefer Not,
in Verzweiflung, nicht zu lassen
klagt die Seele immerfort.

Ich möcht sein noch in der Wiege,
nichts begreifend, ein Kleinkind,
oder haben meine Liege
tief im Sarge, stumm und blind.

Oder aus Eis ein Herze haben,
Füße sinkend in den Schlamm,
oder wie ein Rebstock knarren
ausgepeitscht vom wild' Orkan.

nen zerstörten Städten und entkörte noch eine Flasche Schaumwein zu Ehren Deines letzten Mahles.

Sie ist herausgekommen aus ihrem stein- und stablbewehrten Schlafloch ans Sonnenlicht, das angerufen ist von Gasschwaden, wie ein ungeheurer Drache, der sein Ende nahe sieht, aber noch versucht, seine Opfer zu packen mit seinen glatten, begehrliehen Klauen. Er will nicht glauben, daß sein Schicksal sich erfüllt und flucht haßflammend, stößt furchtbare Schreie aus und prügelt mit dem Schlagstock auf sein Volk, das gedemütigte, verschreckte, seit jenem Tag, wo er seine grausame und übermütige Macht gebrochen sah in Stalingrad, Breslau, Frankreich und an der Nordsee.

VI.

Doch all das Geschrei ist unweisonst; nur die Hölle schenkt Gehör und brüllt eine entsetzliche Antwort. In ihren Strudel wirst du hinabgeschlungen und zerstört werden, oh Räuberin Deutschland, mit deinen vollen Bierkrügen und dem gedunsenen Bauch. Zu neuem Leben erwacht, werden sich die Völker friedlich und zufrieden niederlassen zum Morgenbrot, weil sie deine grausamen Männer nicht mehr um sich sehen, die den Schlagstock in der Hand halten, immer bereit, das zuchtlose Maul aufzureißen. Listige Betrüger der redlichen und frommen Menschen, dem Sauf und der Ausschweifung hingegeben. Der wahnsinnige Traum eines Anstreichers, der die christliche Kultur ausröten wollte, hat sich nicht verwirklicht.

Begegnung mit Max Tosi

Das eine Meran: Aprilmittag, Zweige stolzend von Blüten, fotogenes Panorama für Devisenbringer, die Jahrsunderwendehotels in frischen Malerfarben sich anbietend, dazwischen Gestank und Gehupe der Blechlavine bis hin zum diskret-aufklinglichen Jugendstilglanz des Stadttheaters.

Das andere Meran: eine kleine Wirtschaft gegenüber einem verschönkelten, unwürdigen Stadthaus, Herberge armer Leute. Wir sind angemeldet und werden erwartet: Besuch bei Max Tosi. Franz führt den Vereinsamten, Gebrechlichen behutsam durch das Gewimmel der Straße. „Gnädige Frau, ich freue mich über Ihren Besuch“, Max Tosi spricht das reine, leicht fremd klingende Deutsch, das die Verkehrssprache der Donaumonarchie gewesen sein muß, seine sensiblen Hände fingern Halt suchend an der Krücke des Stockes, die Augen blicken starr geradeaus, zurück in eine längst versunkene Zeit. Er spricht, spricht — wie jemand, der lange nicht mehr sprechen konnte. „Ich bin so allein.“ Gedichte? Melodisch und unsagbar traurig fließt ein friaulisches Gedicht von seinen Lippen; auswendig, als ob er es von einem unsichtbaren Blatt ablöse. Dann die italienische Übersetzung der uns unverständlichen rätoromanischen Mundart. Der Dichter ist in allen Idiomen der alten Sprachfamilie zuhause: Gedichte im Nonsberger Ladinisch, im Graubündner Rumantsch („Die Graubündner

um viel mehr für Ihre schöne, alte Sprache als wir hier, in den ersten Schulklassen wird nur Rumantsch gelehrt“), Okzitanisch, Provenzalisch — melodisch klingen die Gedichte dahin. Aber die Grödner Mundart ist ihm die liebste. Gröden, seine geistige Heimat, seit seiner Jugend, als die aus Friaul stammenden Eltern ihn, der in Meran aufwuchs, nach St. Ulrich schickten, Sommer für Sommer, um eine noch lebendige ladinische Mundart zu hören, sprechen zu lernen. „Ich bin Neulateiner, das dank ich meiner Mutter, die mich in der Liebe zu dieser Kultur und Sprache aufzog.“ Er erkundigt sich nach Grödner Bekannten, Freunden, ob sie wohlauf sind — der Gedanke an sie gibt ihm Kraft zu überleben in diesem wirren Dasein. Auch Meran liebe er, habe es geliebt — das Burggrafenamt, habe es besungen in seinen Gedichten in Grödner Mundart. Aber jetzt — man sehe sich diese Zerstörung an! Schenna ist wie der Vorort einer Großstadt, wie grauhaft, als man in Meran diese neue Beleuchtung einführt! Ja, auch Gröden werde zerstört, aber er denkt an das alte.

Dazwischen: „Verzeiht mir, wenn ich Euch langweile mit meinem Geschwätz.“ Irgendwann hat er eines Mächtigen Hand gefühlt, und es ist, als wügte sie ihn noch. „Wir hatten damals wirklich nichts Politisches im Sinn, nichts Umwerfendes — wir wollten nur diesem armen, verachteten Ladinisch etwas Raum erkämpfen in den Schulen, im Rundfunk...“ Das sei offenbar nicht erwünscht gewesen. Den einen war die alte, ehrwürdige Sprache nur Hemmnis, den anderen nur Vorwand, für beide nur Gegenstand der Verachtung. Max Tosi zeigt uns seine erste ladinische Rundfunksendung, gehalten Ostern 1946, die den Auftakt bildet zu seinem Gedichtband „COIFES DA MONI“ (herausgegeben von Frieda Piazza 1975). Wir blättern weiter in der Sammlung; dieses Gedicht schrieb er, als er am Brixner Gymnasium lehrte — italienische Literatur —; vielleicht eignet es sich für eine Studentenzeitschrift, wie es der SKOLAST ist? Hier die Prosatexte, geschrieben in den letzten Kriegstagen. „Sie nennen Hitler den ‚depenjèur‘, haben Sie dabei an den Brechtschen ‚Anstreicher‘ gedacht?“ Nein, das sei ihm damals unbekannt gewesen. Um so frappierender die Analogie.

Wieder schweift der Gedanke zurück nach St. Ulrich. Er verfolge alles, was wir tun, die Kulturarbeit, auch die politische. „Ich freute mich über Euro sozialistische Gruppe. Mein Vater war schon Sozialist, gläubiger

Christ, aber Sozialist.“ Aber daß wir soviel hüßlich klingende deutsche Neuwörter ins Grödnerische aufnehmen, findet er schlecht. Wie abscheulich sei doch dieses zrne (aus: zurück) oder zaita (aus: Zeitung), er habe in den romanischen Idiomen nach passenderen Wörtern Ausschau gehalten, warum nicht ndëur sagen für zurück, klinge es nicht schöner? Oder jurnel für Zeitung? Wir bezweifeln, daß sich das einbürgern ließe. Wieder rezitiert Max Tosi traurige, musikalische romanische Verse: „Hat es Ihnen gefallen, gnädige Frau?“ Dann hinein in die böse Gegenwart: mit diebischem Vergnügen zieht der Alte ein Zettelchen aus der Rocktasche. Ein ganz neues Gedicht über Komeina und die Ölseiche. Wir lachen und freuen uns, Ölseiche und Grödnerisch! Wir nehmen Abschied und wieder geleitet vom „Signeur Franz“ entfernt sich der Künstler und Dichter der alten Romania durch die dümmige Obermeiser Straße.

Da: „L'ultim rusiné dla bestia“

dë Max Tosi,
la V y VI sentela.

V

O tiëra tudëscia, dai ciarvë nreil
te vëies! Zokbrëia ti nozes të ti ziteies
dejdrudes y tira ora i stuplon a
n' autra böza dë ciomant u unëur dë
ti ultima cëina. Èl ië un' ora dë si
chëul necritä dë sasc y d' acel a la
lum dl surëdl sfumëda dai ranfes dl
gas, seiche n orce mostruëus, chë vëiga
unian la fin, ma chë tiusc mò dë
ciufë si vitimes cun si ciates lizies, busiëntes.
Èl në nël grëier chë i desin
stebe për së compil y së n'ughea blesteman,
trajan brious uriblese y draman ju
cun i strombl dl jbir si popul, umeliä,
sprigulä, seicatrë ju — da n chël
dl nca chë i ä udë fruzeda si forza
bruteia y da si, a Stalingrad, a
Breslavia, tla Franzia y sul mer dl Nord.

VI

Ma dut i jvalë ië debant; me i inlërn
ti dë audida y buia si termënda
resposta. Ju ië si ghëurdä desfanteres
diutida, o iëra Aicmaria, dai buchilë
colmes dë piër y dal vëuter jlunfa.
Descedëi a nuëva vita, i populi së senti-
rà chëic y cuntëne a gestë. në udan plu
danter i piëse, cun i drembl tla man,
ti uëms crudiël, daniëura njiziëi a me-
në la musa dejbuoceda, trapulons acorc
dla jëut rëidla y devota, amanc dla
cioca y dl scandul. I suën stravagant
dë n depenjëur ch' ulova dejfravisë la
cultura crestianu në s' a realisë.

Max Tosi

„Prim dë jené 1940“

Hitler zelebrea victoria
truëp optanc së n nuëssa ji,
bramandä unirà a la storia
la daudanza dë chësc di.

Sona l'ëma dë pië via
böt a böt dal ciampant,
vedli y jëusi, duc n streda
bei madures për l' exil.

Puëra patria arbanduneda,
föscs stomes zenza amor,
turmenteda, ric despreda,
l'ana jvëja for y for.

Ië tiëss' vester mo të cuna,
për ne ntënder puëch y nia,
o l'vascol, zënza paroles
böcia y uëdlä tla dumbria.

Avëi i cuër dë crëp, dë dlacia,
i piësc luti dl paltan;
cigunië schë i pei d'na vinia,
dramä ju da n gran creau.

Die Comunanza Ladina a Bulsan

Vor einem Jahr wurde die neue Vereinigung der in Bozen und Umgebung sesshaften und arbeitenden Ladinier ins Leben gerufen. Die Gründungsurkunde wurde am 15. März 1978 in der Gastwirtschaft Rittner Hof von Bozen fertiggestellt und von 43 Personen unterzeichnet. An der ersten Vollversammlung, die im Repräsentationsaal des Rathauses von Bozen abgehalten wurde, beteiligten sich 200 Personen, 130 davon als effektive Mitglieder. Heute zählt die Comunanza 180 wirkliche Mitglieder und ebensoviele Anhänger. Die Mitglieder, bzw. ihre Vorfahren, stammen aus den verschiedensten Gegenden des ladinischen Sprachraumes und sprechen täglich verschiedene Mundarten. Vorwiegend handelt es sich um Ladinier, die in der Nachkriegszeit in die Hauptstadt, bzw. in das mittlere Etschtal übersiedelt sind, erstaunlicherweise gibt es aber auch solche, die bereits seit mehreren Generationen in Bozen leben und trotzdem ihre ladinische Eigenart, allem voran ihre Sprache, beibehalten haben. Die Mitglieder der Comunanza und die Ladinier von Bozen im allgemeinen gehören außerdem den verschiedensten Gesellschaftskategorien an. Der Großteil kommt aus dem Arbeiterkreis, leitende Angestellte und Freiberufler inbegriffen. Wenige gehören dem Unternehmerkreis an. Ebenso wenige sind Haus- und Grundbesitzer. Auffallend ist die große Anzahl von Fachleuten und Doktoren, was wohl auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß diese Kategorie in den ladinischen Heimatländern kaum eine angemessene Arbeitsmöglichkeit vorfindet, währenddem die Büro- und Verwaltungstadt Bozen nicht nur genügend Arbeit, sondern auch eine weitgehend bessere Entfaltungsmöglichkeit bietet.

Bevor ich nun die Ziele und Zwecke dieser neuen Ladinier Gemeinschaft in der Landeshauptstadt erläutere, möchte ich kurz auf die erste Ursache, oder Hintergründe, wie man es nennen will, für die Errichtung einer Ladiniergemeinschaft in Bozen eingehen. In Bozen und Umgebung leben und wirken über tausend Ladinier. Bei der letzten Volkszählung erklärten sich allein in Bozen-Gemeinde rund 400 Personen als Angehörige der ladinischen Sprachgruppe. Diese 400 Personen entsprechen aber genauso vielen Familieneinheiten. Rechnen wir alle jene hinzu, die in Bozen ihren ständigen Arbeitsplatz haben und den Wohnsitz in einer der Heimatgemeinden oder anderswo beibehalten haben, sowie die beachtliche Anzahl von Ladinern, welche sich bewußt oder unbewußt, freiwillig oder notgedrungen zu einer anderen Sprachgruppe bekennen haben, hinzu, so steigt die Gesamtzahl über tausend. Diese Poststellung wird

auch in einer von der Comunanza eingeleiteten Statistik Ihre Bestätigung finden. All diesen Ladinern fehlte die geeignete Gesellschaftsstruktur und das erforderliche Gemeinschaftsverhältnis nach innen und nach außen als Grundlage für die Erhaltung und Entfaltung ihrer sprachlichen und kulturellen Eigenart und für die Pflege ihres Volksbewußtseins. Außerdem sind diese Ladinier nicht nur durch sprachliche und kulturelle Interessen verbunden, sondern auch durch konkrete politische, soziale und wirtschaftliche Umstände. Die politische administrative Vertretung, die Arbeit, vor allem die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung, die Wohnung, die Aufteilung der öffentlichen Mittel und überhaupt alles, was irgendwie mit der neuen Gesellschaftsordnung nach Sprachgruppen von Bedeutung ist, betrifft gleichermaßen die Ladinier. Den Ladinern aus Bozen fehlte auch eine geeignete Gemeinschaftseinrichtung für die Herstellung und Erhaltung engerer Beziehungen zu den Heimatländern. Diese ersten Beweggründe für die Errichtung der Ladiniergemeinschaft in Bozen kommen in den Gemeinschaftszielen und Zwecken klarstens zum Ausdruck.

Die Comunanza Ladina a Bulsan will die ladinische Eigenart, das Selbstbewußtsein der Ladinier und die damit zusammenhängenden Grundwerte erhalten und stärken. Insbesondere will sie das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Einheit der Ladinier pflegen. Weiteres widmet sie ihre Aufmerksamkeit den allgemeinen politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Problemen der Ladinier und zwar von der Überzeugung ausgehend, daß deren Erkennung, Veröffentlichung und Lösung die unerlässliche Voraussetzung für die Erhaltung der ladinischen Sprache und Kultur und für die gleiche Behandlung und freie Entfaltung des Ladinertums darstellt. Schließlich richtet die Comunanza ihr besonderes Augenmerk auf die Beziehungen zwischen den Ladinern außerhalb des ladinischen Sprachraumes und jenen der Heimatländer. Die für den Alltag so wichtigen persönlichen Verhältnisse sollen ebenfalls in der Form von Bekanntmachung, Beratung und stillem Beistand gepflegt werden.

Auf den ersten Blick kann man erkennen, daß die Ziele und Zwecke der Comunanza nicht nur die Ladinier von Bozen und Umgebung betreffen, sondern Allgemeingültigkeit für alle Ladinier haben. Selbstverständlich werden die Interessen der in Bozen und außerhalb der ladinischen Täler lebenden und völlig ungeschützten Ladinier besonders hervorgehoben. Die Frage der Erhaltung der ladinischen Volksart sowie die des Sonderschutzes für

die ladinische Minderheit ist noch nie so aktuell wie in jüngster Zeit gewesen und dazu hat die Comunanza in ihrer kurzen Lebenszeit bereits einiges beigetragen, indem sie ohne Hemmungen und ohne politische Bevormundung die große Gefahr der voranschreitenden Einbeziehung der ladinischen Kultur in jene der angrenzenden Großkulturen hervorgehoben hat und diese Tatsache auf die Verkenntung der eigenen Kulturwerte seitens der Ladinier selber und den völlig unzulänglichen und in vielerlei Hinsicht nicht bestehenden Schutz für diese Minderheit zurückführt. Diese Frage betrifft sicherlich auch die Ladinier der Heimatländer, wo wir heute neben der langsamen weniger auffälligen Assimilierung die raschere und offenkundigere Ersetzung von Sprache und Kultur beobachten können. Nicht nur die Kultur, sondern auch die politische, soziale und wirtschaftliche Gleichheit stehen auf dem Spiel und die Comunanza hat auch in dieser Hinsicht die Diskriminierungserscheinungen klar und offen aufgezeigt und wenigstens einige gute Vorschläge für deren Beseitigung gemacht.

In diesem Bericht will ich nicht auf die einzelnen Probleme weiter eingehen, sei es, weil es mehr um die Vorstellung der Comunanza geht, sei es, weil genannte Probleme bereits mehrmals Gegenstand von öffentlichen Tagungen und Veröffentlichungen, abgehalten und vorgenommen von der Comunanza, waren. Nähere Daten über die konkrete Handlungsweise der Comunanza können dem anschließenden, zusammengefaßten Tätigkeitsbericht vom Jahre 1978 entnommen werden. Vorher müssen aber noch einige Grundsatzfragen geklärt werden.

Die erste betrifft die wirkliche Natur der Comunanza Ladina a Bulsan. Die Comunanza ist eine kulturelle Gemeinschaft, die es aber von Anfang an nicht unterläßt, eine geeignete politische, juristische Grundlage für die Erhaltung und Entfaltung der Sprache und Kultur sowie für die Gleichstellung und Hebung der Würde und Persönlichkeit der Gemeinschaftsanhänger zu suchen. Wie jede Gemeinschaft hat auch sie, wie bereits erwähnt, persönliche nach innen gerichtete Ziele der Bekanntmachung, der Bestand und des stillschweigenden Beistandes im Dienste der Eingeschriebenen.

Die zweite Frage lautet: Wodurch unterscheidet sich die Comunanza von den übrigen kulturellen Gemeinschaften der Dolomitenladiner? Die Antwort liegt auf der Hand. In erster Linie unterscheidet sie sich durch ihren Sitz in der Landeshauptstadt und durch ihre Zusammensetzung aus heimattfernen Ladinern. In zweiter Linie durch ihre besondere Zielsetzung in bezug auf die Pflege des Volkssinnes und der Volkseinheit sowie in bezug auf die Forderung nach einem größeren Schutz für die ladinische Minderheit. Drittens ist die Comunanza nicht

eine ortsgebundene Gemeinschaft und unterscheidet nicht zwischen Ladinern verschiedener Herkunft und verschiedener Mundart. Viertes unterscheidet sie sich durch die besondere Wahrnehmung der Interessen der außerhalb der Heimatländer lebenden und wirkenden Ladinern in der Überzeugung, daß die ohnehin zur Gänze getrennten und jeglicher eigenen und unabhängigen Organisation entbehrenden Ladinern wenigstens uneingeschränkte Bewegungsfreiheit auf Landesebene haben müssen. Dies auch in Berücksichtigung der beschränkten Arbeits- und Entfaltungsmöglichkeiten in den Tälern und der beträchtlichen Zu- und Auswanderung, die die ladinischen Täler zu verzeichnen haben. Die Comunanza wendet sich daher entschieden gegen jeden Versuch, die ladinische Sprache und Kultur in die Täler einzuziehen, wo sie früher oder später ersticken müßte. Bisher heute lebt nämlich mehr als ein Fünftel der ladinischen Bevölkerung der Provinz Bozen außerhalb der ladinischen Täler und wenn diesen Ladinern irgendwelche Nachteile widerfahren sollten, besteht die große Gefahr, daß sie nicht nur die eigene Sprache und Kultur vernachlässigen oder sogar aufgeben, sondern auch, daß sie sich als Angehörige einer anderen Sprachgruppe erklären. Der dadurch allen übrigen Ladinern durch die Schwächung der Kultur und durch die Verminderung des Prozentes zukommende Nachteil ist wohl offensichtlich.

Die dritte und letzte Frage lautet: Wie stehen die anderen Sprachgruppen zur Comunanza Ladina a Bulsan? Die anderen Sprachgruppen stehen zur Comunanza Ladina a Bulsan so, wie sie bis heute zur ladinischen Sprache und Kultur gestanden haben. Die Zweckmäßigkeit der Einrichtung und die Gültigkeit der entsprechenden Ziele und Zwecke bestreitet niemand. Das Verhältnis aber war, anfangs wenigstens, von einer unzureichenden Wertschätzung der ladinischen Sprache und Kultur, die nicht nur im Urteil, sondern auch in der Tat, in der Unterstützung zum Ausdruck kommt, und durch das ewige, kleinliche und in diesem Falle völlig unbegründete politische Mißtrauen gekennzeichnet. Trotzdem hat die Comunanza auch unter den Angehörigen der anderen Sprachgruppen in dieser kurzen Lebenszeit nicht wenig Anerkennung und Unterstützung gefunden.

Es folgt ein kurzer, zusammengefaßter Tätigkeitsbericht aus dem Jahre 1978.

Unmittelbar nach der Vollversammlung vom 13. April 1978 hat der Verwaltungsrat ein umfassendes Programm erstellt und die Verantwortung für dessen Durchführung unter verschiedenen Gruppen aufgeteilt. Das Programm umfaßt Statistikkarbeit, Bildungstätigkeit, allgemeine und spezifische Kultur, Kunst und Wissenschaft, sozialpolitische Probleme, Veröffentlichung, Rundfunk und Fernsehen sowie verschiedene andere Arten von Pflege des Gemeinschaftslebens.

1. Als Statistikkarbeit wurde vorerst die Erhebung und Zusammenfassung verschiede-

ner Daten der in Bozen und Umgebung lebenden und wirkenden Ladinern ins Auge gefaßt. Bisher wurden 400 Familieneinheiten erfaßt, bei welchen das ehemalige Familienoberhaupt sich als Ladinern erklärte. Aufser diesen wurden verschiedene Familien und Einzelpersonen erhoben, welche sich zu einer anderen Sprachgruppe angehörig erklärt haben. Ein Großteil von diesen ist in der öffentlichen Verwaltung tätig. Die Arbeit als leichte und vor allem zeitraubende Statistikkarbeit hinsichtlich der Ladinern von Bozen und Umgebung soll im Jahre 1979 abgeschlossen werden.

2. Als reine Bildungstätigkeit kann die Gemeinschaft bis Jahresende zwei hervorragende Veranstaltungen verzeichnen, und zwar den am 19. Oktober 1978 abgehaltenen Kulturtag über Geschichte, Geographie und Volkskunde der Ladinern und über die Vorstellung der ladinischen Presse und Literatur; und als zweites das erste Seminar für die Pflege von Sprache und Volksbewußtsein der Ladinern, welches am 12. Dezember eröffnet worden ist. Dieses Seminar steht im ersten Teil zehn verschiedene Vorträge von allgemeinem kulturellem Belange vor, und zwar betreffend die Muttersprache, die Geschichte, das Brauchtum, die wirtschaftliche Entwicklung und den Naturschutz der Ladinern bzw. der ladinischen Täler, und im zweiten Teil behandelt es in rund 16 Vorlesungen die ladinische Rechtschreibung. An diesem Seminar beteiligen sich rund 60 Hingeschriebene.

Zur bildenden Tätigkeit gehört auch die ständige Propagandaarbeit für die Verbreitung der ladinischen Zeitschriften und der ladinischen Literatur, für die Mitarbeit beim ladinischen Rundfunk und Fernsehen und für die Beteiligung an der Ausdehnung der ladinischen Presse.

3. Als allgemeine kulturelle Veranstaltung von größerer Bedeutung kann die Comunanza im Jahre 1978 zwei weitere Veranstaltungen verzeichnen, und zwar das ladinische Fest vom 20. Mai 1978, welches mit der Beteiligung eines gemischten Chores, eines Männerchores, einer kleinen Theatergruppe und unter Mitwirkung von vier weiteren Musikgruppen bestens gelungen ist und zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühles und vor allem für die Herstellung engerer Beziehungen zwischen den Ladinern in Bozen und jeder der Heimatländer bedeutend beigetragen hat.

Auch das mit der Beteiligung eines gemischten Chores veranstaltete Weihnachtsfest mit der Vorführung der wichtigsten ladinischen Weihnachtslieder kann als äußerst gelungene kulturelle Veranstaltung allgemeinen Charakters gewertet werden.

4. Auf dem Gebiete der Veröffentlichung vor allem in den Tageszeitungen deutscher und italienischer Sprache, hat unsere Gemeinschaft keine Mühe geschaut, um in kurzen und regelmäßigen Abständen nicht unbedeutende Beiträge zu leisten, so wie sie stets mit dem ladinischen Rundfunk und Fernsehen aktiv und beratend mitgewirkt hat.

In ihrer kulturellen Tätigkeit hat die Gemeinschaft stets eine enge Verbindung mit den übrigen ladinischen Gemeinschaften durch gegenseitige Information und Beratung suchen zu erhalten. Die übrigen Gemeinschaften, allen voran die verschiedenen Unions di Ladins, haben der Comunanza die volle Unterstützung gewährt.

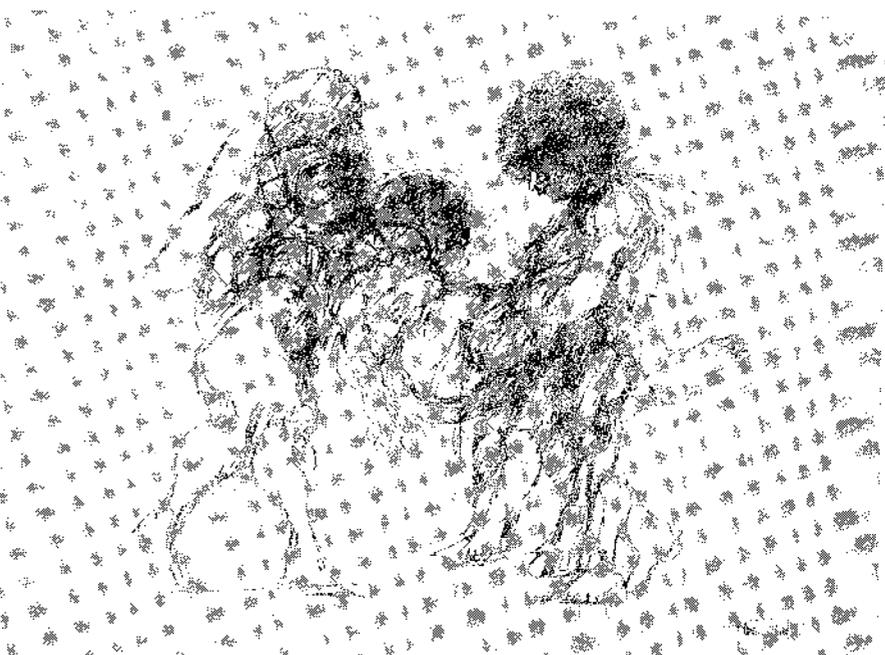
5. Auch im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bereich war die Comunanza tätig und hat sich ständig um die konkreten, politisch-gesellschaftlichen Interessen der Ladinern gekümmert (und zwar von der Überzeugung ausgehend, daß durch eine bessere politische gesellschaftliche Eingliederung der ladinischen Volksgruppe auch eine bessere Grundlage für die Erhaltung und Entwicklung ihrer Kultur geschaffen wird). Als bedeutendste Veranstaltung in diesem Sinne kann die öffentliche Tagung über die ladinische Minderheit im politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Provinz Bozen bezeichnet werden, welche am 21. September 1978 stattgefunden hat.

Verwaltung

Die allgemeine Verwaltung der Gemeinschaft ist gemäß Statuten durchgeführt worden. Die Vollversammlung hat zweimal im Jahre stattgefunden. Der Vorstand ist achtmal zusammengetreten. Die Rechnungsrevisoren zweimal.

Wenigstens bisher hat sich die Comunanza die Unterstützung seitens der Allgemeinheit verdient, weil sie mit zahlreichen Veranstaltungen, Tagungen, Versammlungen und Ausdrücken, mit gezielten und weitverbreiteten Veröffentlichungen in den Zeitungen, im Rundfunk und Fernsehen für die Erreichung ihrer Gemeinschaftsziele und für das Wohl aller Ladinern mit großem Einsatz gewirkt hat. Ein hingutiger Dank gebührt allen Mitgliedern, allen Ladinern und allen jenen, die unserer Gemeinschaft ihre moralische und materielle Unterstützung gewährt haben.

Bozen, 23. Mai 1979



Bantustan Ladinien

Was natürlich in keiner Zeitung stand: Magnagos erste öffentliche Erklärung nach seiner Wiederwahl als Landeshauptmann war (an mich gerichtet, nachdem ich im Landtag die Wahl des ladinischen Abgeordneten zum Assessor vorgeschlagen hatte): „Sie wissen ganz genau, daß ein Ladinier nicht in die Landesregierung gewählt werden kann, das wäre gegen das Autonomiestatut. Also ist Ihr Vorschlag billige Demagogie.“

War es Demagogie? Wenn ja, dann war sie konsequent: denn seit der ersten Sitzung des Regionalrats und des Landtags hatte ich bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß unser absichtes Proporz- und Paket-Unwesen dazu führt, daß bestimmten Menschen wichtige Bürgerrechte genommen werden. Und um diesen Hinweis konkret zu machen, hatte ich bei jeder nur möglichen Gelegenheit die Wahl des Ladiniers Valentin (unabhängig von seiner SVP-Parteiangehörigkeit) vorgeschlagen und für ihn gestimmt: in die Regional- und Landesregierung und in die parlamentarischen Präsidiumsämter (wo bei der Region auch die SVP diesen Vorschlag machte).

Als vier nicht eindeutig deutsch- oder Italienischsprachige Südtiroler im letzten Herbst nicht kandidieren durften, gab es zwar Protest und Empörung, aber viele bogen alles durch das Argument ab: „jeder muß sich halt entscheiden, wo er hingehören will... er kann es sich ja selber aussuchen“. Die Unreinheit ihres Bastarden-Status (siehe Einar Lochers schönen „Versuch über den Schnautz“ im letzten SKOLAST) konnte unter Umständen die Zweitklassigkeit ihres Bürgerdaseins noch erklären und rechtfertigen.

Aber die Ladinier? Ureinwohner unseres Landes, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit als Beispiel zitiert, wie großzügig wir Tiroler es mit unseren Minderheiten hielten? Die kanonisch abgesegnete und statutarisch verankerte dritte Sprachgruppe des Landes?

Solange Ladinier-Sein noch nicht feststellungspflichtig und proporzregelt war, konnte sich ein Alois Pupp als Landesvater und Landtagspräsident betätigen, ohne im strikten Sinne vor das Dilemma gestellt zu werden: „sich zum Ladinertum bekennen und isoliert werden oder bei einer größeren Gruppe Anschluß suchen müssen“. Aber der gegenwärtige SVP-Paradoladinier Hugo Valentin hat sich bereits auf seinem Arbeitsplatz beim Landwirtschaftsinspektorat in Brunnock in die deutsche Volksgruppe „eingesellschaftet“ (dieser Ausdruck stammt auch von einem solchen Einschleicher, dem Herrn Silvius Magnago, weiland,

vor der Einschleicherung, wohl Silvio, und könnte trotzdem notariell beglaubigter Ladinier für den Landtag werden. Dabei aber muß es nun auch bleiben, „mehr“ darf und kann er nicht werden. Denn Ladinier dürfen nicht in die Regierung, nicht Präsident der parlamentarischen Gremien werden, nicht als Richter ans (vorderhand inexistent) Verwaltungsgericht — „nur“ Bischof darf (und wird vielleicht?) ein Ladinier werden, solange der Proporz nicht auch auf die Kirche übergreift.

Das Exemplarische und Paradoxe am Ladinier-Sein in der Proporzgesellschaft ist nämlich das: eine der drei legal vorhandenen und offiziell vorgesehenen Volksgruppen Südtirols („Sprachgruppen“) laut Statut, aber „Volksgruppen“ in der SVP-Praxis) befindet sich schon heute, wegen ihrer zahlenmäßigen Schwäche, dort, wo sich in Zukunft auch noch andere proporzlegale Gruppen befinden könnten und befinden werden: nämlich in einer Art „Bantustan“ oder „Homeland“. Das im Fall der Ladinier „zufällig“ einen „naturgegebenen“ Territorialcharakter hat. Bantustan nennt man die pseudo-unabhängigen „schwarzen“ Staaten im weiß-dominierten Südafrika, wodurch die einzelnen Stämme eine Art beschränkter und territorial eingrenzter Souveränität für die Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten erhalten — und sich im übrigen weder einmischen noch mischen dürfen. Und wo man bestimmte Rechte nicht als „Staatsbürger“ (in unserem Fall: als Bürger des autonomen Landes Südtirol), sondern als Homeland-Bürger (in unserem Falle: als Bürger einer der drei legalen Sprachgruppen) wahrnehmen kann — und nur als solcher; wer in kein Bantustan hineinkommt — weil er z.B. Mischling ist oder überhaupt eine „nicht vorgesehene“ Hautfarbe aufweist —, kommt oben zu kurz und wird als Störer entfernt oder zur Anpassung gezwungen. (Es gibt sogar „großzügige“ Rassisten, die bereit wären, die Einführung eines neuen Homelands für Mischlinge zu diskutieren... Stichwort „vierte Sprachgruppe“.) Je kleiner als Bantustan, desto geringer die Aussichten, ist ja klar. Wer als Ladinier den Kopf allzuweit über Pontives oder Zwischenwasser hinausreckt, wird wenig Aussicht auf Sozialwohnung, Anstellung bei der öffentlichen Verwaltung usw. haben — dafür ist der Ladinier in Ladinien König, wie der Baluba in seinem Bantustan. So sehr König, daß sogar Fremde, die etwa als Lehrer in die Täler kommen, die Kriegsfarben und Totems der Eingeborenen übernehmen müssen, um überhaupt unterrichten zu können.

Dabei sind die Ladinier — vielfach, ohne auch hier unerlaubt voraligemeinern zu wollen — viel toleranter und pluralistischer und weniger ethnozentrisch eingestellt als die meisten deutsch- und viele Italienischsprachige Südtiroler. Schon deshalb, weil sie es seit Jahrhunderten gelernt haben, mit „anderen“ zu tun zu haben, deren Sprache zu lernen (und neuerdings auch in der Schule mehrere Sprachen zu verwenden), mit ihnen Handel und Liebe zu treiben — und trotzdem als Ladinier nach Jahrhunderten noch vorhanden zu sein. Oder weil ihnen (bisher) eine „LVP“ (ladinische Volkspartei), also eine völkische und korporative Sammelpartei der Ladinier als solcher erspart blieb, und sie mit weniger volkstumpfpösischem Wahn und weniger Kontaktangst leben.

Aber wartet nur, liebe Ladinier. Auch auf euch kommt sie zu — die „Endlösung“ der Großen Volksgruppenzählung 1981, diese neue Option für die Südtiroler, bei der sich jedermann rechtskräftig und für die Dauer von mindestens zehn Jahren entscheiden wird müssen, ob er sich die „deutsche“, „italienische“ oder „ladinische“ Volksgruppenbürgerschaft zulegen will. Die Konsequenzen hat dann jeder selber zu tragen. Verweigerung ist nicht gestattet. Der Schein wird zwar (nach bisher bekannten Vorstellungen) noch auf Papier ausgestellt und nicht in Form eines passenden (sternförmigen?) Abzeichens angebracht, aber die Auswirkungen werden massiv sein. Staatenlose oder Angehörige mehrerer „Volksgruppen“ werden nicht geduldet — bis heute. Und wenn das ladinische Bantustan zu eng sein sollte, der wird sich halt auch in die größte und stärkste Gruppe „einschleichen“: so wie gestern in die italienische, morgen in die deutsche (die Stimmenverschiebung zwischen DC und SVP nimmt diesen Prozeß schon vorweg). Ob das in so manchen Familien Zwistigkeiten und Risse geben wird (in einer Familie wird es Ladinier, Deutsche und Italiener geben, wie in der Optionszeit Dableiber und Optanten), tut nichts, Hauptsache, der Proporz funktioniert, und dazu braucht es eine eindeutige Zählung und Feststellung.

Und wenn man sich zu mehr als einer Gruppe erklären könnte?

Vorderhand ein unerlaubter Traum. Ein Glück, daß es nur so wenig Ladinier gibt... wenn sie sich nur nicht mit den Bastarden zusammenschließen.

Wie doch Minderheitenschutz ins Gegenteil ausarten kann: „uns Ladinier gibt's überhaupt erst durch die Volkszählung“, meinte der SVP-Ladinier Valentin.

Hoffentlich sterben sie nicht an der gleichen Arzart wieder aus: das soll nämlich vorkommen, wenn man zuviel davon nimmt.

Wirtschaftliche Expansion und Landschaftszerstörung in Ladinien

Dieses Thema ist so weitläufig, daß es schwierig ist, sich irgendwie kurz zu fassen.

Wenn es im touristisch schon ganz schön erschlossenen Südtirol ein Territorium gibt, das zum großen Teil fremdenverkehrstechnisch bereits überschritten ist, so Ladinien, das heißt die beiden zentraldolomitischen Täler Gröden und Abtei. Nachdem es sich um zwei unter den landschaftlich schönsten Tälern der Alpen handelt, die zusätzlich noch von einem ziemlich guten Klima begünstigt sind, braucht man sich nicht zu wundern, daß gerade in Ladinien der Fremdenverkehr schon auf eine jahrhundertalte Tradition zurückblicken kann.

Der Straßenbau, das allgemeine, besonders aber das dem Tourismus dienende Bauwesen, der Bau von Aufstiegsanlagen und anderen Infrastrukturen sowie die Rodung von Wald, alles Erscheinungen, die sich in den beiden Tälern bis noch etwa vor zehn Jahren in Grenzen hielten, erleben gegenwärtig ein sprunghaftes Wachstum. Besonders seit 1971, dem Jahr der alpinen Schwefelmeisterschaften in Gröden, Hand in Hand gehend mit einem nie geahnten Boom der Wintersportmode, unterstützt durch massive Werbung. Jedes Jahr schießen im Alpenraum neue Wintersportzentren wie junge Pilze aus dem Boden, das dichtbesiedelte, hochindustrialisierte Mitteleuropa hat Gäste und Geld für nahezu alle. Obwohl die Konkurrenz des übrigen Südtirol für die Wintersporttäter Gröden und Abtei von Jahr zu Jahr steigt, nimmt der Fremdenverkehr und damit der Kapitalzufluß auch in Ladinien stetig zu. Die Schneeverhältnisse waren in den letzten Jahren günstig, im Frühjahr will der Schnee auf den Hochalpen überhaupt nicht mehr schmelzen. Die Wintersaison beginnt gegen Mitte Dezember und reißt bis gegen Mitte April nicht mehr ab, ja man kann sagen, sie fließt geradezu in die Sommersaison über. In St. Ulrich beispielsweise gibt es keine touristenfreien Frühlingsmonate mehr. Der sprichwörtliche Jännerknick nach dem Weihnachts- und Neujahrsummel ist kaum noch zu verzeichnen. Mit dem Profit aus einer Saison lebt man, deckt die Spesen, was in der anderen Saison erwirtschaftet wird, fließt in die Investitionen: Verschönern, Vergrößern, Neubauten errichten, wirtschaftlich expandieren.

Die Steuergesetzgebung in Italien begünstigt maximal den Unternehmer,

den Gastwirt, den Produzenten und Händler von Holzschnitzereien durch die Möglichkeit weitestgehender Steuerabschreibungen, durch eine sehr laxe Handhabung der Steuerfahndung wird jeder angeregt zum Investieren. Der einstige Bauer der ladinischen Gemeinden ist längst zum Gastwirt, zum Garnbesitzer geworden. Wer Grund besitzt, steht heute am besten da. Diese Exbauern und ihre Söhne bauen, erweitern Jahr für Jahr. Damit geht eine Menge landwirtschaftliches Grün verloren. Gleichzeitig sinken die Geburtenzahlen, und man fragt sich, wem nützen all die Neubauten? Werden sie errichtet, um den Wohnbedarf der Bevölkerung zu sättigen für die kommenden Generationen? Oder aber aus Spekulations- und Investitionsbesessenheit, aus Profitgier? Aus Enteignungsangst? In Ladinien greift eine nihilistische Weltanschauung um sich. Sie huldigt dem Prinzip: Nach mir die Sintflut.

Mehr oder weniger zentrale Ortsteile in mehreren Dörfern der ladinischen Täler, beispielsweise das Zentrum von Wolkenstein, der Ortsteil Saurcia/Jumbièrc in St. Ulrich, sind vom Frühjahr bis zum Spätherbst eine einzige Baustelle. Die Luxusvillen der Ulricher Bürger werden, um Raum zu gewinnen, so tief in der Raschötzer Porphyry hineingebaut, daß seit vielen Jahren wie in einem Land, wo der Krieg tobt, in der sommerlichen Bauperiode geschossen und gesprengt wird. Der neue Bebauungsplan für St. Ulrich, erstellt nach den Richtlinien des Gesetzes für den geförderten Wohnbau von 1973, eine Initiative, die mit guten und sozialen Richtlinien gestartet wurde, indem sie 13 Erweiterungszonen auswies für den geförderten und privaten Wohnbau, wobei 45 Prozent des Grundstücks enteignet wurden und 55 Prozent dem Besitzer verblieben für seine eigenen Bauprojekte, erwies sich als Instrument der totalen Verbauung des Dorfes. Infolge des Bauplanes entfesselte sich in Ladinien eine nie dagewesene Bauwut, ja Bauverzweiflung. Die Angst, in einigen Jahren nicht mehr bauen zu dürfen, Gründe enteignet zu bekommen, trieb alle voran. Die Spekulation grassiert. Auf der anderen Seite gibt es nicht wenige Menschen, die ihr ganzes Leben nicht zu einer eigenen Wohnung kommen, weil sie längst zu teuer geworden ist, auch die Wohnung des geförderten Wohnbaus.

Aber abgesehen von den größeren Bauern, die in Ladinien den Übergang

zum Gastwirt oder Unternehmer fast im Handumdrehen geschafft haben, wie steht's mit den wirklichen „Bergbauern“, die nebenbei zumeist Gelegenheitsarbeiter sind, in Abtei und Gröden? Ihr kleiner Bauernhof mit dem schönen, charakteristischen Wirtschaftshaus und dem aus Holz gemauerten Futterhaus dient schon seit längerem dem „touristischen Denkmalschutz“. Der Bergbauer muß erhalten, um für den Feriengast, der ästhetisch anspruchsvoll ist, ein schönes Landschaftsbild zu erhalten, ohne daß er aus dieser Aufgabe irgendwelchen Profit zieht. Den haben andere! Wenn er kleinere Änderungen an seinem alten Haus vornehmen will, werden ihm die größten Schwierigkeiten gemacht. So verlangt man beispielsweise in St. Ulrich, daß der Bergbauer, wenn er Haus oder Scheune neu decken muß, dies mit sündhaft teuren Schindeln tut. Der Zuschuß hierfür von der Gemeinde oder dem Heimatpflegeverband in Bozen ist viel zu gering.

Wenn aber wei anderer auf einer Alpe in widerrechtlicher Weise eine Hütte baut, wird dieses Objekt, trotz zahlreicher Aufforderungen seitens der Gemeinde, des Landschaftsschutzes usw., in der Praxis nie abgebrochen. Der Bausünder sträubt sich so lange, den unbefugten Bau abzutragen, bis er mit einer teils eher niedrigen Geldstrafe davonkommt. Bis die Landesregierung nicht eine Firma beauftragt, solche „Schwarz“-Bauten abzubauen mit den finanziellen und strafrechtlichen Folgen für den Bausünder, wird dieser Schwarzmarkt des Bauwesens weiterblühen.

Fleißig und unternehmungslustig wie die Ladinier, aber besonders die Grödner einst im Karapf ums Überleben waren, so fleißig und gerissen sind sie heute beim Investieren, beim Expandieren, bei der Zerstörung ihrer schönen Täler.

Und was sagen die Naturschützer, was die Ökologen? So mancher von ihnen ist bereits mit der liberalkapitalistischen Wirtschaft darauf kompromittiert, daß er es nicht wagt, den Mund zu öffnen zur Verteidigung der Natur und sich darauf beschränkt, über den Schutz der schönen Bergblumen zu reden. Ähnlich geht es vielen Gemeinderäten und Gemeindevorstandsmännern, die, obwohl sie oft schätzenswerte Leute sind, vielfach ein Bauprojekt auf der Gemeindefläche liegen haben oder einen Bau planen und deshalb — oh wie schade! — zum Schweigen, zum Abstimmen für irgendwelche Großprojekte gezwungen sind.

Korruption in Richtung Landschaftszerstörung ist auch auf Landes- und Staatsebene keine Seltenheit. Es gibt aber andererseits auch heute noch nicht wenige rechtschaffene Bürger in Ladinien, auch unter den Gastwirten und Schilohren, die die Gefahr einer Überschießung und einer brutalen Raubwirtschaft an der Natur in aller Deut-

Reinheit erkennen und anklagen. Ihr Wort ist aber anscheinend nicht laut genug, denn man überhört sie, ja man greift zu härteren Methoden, man „löst“ sie langsam durch Rufmord. Man bringt sie zum Schweigen, indem man sie einfach als nicht mehr ganz normal, als totale Versager, als nicht zurechnungsfähig, als Melancholiker, bestenfalls noch als Nostalgiker, und fast immer als Rote, diffamiert.

Nicht selten sind unter den einfachen, nicht sehr wohlhabenden Bürgern, Leute, die den Kapitalinteressen der Großen schädliche Handlangerdienste leisten.

Die öffentliche Hand ist zu schwach, um die Kapitalflut richtig zu kanalisieren und einen wirksamen Naturschutz zu betreiben. Was die großen Kapitaleigner nicht in den Heimatländern investieren können, weil sich ganz einfach keine Investitionsobjekte mehr anbieten, wird auswärts angelegt. Wer kennt schon die beachtlichen Besitztümer der Grödner und Gadertaler in den benachbarten oder auch in ferneren Ortschaften? Wer spricht auch nur darüber? Über die vielen Eigentumswohnungen, Häuser, Bauernhöfe, Weinberge, Villen im Inngelland, die Häuschen am See oder Meer, über die Kaufhäuser und Geschäfte? Es wird in Gegenden investiert, die vielleicht noch nicht den hohen Grad an wirtschaftlicher Entwicklung wie die ladinischen Gemeinden erreicht haben. Will man denn für die Zukunft nach der „Sinfliu“ vorsorgen oder wollen die Abkömmlinge der Rätoromanen jene Landstriche und Bauernhöfe zurückkaufen, aus denen sie vor anderthalbtausend Jahren von den heranrückenden Bayern vertrieben wurden?

Der Druck auf alle Almen wird in Ladinien inzwischen stärker. Es gibt, was den Einsatz betrifft, in dieser Hinsicht kaum einen Unterschied zwi-

schen den Grödnern und den Gadertalern. Zur Zeit wird auf den Nordfuß des Langkofels und auf die gesamte Seiser Alm ein besonders starker Planungsdruck ausgeübt. Studiengruppen, Sportanlagen-AGs und andere, beispielsweise die Vereinigungen der Schullehrer, lassen nichts unversucht, um den Ring von Liften zwischen dem Schikarussell von Plan de Gralba und der Seiser Alm zu schließen. Ein weiteres Mammutprojekt wird zur Zeit in St. Ulrich eifrig betrieben: Einige Wirtschaftslöwen (Sportanlagen AG St. Ulrich mit dem Team Mählknecht-Obletter) legten bei einer Sitzung jüngst den Plan eines Tunnels vor, durch den eine Art Untergrundbahn fahren soll, die den Gast vom Eisstadion Ulrich durch 4500 Meter mitten in das Zentrum der Seiser Alm karren soll. Das veranschlagte Kapital von 6 Milliarden Lire sei in Gröden allein aufzutreiben. Der Plan wurde zynischerweise geradezu mit ökologischer Argumentation verteidigt. Durch diese Untergrundbahn würde man sich den Bau von neuen Liften ersparen, die Hin- und Rückfahrt auf die Alm sei umweltfreundlicher.

Aber man hat das ungute Gefühl, daß man in der Tunnel ein ökologisches Schaf hinschicken will, während auf der anderen Seite ein kapitalhungriger Wolf herausstürmt! Denn wer könnte es nach dem Bau des Tunnels noch versichern, daß in Saltria (einem Gebiet auf der Seiser Alm) der größte Schizirkus oder weiße Luna park von Südtirol entstehen würde? Mit Pisten, Liften Richtung Diabler, Fassajoch, Langkofel, mit Bars, Restaurants, Toiletten, Pensionen usw. usw. Wenn in der touristischen Planung A gesagt wird, muß auch B gemacht werden. Da verblaßt jeder nur allzu leicht und leichtfertig geänderte Gebietsplan, jeder Landschaftsschutz für die Seiser Alm. Gibt es in Südtirol überhaupt noch jemanden, der be-

reit ist, gegen den totalen Ausverkauf dieser einst so herrlichen und reichen Alpe, gegen diese unerhörte Raubwirtschaft zu kämpfen? Wenn der geplante Tunnel verwirklicht werden sollte, so wird St. Ulrich zum Schwerpunkt der Einschleppung des großen Schlipublikums, nicht nur aus dem gesamten Grödenval, sondern auch aus dem mittleren Eisacktal und aus anderen Gebieten. Und schon jetzt kracht St. Ulrich während der Wintersaison aus allen Nähten!

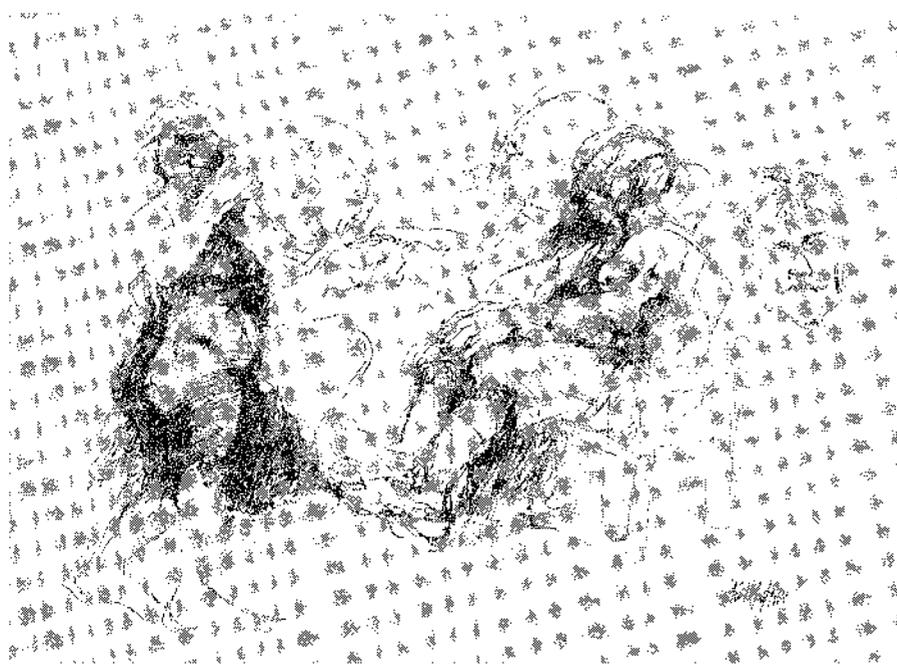
Es heißt, die Aktien der Seiser Alm-Tunnels könnten von allen Bürgern gekauft werden und brächten auch dem kleinen Mann Gewinn. Sollte der Tunnel ein wirkliches Geschäft werden, dann werden die Aktien, wie üblich, bereits von vorneherein von „schweren“ Bürgern aufgekauft.

Dieses ist nur eines der Projekte, die da kommen sollen. Ein anderer gigantischer Anlagenplan sieht mehr oder weniger eine vollständige Verbindung der Ostalpen mit den Dolomiten durch Lifte vor, vom Zillertal, Hintertux über die Zillertaler Alpen nach Abtei bis Gröden. Die sechs Lifte am Nordfuß des Langkofels wären nur ein kleiner Ring dieses gigantischen multinationalen Programms.

Dabei gäbe es, verbleibt man bei den bescheidenen Ausmaßen eines den realen Bedürfnissen der einheimischen Menschen, aber auch der Gäste entgegenkommenden Fremdenverkehrs, viel Nützliches zu tun, viel Veraltetes zu sanieren: Aufstiegsanlagen erneuern, Schipisten, Parkplätze und Parkhäuser errichten, ja endlich ein menschengerechtes Verkehrskonzept erstellen und durchsetzen. Straßen pflegen und erneuern, aufforsten, alte Bauwerke erhalten. Darin könnte man viele Milliarden investieren und für viele Jahre Arbeit finden. Aber man sucht Neues, wie einst die Goldgräber in Kalifornien und Alaska, und man wird Bau- und Landschaftsrüinen zurücklassen. Geisterstädte, die vielleicht künftige Generationen abtragen.

Noch ziehen Gastgewerbler, Handwerker, Händler, Schullehrer, Freiberufler aus der Lage ihre Gewinne. Sie sollten sich zu Wort melden und auf die Vorwürfe antworten, auf die Fragen, ob man aus dieser hektischen, rein profitorientierten Wirtschafterei auch menschliche, geistige, moralische, kulturelle Vorteile hat.

Und während sich das Privatkapital laufend vermehrt, verarmt die öffentliche Hand, bleiben öffentliche Projekte stecken. Besonders schlimm ist es bestellt um öffentliche Einrichtungen und Berufe, z. B. Schulen, Postämter, sanitäre Einrichtungen. Der in diesen Bereichen Tätige ist in keiner Weise mehr konkurrenzfähig, hält den Inflations- und Kostendruck nicht aus, gibt auf, ist gezwungen abzuwandern in die lukrativen Wirtschaftszweige. Wo bleibt in dieser Raserei der Mensch mit seinen realen Bedürfnissen nach Bildung, nach Gesundheit, nach Kultur?



Kunst und Kunsthandwerk in Gröden

SKOLAST-Gespräch mit Josef Kostner, Wilfried Senoner, Franz Thaler und Adolf Valazza

SKOLAST: Könnten Sie kurz Ihren beruflichen und künstlerischen Werdegang darstellen?

Kostner: Geboren und aufgewachsen in St. Ulrich, Besuch der Kunstschule in Gröden, vorwiegend Autodidakt, zur Zeit Lehrer an der Kunstschule und freischaffender Künstler.

Senoner: Geboren und aufgewachsen in St. Ulrich, 4 Jahre Akademie in Mailand, anschließend in Gröden als Lehrer an der Mittelschule und 4 Jahre an der Berufsschule tätig, 2 Jahre Ausbildung bei einem Architekten, jetzt freischaffender Bildhauer und Maler.

Thaler: Geboren und aufgewachsen in St. Ulrich, 6 Jahre Akademie und anschließend 2 Jahre als freischaffender Künstler in München, seit 8 Jahren wieder in St. Ulrich, Lehrer an der Kunstschule und freischaffender Künstler.

Valazza: Geboren und aufgewachsen in St. Ulrich, Besuch der Kunstschule in Gröden, vorwiegend Autodidakt, freischaffender Künstler.

SKOLAST: Könnten Sie uns zuerst die verschiedenen Sparten der Bildhauerei und Bildschnitzerei in Gröden erklären?

Senoner: Seit die Ausübung des Kunsthandwerks sich vorwiegend auf maschinelle Produktion umgestellt hat, kann man die auf dem Sektor des hiesigen Kunsthandwerks arbeitenden Menschen grob in 3 Sparten einteilen: es gibt die Schnitzer, die die maschinell hergestellten Objekte verfeinern und die Endfassung herstellen; die Modellschnitzer, die die Modelle für die Maschinen herstellen, und schließlich die Bildhauer, die praktisch noch als einzige das künstlerische und kunsthandwerkliche Produkt als individuelle, schöpferische Arbeit herstellen.

SKOLAST: Nun führt ja diese Situation auf die kulturelle Szene in Gröden, auf das Kulturstubstrat Ihrer künstlerischen Arbeit ab. Wie verwirrt sich in dieser Situation Ihre kulturelle Rolle und welche Möglichkeiten bestehen für Sie, Ihre künstlerischen Vorstellungen zu realisieren? Inwieweit können Sie neue künstlerische Wege, die weg von der Kunsttradition gehen, durchsetzen?

Valazza: Die maschinelle Produktion führt natürlich in entscheidender Weise auf unsere Situation ab. Der Künstler muß sich notgedrungen isolieren, weil sich seine Vorstellungen nicht mit der Massenproduktion für die kommerzielle Verwendung decken, die zwar äußerst viel Quantität, aber da-

für äußerst wenig Qualität bietet. Es ist für einen Künstler außerordentlich schwierig, autonom zu arbeiten und seine Qualitätsvorstellungen durchzusetzen.

Thaler: Es ist in St. Ulrich außerdem auch durch die Flut an Schnitzern, die hier tätig sind, schwer, da man keine Anerkennung findet und die künstlerische Leistung nicht geschätzt wird. Man lebt als Künstler in einem Ghetto — auch finanzieller Art, es gibt zum Beispiel wenig bis keine Subventionen usw.

Senoner: Man ist als Künstler solange allein, bis man etwas produziert, das auch für den Handel gut verkäuflich ist. Dann wird einem die Ware abgekauft, sie wird für die Maschinen zurechtgemacht, und mit dem Entwurf des Künstlers handeln und kopieren dann die anderen. Man hat kein Patent auf Ideen und Entwürfe. Man kann 10 Jahre oder mehr daran arbeiten, und wenn die Arbeit Erfolg hat, dann handeln die anderen mit deinem Entwurf.

Thaler: Die Imitation schädigt einen Künstler eigentlich nicht, da er sowieso der Tradition voraus ist und seinen künstlerischen Weg gehen muß.

Senoner: Doch. Zuerst ignoriert man den Künstler jahrelang, treibt ihn wegen seiner Versuche, neue Wege und Formen zu finden, in ein Ghetto, und sobald er verkauft, wird seine Arbeit sofort imitiert und seine künstlerische Arbeit ausgeblüht.

SKOLAST: Kann man es sich in einer solchen Situation überhaupt leisten, für ein künstlerisches Konzept zu arbeiten? Wie ist die finanzielle Situation? Kann man als Künstler leben?

Thaler: Man muß Kompromisse eingehen. Bis auf sehr wenige Ausnahmen ist ein Künstler gezwungen, aus finanziellen Gründen Nebenberufe zu ergreifen.

Senoner: Ich habe praktisch 3 Schubladen. Eine Schublade für das Geld durch kommerziell bestimmte Produktion, eine Schublade für meine künstlerische Arbeit und eine Schublade für die Malerei als mein Hobby. Fast jeder ist gezwungen, außer seiner Arbeit als Künstler eine zusätzliche Schublade für das notwendige Geld durch andere Arbeiten zu haben.

Kostner: Auch ich bin gezwungen, Nebenberufe zu ergreifen, um meine Familie zu ernähren. Auch ich habe 3 Schubladen: eine für meine Tätigkeit als Lehrer, eine für die Kunst und eine für den Kommerz.

SKOLAST: Wie steht die Bevölkerung Ihrer Arbeit gegenüber?

Valazza: Man wird komplett ignoriert, man ist als Bildhauer in Gröden praktisch ein Niemand.

SKOLAST: Andererseits läßt sich im künstlerischen bzw. kunsthandwerklichen Schaffen in Südtirol eine gewisse Überrepräsentation an Grödenern feststellen. Inwieweit stimmt diese Feststellung und wie erklären Sie sich dies?

Valazza: Es gibt zwar viele Begabungen. Sie nehmen aber ständig ab.

Senoner: Es gibt sehr viele Talente. In Gröden wird man allerdings mit einem besonderen Maß gemessen, man muß produktiv sein und darf sich nicht für längere Zeit aus Stadium einer Idee oder eines Konzeptes leisten, wie zum Beispiel in der Wissenschaft. Man muß die Talente nur am Produktionsrhythmus. Deswegen gehen nur wenige Künstler tief. Man kann es sich nicht leisten, Schemata, Strukturen von Formen, Farben usw. zu studieren, es zählt nur der Produktionsrhythmus.

SKOLAST: Entwickeln sich die jungen Talente auch heute noch vorwiegend autodidaktisch oder herrscht die Tendenz vor, sich in Schulen und Akademien auszubilden?

Kostner: Es herrscht eindeutig die Tendenz vor, sich fachgerecht auszubilden, vor allem an den Akademien in Venedig, Florenz, Mailand, Wien und München.

SKOLAST: Warum sind Sie, Herr Thaler und Herr Senoner, wieder von Mailand und München zurück nach Gröden?

Thaler: Ich möchte sagen, das ist die alte Krankheit der Grödnern. Wir kriechen wieder ins warme Wattenbett hinein, weil wir uns da wohler fühlen.

SKOLAST: Wie sind Ihre Kontakte als Künstler untereinander?

Senoner: Der Kontakt unter uns ist ziemlich beschränkt, weil das Problemfeld irgendwie für alle gleich ist. Der Kontakt entwickelt sich eher mit der Kunstszene außerhalb Grödens, weil da viel mehr an Ideen und Anregungen zu holen ist.

Valazza: Ich pflichte dem bei. Die Versuche in diese Richtung haben auch sehr wenige Resultate gezeigt. Man wächst hier praktisch mit der kunsthandwerklichen Erziehung auf. Das bewirkt eine gewisse Gleichheit der Ideen.

Thaler: Ich bin mit dem Wilfried nicht ganz einverstanden, denn jeder Kontakt bringt Ideen und Anregungen. Ich möchte aber noch hinzufügen, daß wir alle mehr Kontakte zu draußen haben, insbesondere auch noch von unseren Studienorten her.

SKOLAST: Wie verhält es sich mit der Förderung von Künstlern?

Valazza: Es gibt praktisch keine Förderung.

SKOLAST: Ergibt sich da ein Kontakt und Zusammenschluß der Künst-

ter Grödens nicht zwingend, allein schon aus finanziellen Gründen?

Valazza: Die Beispiele von früher sind in dieser Hinsicht eher unzureichend.

Thaler: Unsere frühere Vereinigung hat erstaunliche Aktivitäten gezeigt. Es wurden verschiedenen Leuten Stipendien zu Studienzwecken zur Verfügung gestellt. Wir haben mit weniger Geld mehr Aktivitäten entfaltet als die offiziell geförderte Kultur. Es gab Einzel- und Kollektivausstellungen. Aber niemand hat die Chance genutzt, neue Ideen aufzugreifen und ins Dorf zu integrieren. Alle Ideen, die man hat, werden total ignoriert.

Valazza: Die Leute, die moderne Bilder kaufen, kaufen sie auswärts, nicht hier. Andererseits entstehen Gröden-Künstler, wenn sie den Durchbruch schaffen, ihren künstlerischen Erfolg viel eher draußen als hier, wie auch mein eigener, ziemlich hart erarbeiteter Durchbruch zur Anerkennung als Künstler gezeigt hat.

Senoner: Ein wichtiger Grund für diese Ignoranz ist, daß zu viele Leute auf diesem Gebiet arbeiten und Rivalitäten herrschen, die sich an bloß technischen Können entzünden. Die Leute glauben, daß zwischen Kunst und Kunsthandwerk kein Unterschied besteht. Niemand sieht ein, daß der Künstler entwirft und produziert, der Kunsthandwerker nur ausführt und reproduziert. Ich führe nur die Gotik als Beispiel an. Bei ihrem Erscheinen war die gotische Kunst revolutionär und neu, heute hingegen ist es leicht, eine gotische Madonna nachzumachen. Es will niemand einsehen, daß der Künstler voraussieht und neue Formen für neue Inhalte entwirft.

SKOLAST: Wobei hier sicherlich die Macht des Marktes entscheidend hereinspielt?

Thaler: Gemacht wird, was verlangt wird. Die Leute machen heute ebenso

sakrale Kunst wie morgen, wenn es verlangt wird, Berlinquers oder was der Markt eben verkauft.

Senoner: Allerdings tragen hier auch die Künstler bis zu einem bestimmten Grad selbst ihre Schuld daran. Niemand hat den Mut, etwas Neues zu experimentieren. Wir wollen nur die Architektur als Beispiel hernehmen, wo immer noch nur Weitereläsen im gleichen, alten, festgefahrenen Stil produziert werden.

Thaler: Die Architekten sind gleich festgefahren wie die Bildhauer. Sie können sehr gut nachmachen, imitieren, aber selber was im Kopf haben, selber was entwerfen, das ist nicht drin. Im Innere sind die Gröden die Besten der Welt. Ich könnte niemand besseren für die Herstellung von Imitationen wünschen als jemanden aus Gröden.

SKOLAST: Wie steht es mit der Erteilung von Aufträgen?

Valazza: Ich bin nach langen Jahren des Wartens draußen jetzt bekannt und bekomme mehrere Aufträge, und ich habe auch Privatkäufer, aber hier in Gröden erst seit den letzten 4 bis 5 Jahren, nachdem ich draußen bekannt geworden bin. Ich habe als freischaffender Künstler die ersten 20 bis 30 Jahre praktisch keine Beachtung gefunden. Ich habe Kunsthandwerk produzieren müssen. Ich habe meine ersten Ausstellungen praktisch selbst organisiert, mit erheblichen finanziellen Auslagen. Man braucht als Künstler eine sehr große Ausdauer und einen Glauben an sich selbst. Man darf nie aufgeben.

Thaler: Ich habe, seit ich wieder in St. Ulrich bin, keinen Auftrag bekommen, obwohl ich bei mehreren Wettbewerben mitgemacht habe. Mehrere Wettbewerbe wurden ausgeschrieben, aber die Arbeit nicht ausgeführt, und das Geld dafür verschwindet trotzdem irgendwo. Oder man führt Wettbewer-

be durch, deren Sieger von vornherein feststehen.

Kostner: Die Leute haben auch keine Beziehung zur Plastik. Die meisten interessieren sich nicht für Kunst. Diese Situation der Künstler läßt sich aber nicht ändern, solange diese Männer an der Spitze sind. Die Landesregierung hat ein Budget von über 600 Millionen, aber sie hat kein Geld, um eine Arbeit eines jeden Künstlers zu kaufen. Südtirol ist reich als Kulturland, aber arm an Subventionen.

SKOLAST: Wieso wird die Kunst beziehungsweise der Künstler nicht unterstützt? Ist die Kunst unbrauchbar und überflüssig oder der Künstler suspekt?

Valazza: Ich führe dies auf die Ignoranz dieser Herren zurück.

Kostner: Die offiziellen Stellen sind skeptisch. Ich glaube fast, sie vermuten in jedem Künstler ein potentiell rebellisches Element.

Thaler: Diese Unterstützung erweist sich in jeder Richtung, ob Musik oder Literatur oder sonst was, schwierig.

SKOLAST: Was könnte man Ihrer Meinung nach gegen diese Situation unternehmen?

Kostner: Wir müßten uns vorsehen. Es braucht von unserer Seite mehr Bewegung. Wir müssen einfach lauter werden und uns selbst organisieren. Der Künstlerbund hat seine paar Leute und die leben dann auch gut.

Senoner: Man ist zuweilen sachverständig und zuwenig interessiert. Früher wurden in Italien 4 Prozent der Gelder von öffentlichen Bauwerken für deren künstlerische Gestaltung ausgegeben, jetzt sind es nur noch 2 Prozent und in Südtirol kaum mehr diese.

Kostner: Es müßte doch in Südtirol durch die Autonomie möglich sein, die Künstler zu unterstützen. Ihre Arbeiten sind schließlich doch auch bleibende Werte.

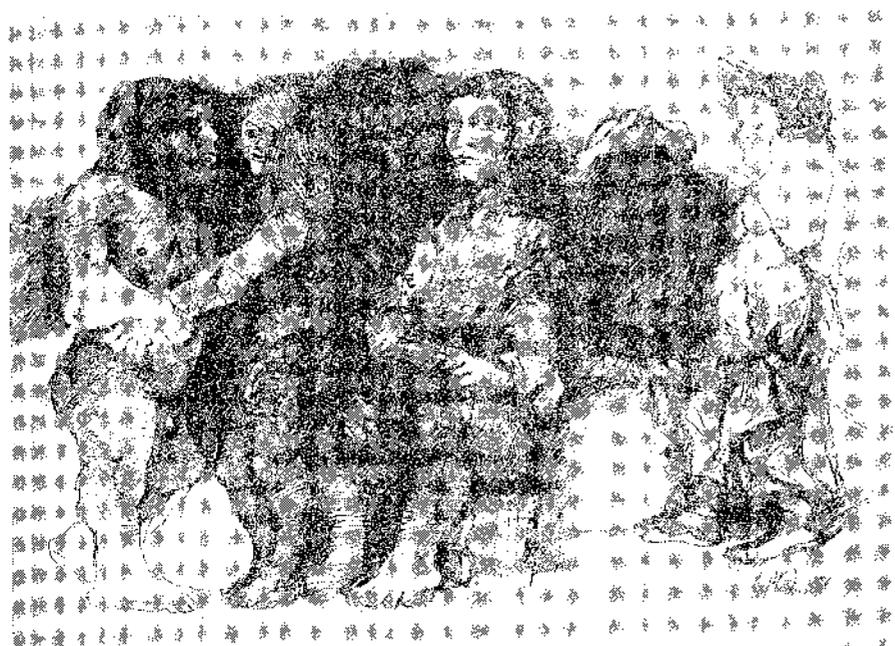
Senoner: Wenn man schon Geld für Sanierungen ausgibt, könnte man auch gleich viel Geld für neue Ideen investieren. Aber in Südtirol hat man wenig Geld für das Restaurieren und gar kein für neue Ideen.

SKOLAST: Ist in Ihrer Arbeit als Künstler ein politischer Aspekt vorhanden?

Kostner: Ich kann das durch meine eigene Erfahrung bejahen. Seit einer kritischen Aktion vor einigen Jahren, die für die offizielle Kulturpolitik anscheinend zu handfest war, spüre ich deren Auswirkungen.

Thaler: Es ist eine Frage des Existenzkampfes. Man bemerkt eine Machtlosigkeit. Man zieht sich zurück oder sucht Kontakt nach draußen.

Senoner: Wir könnten mit dem Geld, das in einem Jahr für offizielle Ausstellungen verbraucht wird, 5 Jahre lang ausstellen. Man sieht, daß für die offizielle Kunst Geld da ist, für uns aber nicht. Unsere Ausstellungen werden ignoriert. Man hat immer



Angst, daß politische Absichten und Manöver dahinterstehen.

SKOLAST: *Wie sind die Möglichkeiten für einen Künstler in Gröden, seine Arbeiten der Öffentlichkeit zu zeigen?*

Kostner: Es bestehen nicht viele Möglichkeiten. Zudem sperrt sich das Material, mit dem ich arbeite (Zementplastik) gegen eine Ausstellung und gegen ihren Transport. Die Schwierigkeiten, Ausstellungen zu veranstalten, ergeben sich vorwiegend aus dem finanziellen Problem. Eine Ausstellung verursacht zu viele Spesen und für Bildhauer noch zusätzliche Arbeit (z.B. Sockel usw.). Allerdings wäre es trotzdem schön, nach so vielen Jahren künstlerischer Arbeit eine eigene Ausstellung zu haben. Die einzigen Arbeiten, die indirekt der Öffentlichkeit zugänglich sind, sind meine im Buch „Tiroler Bildhauer“ abgebildeten Werke.

Thaler: Man ist eigentlich gar nicht so scharf darauf zu verkaufen. Man möchte seine Arbeiten vor allem gerne zeigen und ein Interesse finden. Man möchte, daß man sich mit seiner Arbeit beschäftigt und auseinandersetzt.

Valazza: Es müßte eigentlich Aufgabe eines Vereins wie der Künstlerbund sein, Leute wie Josef Kostner zu unterstützen und zu fördern.

Sononer: Früher waren auch mehr Gelder vorhanden, mehr kultureller Austausch, z. B. zwischen Österreich und Südtirol, und vor allem gab es früher mehr Förderung in der eigenen Heimat.

Kostner: Es wäre auch viel sozialer und effektiver, wenn man mehr Kollektiv- anstatt Einzelausstellungen organisieren würde. Der Künstlerbund schaut aber, wie ich schon vorhin gesagt habe, lieber nur auf seine eigenen Leute.

SKOLAST: *Wie schätzen Sie selbst den Gebrauchswert Ihrer künstlerischen Arbeit und Ihre Aufgabe als künstlerisch schaffender Mensch ein?*

Thaler: Ich fühle mich weniger als Künstler als viel mehr als Kunsthandwerker, der sich nicht verkauft und der ehrlich ist sich selbst und anderen gegenüber. Man muß an seine Arbeit, an deren Gebrauchswert, an seine Betätigung, an sich selbst als künstlerisch tätiger Mensch glauben.

Sononer: Der Künstler hat nicht nur manuelle Arbeit zu leisten, sondern müßte versuchen, mit seiner Arbeit Probleme zu lösen.

SKOLAST: *Nur technisch-formale Probleme?*

Sononer: Überall, besonders in der Wissenschaft, haben Leute 20 Jahre oder mehr an der Ausarbeitung einer Idee gearbeitet. Auch in der Malerei haben Leute wie Klee oder Kandinsky ein Leben lang an ihren Ideen gearbeitet. Überall sonst, ob Architekt oder Zahnarzt, bekommt man Geld für seine Ideen und Entwürfe, nur der

Künstler erhält nichts und seine Ideen werden gestohlen.

Valazza: Der Künstler sollte sich feil finden und aussagen, gleich auf welchem Wege auch immer.

SKOLAST: *Wie ist Ihre Situation als Lehrer an der Schule und die Situation überhaupt in den Schulen?*

Kostner: In der Kunstschule ist eigentlich unsere Situation noch relativ in Ordnung. Ich sage relativ, weil man uns vorwirft, falsche Dinge zu lehren. Man diffamiert uns auch im Dorf als Kommunisten, Anarchisten, usw. Moderne Vorstellungen zu haben, heißt hier in Gröden anscheinend archaische Vorstellungen zu haben.

Thaler: Die Situation an den Schulen allgemein ist jetzt eigentlich viel besorgniserregender. Jetzt hat man 8 Stunden Unterricht in der Woche, aber 10 Fächer, das heißt, die notwendigen Fächer wie Zeichnen und Modellieren werden nur noch 2- bis 3mal im Monat gelehrt. Es gibt viel Unterricht in Staatsbürgerkunde, der aber in seiner Ausführung praktisch gleich-

zusetzen ist mit Propaganda für die Politik der SVP und die angeblichen Leistungen der SVP usw. Die Maschinenschützer besuchen diese Schule 2 Jahre lang, den Bildhauern hat man den 3. Jahren noch ein 4. Jahr dazugefügt; das vorwiegend dem praktischen Fächern gewidmet sein sollte. Demnach verläuft dieses 4. Jahr prinzipiell gleich wie die anderen 3 Jahre, was praktisch zur Folge hat, daß jetzt ein Bildhauer 4 Jahre lang genau das gleiche lernt wie ein Maschinenschützer 2 Jahre lang.

SKOLAST: *Eine letzte Frage: Wie könnten Sie selbst die allgemeine Beurteilung eines Künstlers aus Gröden in Südtirol definieren?*

Valazza: Wenn man nach draußen geht, stößt man praktisch auf ein fest betoniertes Bild vom Grödner Künstler (Holzschnitzer, Madonnenschnitzer usw.). Man hat es auch sehr schwer, sich dagegen durchzusetzen.

Sononer: Man darf nie sagen, daß man aus dem Grödner Tal kommt.

SKOLAST: *Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.*

Die „getrennten Brüder“ Ladinens:

Dr. Josef Richebuono

Buchensteiner und Ampezzaner

Niemand zweifelt daran, daß die Buchensteiner Ladinier sind; man spricht oft von „vier ladinischen Tälern“, die alle von der Sella-Gruppe ausgehen. Schon weniger sicher ist man bezüglich der Zugehörigkeit der Ampezzaner zu den Dolomitenladiniern, obwohl die Sprachforscher fast einstimmig sie dazu zählen; die Ampezzaner selbst sind wohl bewußt Ladinier zu sein und die „Union di Ladins d'Ampezo“ ist der „Union generala di Ladins dla Dolomites“ beigetreten.

Sowohl Buchenstein wie Ampezzo blieben bis 1918 unter Österreich und gehörten zum Land Tirol; ja sie bildeten zusammen sogar die einzige ausschließlich ladinische Bezirkshauptmannschaft, die kleinste der Donaumonarchie (seit 1868: 6.155 Einwohner!). Nach dem Ersten Weltkrieg wäre es deswegen logisch und besser gewesen, sie bei Südtirol zu belassen und das war auch der ausdrückliche Wunsch der Bevölkerung.

Ein Akt der Willkür also, um eine schnellere Internationalisierung zu erreichen, trennte sie von der Provinz Bozen, allen Protesten der Gemeinden zum Trotz, obgleich die Wahrung der Lokalautonomie im Friedensvertrag ausdrücklich verankert war. Wenn man bedenkt, daß die Ladinier im Laufe der Jahrhunderte von einer sehr großen ursprünglichen Ausdehnung (vom St. Gotthard bis Triest) immer mehr zusammengeschrumpft sind, dann versteht man, daß diese Trennung sich sehr negativ ausgewirkt

hat. Gerade heute brauchen alle Dolomitenladiniere, die sowieso sehr wenig sind, eine Einheit.

Buchenstein (die Einheimischen nennen ihre Heimat Fodou) hat zwei Gemeinden: Livinallongo, am Oberlauf des Cordervele (Arabba, Pieve, Andraz und kleinere Dörfer) mit rund 2.000 Einwohnern und Colle Santa Lucia, am Eck zwischen Cordervele und Fiorantina (mit herrlicher Aussicht auf Felmo und Civetta), mit rund 1.000 Einwohnern. Ampezzo ist eine einzige Gemeinde (Cortina d'Ampezzo, landschaftlich vielleicht die schönste Talmulde der Alpen) am Oberlauf des Döite, mit rund 8.500 Einwohnern; davon sind aber mehr als die Hälfte Zugewanderte; Ladinier sind also etwa 3.500. Alle drei Berggemeinden sind nicht gern unter der Provinz Belluno und die Einheimischen fühlen sich benachteiligt und frustriert; trotzdem ist ihr Wille Ladinier zu bleiben, bei den meisten noch ungebrochen.

Sowohl Ampezzaner wie Buchensteiner haben in letzter Zeit ein Wörterbuch ihrer Sprache und Werke über ihre Geschichte bekommen. Ampezzo hat dazu ein kleines Heimatmuseum, ein Zentrum, Cortina mit der Pfarrkirche, mit einer bodenständigen Kauffeisenkasse, viele Vereine, uralte Alm- und Waldgenossenschaften (Régotes); Ampezzo verfügt über größere Geldmittel, hat ein reges Kulturleben und sogar eigene (private, kurze) Radiosendungen. Die Ampezzaner haben alle Arbeit genug in ihrem Tal; dafür gibt

ihnen das Problem der Überfremdung und der Ernationalisierung schwer zu schaffen: sie sind bereits in der Minderheit in ihrer Heimat.

In Buchenstein sind die einzelnen Dörfer und Weiler sehr weit voneinander entfernt und die Einwohner kommen praktisch nie alle zusammen (5/6 Seelsorgskirchen). Das Tal ist arm und bietet wenig Möglichkeiten, so daß immer noch eine starke Auswanderung vieler guter Elemente stattfindet; allerdings gibt es keine Gefahr der Überfremdung und der Vermischung.

In der Provinz Belluno haben die Ladiner keine Sonderstellung: sie werden nicht als ethnische Volksgruppe anerkannt. In Ampezzo und Buchenstein sind die Schulen italienisch und es gibt keine Möglichkeit für den Unterricht der Muttersprache in der Schule. Gewiß, auch die Ladiner der Provinz Bozen haben nicht viel zu fachen und noch weniger jene der Provinz Trient (Fassaner); aber sie werden immerhin als dritte ethnische Volksgruppe anerkannt und haben verschiedene Sonderrechte; am schlimmsten draun sind also die (unfreiwillig) getrennten Brüder von Ampezzo und Buchenstein.

Manche Ladiner geben ihr Volkstum zu leicht preis; sie brauchen vor allem mehr nationales Selbstbewußtsein, mehr Überlebenswille, auch mehr Information, besonders in ihrer Sprache (Presse, Rundfunk, Fernsehen); sie brauchen viel mehr menschliche Kontakte untereinander. Eine gute Initiative in diesem Sinne ist die neu gegründete „Comunanza ladina a Bulsan“, wo sich zu Vorträgen und Schulungskursen die in Bozen lebenden Ladiner aller fünf Dolomiten Täler samt den Friulanern (Ostladinern) treffen. Ihrer Stimme wird seit kurzem auch in der Tageszeitung „Alto Adige“ einmal wöchentlich in allen Idiomen Raum gegeben.

Alte, groß und klein, brauchen sprachlichen Unterricht; die Zahl der Ladiner, die ihre Muttersprache schreiben kann, ist leider minimal; das Ladinische muß endlich auch eine Schriftsprache werden! Die Ladiner brauchen eine politisch-administrative Einheit, die alle fünf Täler umfassen sollte. Eine Änderung der Provinzgrenzen ist sicher schwer, aber nicht unmöglich. Dazu braucht es aber eine Schutzmacht; es wäre schön, wenn die Südtiroler Landesregierung der schweren Geburt einer vereinten „Ladina“ helfend beistehen könnte.

Die Südtiroler sollten sich dessen bewußt werden, daß sie selbst zu einem beträchtlichen Teil eigentlich eingedeutschte Ladiner sind, daß sehr viele von ihnen auch ein bißchen ladinisches (keltisches) Blut in den Adern haben. Die Südtiroler hätten an den Ladinern manches gutmachen (siehe die Geschichte) und sollten nicht vergessen, daß die Ladiner das erste Recht in der Provinz haben, daß sie die älteste Volksgruppe sind im Land Tirol.

Veronica Piccoliori

Ladiner im Trentino – die Fassaner

Sie bewohnen das obere Tal des Avisio. Die erste ladinische Gemeinde ist Moena; es folgen flüßaufwärts Soraga, Vigo, Pozza (mit Pera), Mazzin, Campitello, Canazei (mit Alba und Penia) unter der Marmolada. Moena hat etwa 2.000, alle anderen Dörfer zusammen ungefähr 4.000 ladinische Einwohner; am meisten von der Überfremdung bedroht ist vielleicht Canazei.

Die heutige Gesetzgebung der Region gibt ihnen weniger Rechte als den Ladinern der Provinz Bozen. Die Fassaner haben aber ein eigenes rühriges Kulturinstitut in Vigo, neue Werke über ihren Wortschatz und ihre Geschichte.

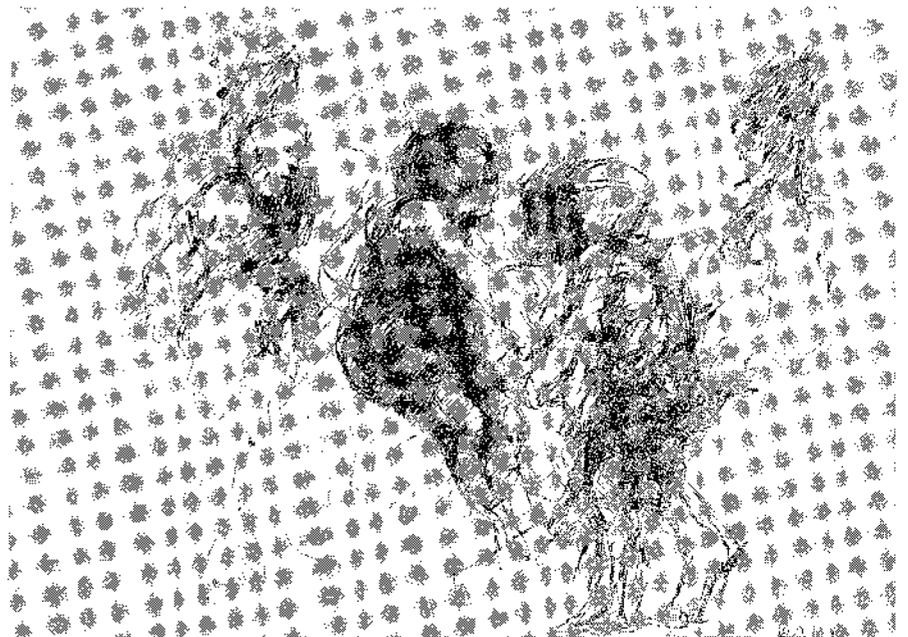
Das Fassatal wurde erst 1817 dem Trentino angegliedert; davor hatte es immer dem Fürstbistum Brixen angehört. Einige Gelehrte meinen, daß das Tal erst nach dem Jahre 1000 besiedelt wurde, als der Bischof von Brixen Fassa zu Lehen bekam; er hätte Leute aus dem Eisacktal dorthin geschickt. Vor kurzem fand man aber drei prähistorische Wallburgen, die das Gegenteil beweisen; es scheint, daß Fassa mindestens in der Eisenzeit schon bewohnt war.

Die Legenden bestätigen es. Die vielen Sagen gehören auch zum Kulturgut des Volkes, dessen Anfänge sie darstellen, weil sie Geschichte und Dichtung zugleich sind. Sie sind aus der Phantasie, aber auch aus der Überlieferung entstanden; richtig interpretiert haben sie eine Bedeutung, die nicht unterschätzt werden darf. In den Sagen des Fassatales finden wir Zwerge, welche Metalle suchen und schmieden, welche geschickt Schmuck und Amulette herstellen, die manchmal magische Kraft besitzen (Räterzeit). Weiter begegnen uns König Lau-

rin (Ostgotenzeih), die Arimannen (Langobarden), der König von Sobona (Süben) usw. Manche sind sehr bekannt (Karl Felix Wolff), andere werde ich selbst bald veröffentlichen; auch einen Dokumentarfilm habe ich gedreht, um unmittelbare Eindrücke vom Tal und seiner Eigenart zu erwecken.

Für die Fassaner ist immer Bozen der Anziehungspunkt gewesen: sie stiegen zum nahen Katerpaß hinauf und dann zogen sie zur Stadt zu, natürlich zu Fuß. Das Eggenal trägt heute noch den alten ladinischen Namen „Val da Pega“ (Wassertal; Weischnefen hieß Nova ladina). Wenn die Männer aus Fassa im Eisacktal oder jenseits der Alpen Arbeit suchten, dann gingen sie zunächst acht gute Stunden durch das „Wassertal“ bis Bozen; das geschah noch am Anfang dieses Jahrhunderts, als die Mehrheit der Männer im Frühjahr als Maurer oder Anstreicher in die deutschen Länder auswanderten, um im Spätherbst nach Fassa heimzukehren. Heute verbindet Bozen mit Fassa die „große Dolomitenstraße“, immer noch durch die „Val da Pega“.

Die Fassaner sind immer ihrer „Ladinität“ bewußt geblieben. Wenn sie in Stände gewesen sind, ihre romanische Sprache durch ein Jahrtausend zu erhalten, wäre es wohl eine Schande, wenn gerade jetzt im großen Mosaik der menschlichen Sprachen das kleine, aber kostbare Steinchen des Dolomitenladinischen verloren ginge. Zur Erhaltung ihrer Kultur und ihrer Eigenart brauchen aber auch die Fassaner Verständnis, Hilfe, Unterstützung von außen und vor allem von den Südtirolern. Daß sie sich für uns interessieren und uns besser kennenlernen wollen, freut uns sehr und stärkt unser Selbstbewußtsein.



Soziologie einer Minderheitenfrage

Flavia Pristinger "La minoranza dominante nel Sudtirolo", Patron Editore, Bologna-Padova 1979, 181 Seiten, 5.000 Lire

„Wenn man die Entwicklungen der Südtiroler Autonomie losgelöst vom ökonomischen und gesellschaftlichen Kontext, in welchem sie sich abspielen haben, untersucht, so kann das lediglich einen mystifizierenden Effekt bringen und die Hypothese aufwerten, es habe sich dabei um eine Auseinandersetzung zwischen ‚institutionellen‘ politischen Kräften gehandelt, die sich im wesentlichen auf einer juristisch-diplomatischen Ebene vollzog...“ (Seite 71).*

Diese Untersuchung geht vom Bewußtsein aus, „daß den ‚ethnischen Fragen‘ reale Probleme zugrunde liegen, die mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, mit der Verteilung der wirtschaftlichen Mittel, mit dem Machtssystem in einer gegebenen Gesellschaft zusammenhängen; daß die ‚ethnischen Konflikte‘ sehr oft das Resultat von marginalisierenden Auswirkungen einer historisch gegebenen sozio-ökonomischen Entwicklung sind, welche die strukturellen Grundlagen der ethnischen Kulturen aushöhlen; daß die ethnischen Spaltungen, je nachdem ob sie sich über reale gesellschaftliche Ungleichheiten stützen oder nicht, die Klassenkonflikte stärken oder aber abschwächen können“ (Seite 8).

„Das Hauptaugenmerk gilt (daher) den mehr oder weniger induzierten Veränderungsprozessen, die das Gebiet nach seiner Angliederung an Italien erlebt hat und ihren Auswirkungen sowohl auf das produktive Gerüst der Provinz als auch auf die ethnische Schichtung und Klassenstruktur der Bevölkerung.“ (Seite 9)

* * *

Diese etwas ausführlichen Zitate aus dem Buche Flavia Pristingers sollen gleich zu Beginn Einblick gewähren in die Arbeitsmethode und in das Programm, die das Werk der Autorin bis zur letzten Seite in konsequenter Weise prägen. Flavia Pristinger lehrt Wirtschaftssoziologie an der Universität Padua und Soziologie an der Universität Venedig. Mit ihrem Buche „La minoranza dominante nel Sudtirolo“ leistet sie einen erheblichen Beitrag zur Entideologisierung, Entmystifizierung und daher zur Versachlichung der Dis-

kussion über die Grundlinien der ethnischen Frage in unserem Lande. Es ist wohl etwas vom Bedeutensten, das in letzter Zeit von linker Seite zur Minderheitenfrage geleistet worden ist. Dies im allgemeinen. Der besondere Wert der Arbeit liegt nach meiner Auffassung hingegen in ihrem wirtschaftssoziologischen, also spezialistischen und zugleich nicht einseitigen, sondern umfassenden Charakter. So streift Flavia Pristinger von einer geschichtlichen Betrachtung der Südtiroler Situation (vor und nach der Annexion; vor, während und nach dem Faschismus) über auf eine spezifische Untersuchung der Entstehung, Entwicklung und der gesellschaftlichen sowie ideologischen Basis der SVP und beschäftigt sich schließlich mit der zentralen Frage der Beziehung zwischen den Volksgruppen unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, ihrer gegenseitigen „funktionalen Integration“ im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Das Buch bietet eine Anzahl (bereits systematisierter) Informationen und regt vor allem eine weitere Beschäftigung mit den aufgeworfenen Fragen an, was vor allem für die gesamte Südtiroler Linke interessant ist, die mit diesem Buche ein bedeutendes Instrument für ihre theoretische und auch praktische Tätigkeit in die Hände bekommt.

Die direkte Lektüre des Buches ist also für jeden, der sich irgendwie ernsthaft mit den tieferen Fragen unserer spezifischen Realität auseinandersetzen will, eine (würde ich so sagen wollen) fast obligate Etappe. Im Rahmen dieser Vorstellung sollen nur einige Momente der Überlegungen dargestellt werden, die im genannten Buche zu finden sind und die (nach einer ganz subjektiven Wertung) am interessantesten erscheinen.

1914: ein wirtschaftliches Randgebiet

„Im Rahmen Österreich-Ungarns und selbst im Rahmen Tirols stellt das heutige Südtirol am Beginn dieses Jahrhunderts eine der rückständigsten Regionen dar“ (Seite 12). Weniger stark bevölkert, mit einem relativ niedrigen Bevölkerungsdruck, drängt die Anziehungskraft der entwickelten Regionen des Reiches zur Abwanderung von Arbeitskraft. Die Landwirtschaft beschäftigt den allergrößten Teil der Bevölkerung (1910: 61,4 Prozent der aktiven Bevölkerung, das sind 15 Prozent mehr als in Nord-Tirol) und ist fast ausschließlich auf Selbstversorgung ausgerichtet. Eine gewisse Vitalität beschränkt im Bereiche des Handels und des Verkehrs, was mit der traditionellen Rolle Südtirols

als Durchgangsland zusammenhängt. Schwach ist hingegen das Gewicht der Industrie: sie nimmt lediglich 16,7 Prozent der aktiven Bevölkerung auf und betrifft in erster Linie traditionelle Bereiche wie den Bergbau, die Textil-, Lebensmittel- und Holzverarbeitung, zu denen sich später eine vielversprechende Energiewirtschaft fügte der Fischerei gesellt. Gegenüber der ökonomischen Realität zeigt sich die Stadt nicht etwa als Fremdkörper, sondern ist im Gegenteil voll integriert und stellt nichts anderes als die „gebildete Artikulation der Traditionen der umliegenden bäuerlichen Welt dar“ (Seite 16). Daneben kommt der verwurzelten Gegenwart der Kirche eine bedeutende Rolle in der Vereinheitlichung und Stabilisierung der Südtiroler Gesellschaft zu. Neben der mehrheitlichen Präsenz der deutschen Volkgruppe findet man schließlich um jene Zeit etwa 4 Prozent Ladiner und an die 7000 Italiener (3 Prozent der Bevölkerung).

Der Faschismus:

„Grundsteinlegung“ für die ethnische Problematik der Nachkriegszeit

Das ist (in großen Zügen) die Situation, in der sich Südtirol befindet, als es 1918 einem fremden Staate angeschlossen wird. Flavia Pristinger widmet der faschistischen Politik und ihren Auswirkungen auf die Sozialstruktur breiten Raum. Und das nicht rein zufällig. Sie weist dabei nach, daß die vom Faschismus in der Südtiroler Wirtschaft „induzierten“ Modernisierungen zu einer grundlegenden Veränderung sowohl der Bevölkerungszusammensetzung (vor der Annexion lebten rund 7000 Italiener im Lande, 1943 waren es bereits 104.750) als auch des Wirtschaftsgefüges geführt haben. Dieser Abschnitt des Buches ist von besonderem Interesse, weil er über die bekannte und gängige Darstellung der Entnationalisierungsbestrebungen auf kulturell-sprachlichem Gebiete hinausgeht und die große Strukturveränderung behandelt, womit der Faschismus nicht nur auf künstliche Weise italienische Einwanderer ins Land rief, sondern unter den Volksgruppen auch ein sehr kompliziertes wirtschaftliches und folglich soziales Verhältnis schuf, das bis in die heutige Zeit herauf die ethnischen Beziehungen in primärer Weise prägte und prägt.

Der Industrialisierung ist im Rahmen der faschistischen Kolonisierungspolitik der erste Rang beschieden: sie führt zu den bedeutendsten ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Aber ihre Durchführung ist alles andere als leicht und geradlinig. Sie erfordert eine ganze Reihe von nicht einfachen Projektierungen und außerordentlichen Fördermaßnahmen, um die höheren Produktionskosten auszugleichen. So wird die Schaffung

*) Aus reinen Gründen der Einfachheit sind die Zitate aus dem Buche ins Deutsche übersetzt worden. Die Angabe der Seitenzahl soll dabei einen sofortigen und unkomplizierten Vergleich mit dem Originaltext ermöglichen.

der Bozener Industriezone erst 1935 konkret in Angriff genommen: sie erweist sich (so die Autorin) als eine große Operation der Dezentralisierung der Produktion von seitens der größten italienischen Industriekomplexe: Falck, Montecatini, Iacocca, Magnesiumwerke. Die Zunahme der Beschäftigung ist bedeutend: sie steigt zwischen 1910 und 1939 um etwa 7 Prozent an! Aber diese Expansion betrifft in Wirklichkeit lediglich die italienische Bevölkerung, die 1943 39 Prozent der Gesamtzahl ausmacht (1910: 3 Prozent).

Die Zuwanderung erreicht den Höhepunkt in den Jahren zwischen 1939—43: die durch die Optionen freigewordenen Stellen werden durch Italiener ersetzt. In der Tat, von den 30 Prozent Südtirolern, die das Land nach ihrer Option für Deutschland dann auch effektiv verlassen haben, sind ungefähr 85 Prozent abhängige Arbeiter: sie betreffen 67 Prozent der in Industrie und Handwerk, 40 Prozent im Fremdenverkehr, 83 Prozent im Transportwesen und nur 9 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigten Südtiroler. Dieser Aderlaß der Südtiroler Volksgruppe konzentrierte sich also auf die städtischen Zentren (Seite 27). Zwar versuchte der Faschismus, auch Formen der landwirtschaftlichen Kolonisierung zu verwirklichen, aber diesem Vorhaben war dann effektiv kein Erfolg beschieden. Auch die Abschaffung des Gesetzes über die „geschlossenen Höfe“, die zur Zerschlagung des

Bauernstandes führen sollte, zeitigt nur sehr begrenzte Folgen: im Zeitraum zwischen 1929 und 1954 (als diese Hofform formal wieder eingeführt wurde) war die ursprüngliche Zahl der „geschlossenen Höfe“ um lediglich 6,2 Prozent zurückgegangen.

Die gesellschaftliche Arbeitsteilung unter den Volksgruppen

Das Ergebnis dieser Maßnahmen des Faschismus war, daß das „ethnische Gleichgewicht“ innerhalb eines kurzen Zeitraumes gewaltsam verändert wurde. Die italienischen Einwanderer (Proletarier aus den wirtschaftlich schwächsten italienischen Gebieten) sammelten sich vorwiegend in den Städten: neben Bozen vor allem in Meran, Brixen und im Eisenbahnzentrum Franzensfeste. 1939 hatten Bozen, Leifers und Salurn bereits eine italienische Mehrheit, während die italienische Volksgruppe in Orten wie Meran, Brenner, Franzensfeste bereits an die Hälfte heranreichte. Der Bevölkerungsanteil der Italiener im Streifen zwischen 200 und 300 Metern ü.M. beträgt in diesem Jahr 58 Prozent gegenüber den 15 Prozent Deutschen. Aus dieser Zeit stammt also ein wichtiger Aspekt des Minderheitenproblems in unserem Lande: der **ethnische Unterschied fällt praktisch mit dem Stadt-Land-Gefälle zusammen** (auch im Jahre 1971 konzentrierten sich 77,8 Prozent der italienischsprachigen Bevölkerung auf drei Gemeinden:

Bozen, Meran, Leifers — Seite 80). Eine an sich bereits mit gesellschaftlicher Problematik beladene Frage (das Sozial- und Kulturgefälle zwischen Stadt und Land) erhält auf diese Weise einen **zusätzlichen konfliktuellen Aspekt — das „ethnische Gefälle“**. Mir scheint, daß diese an sich bekannte Tatsache (sie ist ja schließlich gleichsam mit „bloßem Auge“ feststellbar) nicht immer genügend vor Augen gehalten wird. Es ergibt sich daraus nämlich ein Bruch unter den Volksgruppen, der nicht allein auf die sprachlich-traditionsgebundenen Faktoren zurückgeht, sondern von allem Anfang an bereits klare gesellschaftlich-ökonomische Konturen annimmt. Die Folge ist, daß sich im System der ethnischen Beziehungen sofort ein großes Potential an Konfliktualität anhäuft.

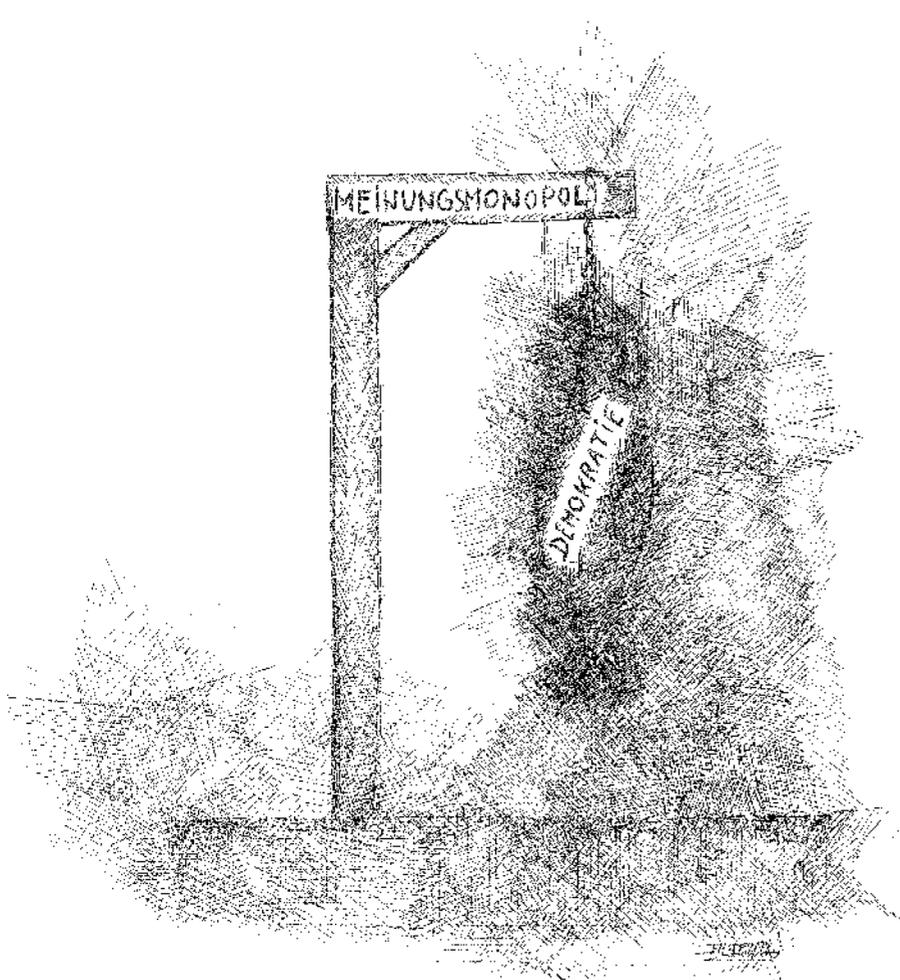
Aber der ethnische Unterschied zeigt uns nicht nur seine „geografische“ Dimension: das Resultat der faschistischen „Modernisierung“ war die Marginalisierung der deutschsprachigen Komponenten, die durch den „politischen Gebrauch der Industrialisierung und des bürokratisch-administrativen Apparates... von diesen Bereichen der Produktion und den damit zusammenhängenden „Erträgen“ ausgeschlossen wurde, womit sich eine **harte Diskriminierung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht unter den verschiedenen Volksgruppen abzeichnete** (Seite 29). Die Konzentration der deutschen Bevölkerung auf dem Lande und der Italiener in den städtischen Zentren wird zum Ausdruck einer klaren **gesellschaftlichen Arbeitsteilung** unter den Volksgruppen: bereits 1939 ergibt sich in der Beschäftigungsstruktur folgendes Bild (Seite 29):

| Sektoren | Deutsche | Italiener |
|------------------------|----------|-----------|
| Landwirtschaft | 60,5% | 6,0% |
| Industrie und Handwerk | 14,6% | 23,8% |
| Handel | 11,6% | 21,6% |
| Öffentl. Verwaltung | 0,5% | 17,1% |
| andere Tätigkeiten | 12,8% | 31,5% |

Mit dem Faschismus beginnt also eine deutliche **Differenzierung der Volksgruppen** im Hinblick auf ihre Rolle im Wirtschaftsgefüge. Die Südtiroler sind in eine wirtschaftliche Randposition gedrängt, während die Italiener die neue dynamische Realität der Industriezentren und Städte besetzen. Es ist bekannt, daß sich die „Marginalisierung“ der deutschen Volksgruppe jedoch nicht allein auf den wirtschaftlich-strukturellen Bereich beschränkt hat, sondern sich auch in einer Reihe repressiver Maßnahmen gegen Sprache, Kultur, Tradition und Schule konkretisierte.

Gesellschaftliche Arbeitsteilung und ethnische Gleichgewicht

Diese Arbeitsteilung unter den ethnischen Gruppen äußert sich ökonomisch in ihrer gegenseitigen „**funktionalen Integration**“, aus der sich ein



gewisses Gleichgewicht ergibt. Die nachfolgenden Konflikte (der fünfziger und sechziger Jahre) werden von Flavia Pristinger eben gerade unter dem Gesichtspunkt des Fortdauerns dieser Arbeitsteilung und ihrer Veränderungen und im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die ethnischen Gleichgewichte untersucht. Sie kommt dabei zu höchst interessanten Ergebnissen, die sowohl die **strukturellen Grundlagen** dieses Gleichgewichts im allgemeinen als auch (im besonderen) die **strukturellen Voraussetzungen** für den ethnischen Konflikt in den letzten zwanzig Jahren in einem neuen Lichte erscheinen lassen, in welchem auch gewisse Lösungen im Rahmen des Paketes klarere Dimensionen erhalten (z.B. der „Proporz“). Hier kann natürlich nur ganz kurz und sehr vereinfachend auf diese Aspekte eingegangen werden; aber gerade dieser Teil des Buches eignet sich besonders als Anstoß für weitere Überlegungen, Untersuchungen und auch praktisch-politische Konsequenzen.

In den zwanzig Jahren zwischen 1951 und 1971 ergibt sich (Seite 71) folgende Entwicklung in der Aufteilung der aktiven Bevölkerung nach Wirtschaftszweigen:

| Zweiger: | 1951 | 1961 | 1971 |
|--|-------|-------|-------|
| Landwirtschaft und Forstwesen | 42,6% | 30,6% | 20,3% |
| Industrie und Handwerk | 23,3% | 28,1% | 30,6% |
| Transportwesen | 4,0% | 4,2% | 5,1% |
| Handel und Dienstleistungen | 18,9% | 26,9% | 34,8% |
| Kreditwesen und Versicherungen | 0,7% | 1,0% | 1,4% |
| Öffentliche Verwaltung | 10,5% | 9,2% | 7,8% |

In diesem Zeitraum fanden also große Verschiebungen von Arbeitskräften aus einem Bereich in den anderen statt. Nach Volksgruppen aufgeteilt ergibt sich jedoch, daß 1951 in der Landwirtschaft 67 Prozent der deutschsprachigen aktiven Bevölkerung tätig sind (Italiener 3 Prozent), während die Italiener zu 35 Prozent (Deutsche 5 Prozent) in der öffentlichen Verwaltung und zu 62 Prozent in anderen Sektoren beschäftigt sind. Die **gesellschaftliche Arbeitsteilung** unter den Volksgruppen ist also durch eine **deutliche Spezialisierung** gekennzeichnet: die **Südtiroler** vorwiegend in der Landwirtschaft, die **Italiener** im Industrie- und Tertiärsektor. Diese Arbeitsteilung war anfangs von der deutschsprachigen Bevölkerung **relativ** akzeptiert worden (und bedrohte deshalb das ethnische Gleichgewicht nicht in primärer Form). Die Soziologin nennt hierfür folgende Gründe:

1. Die deutsche Volksgruppe hatte im Laufe der Jahrhunderte typische Merkmale einer bäuerlich-ländlichen Gesellschaft angenommen, die sich vor allem durch eine Fähigkeit und Möglichkeit zur Selbstversorgung und Selbsterhaltung auszeichnete.
2. Die Erfahrungen mit dem Faschismus haben diese Tendenz zur Autarkie und Isolation (die geografisch zudem noch begünstigt war) verstärkt

und zugleich ein tiefes Misstrauen in die Industrialisierung, die nunmehr als Synonym für Unterwanderung galt, erzeugt.

Im besonderen war es jedoch die **relative Stabilität** der Südtiroler Landwirtschaft, die damals einen Lebensstandard garantieren konnte, der als ausreichend betrachtet wurde (1954 besetzte die Provinz Bozen den 12. Rang unter allen italienischen Provinzen nach dem Pro-Kopf-Einkommen). Aber diese **funktionale Integration** unter den **Volksgruppen** bekommt gerade in den Jahren 1951 bis 1971 einige gewaltige Risse, die dem ethnischen Konflikt dieser Zeit zugrunde liegen. Es handelt sich dabei um Prozesse, die in drastischer Form auf die **wirtschaftlichen Mittel**, die einer jeden Volksgruppe zur Verfügung standen, einwirken. In den genannten zwanzig Jahren wächst die Bevölkerung der Provinz Bozen um 24 Prozent. Dieser Zuwachs betrifft in erster Linie die deutsche Volksgruppe, die im Zeitabschnitt 1961–71 um 11,9 Prozent zunimmt, gegenüber den 7,4 Prozent der Italiener. Zugleich findet eine nicht unbedeutende Abwanderung aus den Berggebieten in die Städte oder zumindest in die Täler statt, wäh-

rend in der Landwirtschaft ein Prozeß der massiven Ausstoßung von Arbeitskraft im Gange ist: in den Jahren zwischen 1951 und 1971 geht die aktive Bevölkerung in diesem Bereiche insgesamt von 42,6 Prozent auf 20,3 Prozent zurück. Diese Ausstoßung trifft vor allem die Kategorie der mitarbeitenden Familienangehörigen und der landwirtschaftlichen Arbeiter, und zwar in ganz besonderer Form die Frauen (die um insgesamt 73 Prozent zurückgehen, gegenüber den 44 Prozent bei den Männern) (Seite 81).

Hauptursache ist die rapide Rationalisierung des Sektors, der zur Auflöschung von ungefähr 2000 Kleinbetrieben und zur Stärkung der größeren Einheiten führt.

Bevölkerungsdruck, Bevölkerungsver-schiebung und Rückgang der aktiven Bevölkerung haben also in erster Linie die deutsche Volksgruppe getroffen: diese drei Faktoren führen unter den Südtirolern immer mehr zu einem „Gefühl der relativen Beraubung“, das zu einem guten Teil an der Wurzel der Konfliktualität der fünfziger und sechziger Jahre steht und „in immer stärkerem Maße die Forderung nach einem Zugang zu den wirtschaftlichen Mitteln hervorbringt, der zur realen Stärke der Volksgruppen in einem proportionalen Verhältnis stehe“ (Seite 78).

Die bisherige Arbeitsteilung, die funktionale Integration der Volksgruppen kommt auf der Linie dieser strukturellen Veränderungen aus dem Gleichgewicht.

Soziale Klassen und ethnische Frage

Mir scheint, daß diese Untersuchung (die in diesem Rahmen nur angedeutet werden konnte und im Buche natürlich weitans differenzierter und ausführlicher belegt ist) der Grundlagen des gegenwärtigen ethnischen Konfliktes für die Südtiroler Linke von großem Wert ist. Sie zeigt (und warnt), wie oberflächlich sowohl die Reduzierung der ethnischen Frage auf rein sprachlich-identitätsbezogene Faktoren (wobei man sich manchmal bis zu anthropologischen Schläüssen vorwagte) als auch die Reduzierung des Zusammenhanges auf „reine“, „unmittelbare“, „lineare“ Klasseninteressen ist.

Aus dieser Untersuchung von F. Pristinger geht vielmehr hervor, wie **vielschichtig** die **Klassentalität** in unserem Lande ist und wie sehr sich **Klassenfrage** und **ethnische Frage** oft überschneiden, wie sehr wirtschaftliche Bedürfnisse sich manchmal „ethnisch scheiden“, weshalb in unserem Lande stets die Möglichkeit (und die Gefahr) besteht (man hat's ja schon oft erleben können), daß abstrakt soziale Forderungen ethnisch umstrukturiert werden (können) und auf der anderen Seite auf den ersten Blick rein „ethnische Bedürfnisse“ ökonomische Interessen (der Massen) verbergen. **Das enge dialektische Verhältnis zwischen ethnischer Frage und ökonomisch-klassennmäßiger Interessenslage ist heute wohl eines der theoretischen und praktisch-politischen Hauptprobleme der Südtiroler Linken.**

Daß an diesem Engpaß keine Abklärung und keine Vereinfachung vorbereitet wird, meines Erachtens im Buche Flavia Pristingers klar dargelegt; sie selbst leistet mit ihrer Arbeit jedoch einen großen (ich würde sagen: enormen) Beitrag zur sachlich-wissenschaftlichen Ergründung dieses Problems. Vor allem auch der Abschnitt zur Frage „Gesellschaftliche Klassen und ethnische Komponenten“ (Seite 102 ff.) ist in diesem Zusammenhang von großem Interesse und zeigt, wie in einem „**pluriethnischen Kontext**... sich sehr oft ethnische Interessen und Klasseninteressen, die meist nur schwer voneinander isolierbar sind, überschneiden und verknüpfen“ und wie im Falle Südtirols „die Existenz von sozialer Differenzierung innerhalb der Gruppe das Verhältnis zwischen Klasseninteressen und ethnischen Interessen sehr kompliziert und oft un-deutlich erscheinen läßt“ (Seite 72).

Die Wurzeln einer Hegemonie

Als äußerst interessant erweist sich auch das Kapitel, das die Autorin der SVP widmet. Auch hier zeigt sie (nei-

nes Erachtens) auf, wie vielschichtig die (gesellschaftliche, geschichtliche und ideologische) Kraft dieser Partei ist. Dieser politischen Formation war und ist fast ausschließlich die Vermittlung zwischen Minderheit und Staat anvertraut. Flavia Pristinger identifiziert zwei Säulen, auf denen die breite, tendenziell totale Hegemonie der SVP im wesentlichen gründet: ihre **Ideologie** zur Sicherung der Zustimmung und ihre enge **Verbindung zum gesellschaftlichen Bereich**.

Die Minderheit hat im Laufe der Zeit einen Schlüssel-Begriff verinnerlicht, der sich rasch zu ihrem Vermögen an „ethnischen“ Werten gesellt hat. Es handelt sich um die Überzeugung, daß die Aussichten auf ein Überleben und eine Entfaltung der deutschen Volksgruppe untrennbar an die Existenz der „Sammelpartei“, der SVP, gebunden sind, die sich umstände zeigt, die vielfältigen, innerhalb der Südtiroler Gesellschaft bestehenden Interessen untereinander zu vermitteln und nach außen zu verteidigen“ (Seite 57). Es handelt sich dabei um eine echte „ethnische Erpressung“, die bislang die politische Ausdehnung der Südtiroler stark beeinflußt hat: absolutes Zustimmung zur SVP oder Untergang der Volksgruppe! Diese „ethnische Erpressung“ erwies (und erweist sich) als mächtiges (ideologisches) Instrument zur Kontrolle der Zustimmung, mit welchem die SVP nach und nach ihre eigene Hegemonie konsolidiert und verteidigt hat. Diese Ideologie läßt sich im wesentlichen als „interklassistische“ Gesellschaftsauffassung auf ethnischer Basis bezeichnen. Aber die ethnische Komponente erschöpft nicht zur Gänze die Grundlagen dieser

Ideologie. In ihr wirkt auch ein „Interklassismus“ katholischer Prägung (die sogenannte „Katholische Soziallehre“) und vermischt sich mit ihr. Diese interklassistische Position besitzt also tiefere geschichtlich-kulturelle Wurzeln und entspricht der Suche nach einer internen Vermittlung der bäuerlichen Interessen (und innerhalb dieser, der Interessen der Klein- und Großbauern), der Interessen des Tertiärsektors und in letzter Zeit auch der Industrie (Seite 58).

Im Rahmen einer offeneren Vertretung auch gesellschaftlich-ökonomischer Interessen ist in letzter Zeit noch eine weitere ideologische Komponente hervorgetreten: der (allergrößte) Antikommunismus. Er scheint seine Hoffnungen einerseits auf die Ängste der kleinbürgerlich-bäuerlichen Gesellschaftsstruktur unseres Landes und andererseits auf den verbreiteten, verwurzelten, tendenziell konservativen Katholizismus sowie auf die einderartige Kontrolle und partizipolitische Handhabung der Informationsmittel zu setzen. Aber auch hier wird nur zum Teil mit offenen sozial-politischen Argumenten gearbeitet: teilweise werden (sogar sehr stark) ethnische Motivationen gebraucht, so daß sich der SVP-Antikommunismus nicht selten als eine neue Variante des SVP-Nationalismus (und nicht nur der SVP-Wirtschaft) darstellt.

Verhältnis Partei — Gesellschaft

Die SVP-Hegemonie läßt sich jedoch nicht allein mit der Vormacht- oder Monopolstellung ihrer ideologischen

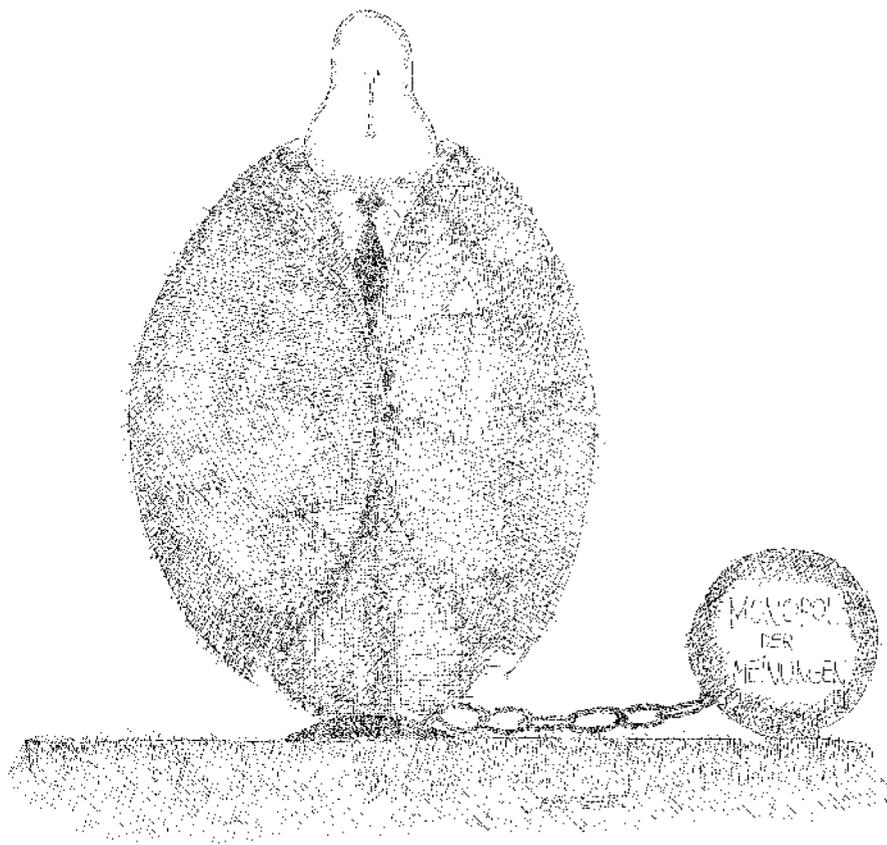
Apparate erklären. Die Südtiroler geben dieser politischen Kraft ihre breite Zustimmung (läßt sich nicht leugnen) nicht nur deshalb, weil sie täglich mit SVP-Ideologie überhäuft und „ethnisch erpresst“ werden.

Die SVP unterhält eine enge Verbindung zum gesellschaftlichen Gewebe Südtirols! Sie zeigt uns eine „Situation der starken Integration zwischen Partei und gesellschaftlichem Bereich“ (Seite 61). Die Autorin mißt diesem Aspekt breite Bedeutung zu. Und mit Recht, wie mir scheint. Die mangelnde oder ungenügende Einsicht in diese (etwa wichtige) Seite des Mechanismus, über welchem die Hegemonie der SVP aufgebaut worden ist und täglich reproduziert wird, hat es größtenteils mit sich gebracht, daß die Südtiroler Linke weder in ihrer kulturellen noch in ihrer spezifisch politischen Initiative in der Südtiroler Gesellschaft richtig Fuß fassen konnte und statt dessen sehr oft zu einem mehr oder weniger (mit einigen Ausnahmen, versteht sich) sterilen, unverstandenen Avantgarde-Dasein verurteilt war.

Laut Flavia Pristinger (man kann ihr wohl recht geben) weist die Südtiroler Gesellschaft einen stark „korporativen“, sektoralisierten Charakter auf, an welchem sich die Partei in ihrer Struktur und inneren Zusammensetzung eng anschmiegt. Andererseits herrscht jedoch in dieser Gesellschaft ein hoher Grad an Partizipation, eine „zivile Partizipation“ (partecipazione civile), wie die Autorin präzisiert (Seite 69). Also eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, die sich im Hinblick auf eine Bestätigung der bestehenden gesellschaftlichen Artikulierung abwickelt, aber sehr aktiv ist. Sie drückt sich vor allem in kapitalen Vereinswesen aus (Theatervereine, Sportvereine, Kulturvereine, Bauernbund, Musikkapellen, KVV, kirchliche Vereine, Volkshochschule, Schützen usw.).

Dieser sehr verbreiteten Partizipation am gesellschaftlichen Leben fehlt jedoch fast vollkommen die politische Dimension: die lange Tradition der korporativen Vertretung von Interessen in Tirol begünstigte und begünstigt dieses „Fehlen einer sozialen Polarisation der Politik“ (Seite 58) und folglich auch die Verbergung der realen Klassenlage. Daraus ergibt sich ein „hoher Grad der Integration von gesellschaftlichem Bereich und politischer Struktur“ (Seite 68). Die „zivile Partizipation“ erweist sich somit als äußerst funktional im Hinblick auf die Hegemonie der „Sammelpartei“: Klassen gibt es keine, statt dessen redet man von „Ständen“ (auch „Profili“ wolle von einem Arbeiterstand zu erzählen), deren Interessen sich in „privater“, eben korporativer Solidarität verbinden, während die „politische“ Vertretung allein an die Partei delegiert wird.

In dieser Verquickung von Gesellschaft und „Sammelpartei“, die „im Entstehen eines im wesentlichen ein-



heillichen politischen Bedürfnisses“ (Seite 37) der deutschen Volksgruppe ihre Ursprünge hat, liegt die Stärke der SVP-Hegemonie und zugleich die Problematik einer jeden fortschrittlichen Position, die in die deutsche Volksgruppe „eindringen“ möchte.

Unvorsichtige oder falsche Schritte können in diesem komplizierten Netz von ethnischen, sozialen, ökonomi-

schen, ideologischen und politischen Faktoren eine Kettenreaktion von Verschlussmechanismen auslösen, die ein „Eindringen“ unmöglich machen oder zumindest enorm erschweren. Hier liegt wohl die Hauptschwierigkeit der Südtiroler Linken, und hier liegt auch ein Grund mehr, das Buch von Flavia Pristinger nicht nur zu lesen, sondern auch zu studieren.

Josef Stricker

Christentum und Eigentum

Unsere Gegenwart kann man als eine ausgesprochen soziale Zeit bezeichnen. Noch selten sind die sozialen Fragen solchermaßen in den Vordergrund getreten wie gerade heute, doch selten haben sich Christen und Nichtchristen in solcher Intensität um neue soziale Wertmaßstäbe bemüht. Einhelligkeit gibt es dabei freilich nicht. Als Beweis dafür verweise ich auf die Eigentumsfrage, die nicht erst seit Karl Marx die soziale Auseinandersetzung beherrscht und an der sich die Geister scheiden auch innerhalb der christlichen Kirchen. Die Frage, wie hast du's mit dem Eigentum? hat im Christentum von allem Anfang an einen wichtigen Platz eingenommen; die Antwort darauf ist allerdings alles eher als einmütig. Leo XIII. zum Beispiel beginnt seine Enzyklika „Rerum Novarum“ (1891) mit einer großangelegten Verteidigung des Rechtes auf Privateigentum. Vierzig Jahre später greift Pius XI. die Gedankengänge Leos auf und baut sie in seinem Rundschreiben „Quadragesimo anno“ weiter aus. Beide Päpste haben die katholische Soziallehre des 20. Jahrhunderts wesentlich geprägt und beigetragen, daß die Eigentumsproblematik verstanden als Recht auf Privateigentum ungebührlich in den Vordergrund geschoben wurde. Wenn verschiedenlich Unternehmer und konservative Politiker zur Verteidigung ihrer Interessen die katholische Soziallehre bemühen, meinen sie den eben aufgezeigten Aspekt. Leo XIII., Pius XI. und Pius XII. (Pfingstbotschaft 1941) nehmen zur Eigentumsfrage aus einer reinen Defensivhaltung heraus Stellung. Das von ihnen proklamierte Recht auf Eigentum richtet sich beinahe ausschließlich gegen die Auffassung des marxistischen Sozialismus. Diese Stoßrichtung war für die Kirche insgesamt gesehen verhängnisvoll und hat ihr nicht zu Unrecht den Ruf eingebracht, sie paktiere mit der Kapitalseite.

Hatten die Päpste von Leo XIII. bis Pius XII. philosophisch argumentiert, beginnt mit Johannes XXIII. ein neuer Abschnitt. Er erreicht mit der Konzilskonstitution „Gaudium et spes“ und dem Rundschreiben „Populorum

progressio“ seinen Höhepunkt. Die philosophische Argumentation weicht zu Gunsten einer pragmatischen Sicht der Probleme. Auch kann eine vorsichtige Verlagerung vom Eigentum zur Arbeit festgestellt werden. Die Ausweitung des Blickfeldes wird nun endgültig weltweit. Die Eigentumsproblematik wird nicht zuletzt unter dem Eindruck der Allmacht der multinationalen Konzerne neu formuliert. Die soziale Verpflichtung des Eigentums wird stärker betont. Mehr als für einen moralischen Appell, mit dem Eigentum maßzuhalten, reicht es allerdings kaum. Positiv kann vermerkt werden, daß das Konzil trotz starken Drucks das „natürliche“ Recht auf Eigentum nicht erneut bestätigt hat; die Enzyklika „Populorum progressio“ stellt eine scharfe Verurteilung des Liberalismus dar; „Octagesima adveniens“ erkennt mit aller Vorsicht die Legitimität einer sozialistischen Option für Christen an. Was der Kirche heute weitgehend fehlt, ist nicht so sehr die soziale Theorie, sondern eine auf die heutige Zeit zugeschnittene soziale Praxis. Soll die heute so modische „christliche Soziallehre“ auch wieder Sozialpraxis werden, wird sie mehr als bisher die Grundlagen der eigenen frühchristlichen Sozialgeschichte befragen müssen, wenn sie „christliche“ Soziallehre (Praxis) bleiben will.

Eigentum und Reichtum im Alten Testament

In der Predigt der Propheten spielt das Eigentum und damit verbunden die Auseinandersetzung mit den Reichen eine zentrale Rolle. Bereits im 8. Jahrhundert v. Chr. greift der Prophet Amos in unüberbietbarer Schärfe die Unterdrückung und Ausbeutung der armen Bevölkerung durch die reichen Großgrundbesitzer und die königlichen Beamten an. Jahre später setzt Jesaja die soziale Drohpredigt des Amos fort. Er geißelt die Parteilichkeit der Grundbesitzer und die Bestechlichkeit der Richter. Sätze wie: Wehe denen, die Haus an Haus reihen, die Feld und Feld verkoppeln bis kein Platz mehr ist... Wehe denen, die Unheilssatzungen festsetzen und Anordnungen des Leides verschreiben,

um die Sache der Schwachen zu beugen und meines Volkes Blinden Recht zu rauben, damit die Witwen ihre Beute sind und sie die Weisen ausplündern, solche Worte lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die soziale Predigt der Propheten bleibt nicht wirkungslos; sie findet zumindest teilweise ihren Niederschlag in der jüdischen Gesetzgebung.

Im israelischen Recht finden wir Institutionen wie z.B. das Sabbatjahr, die uns über die Eigentumsordnung des alten Israel Auskunft geben können. Alle sieben Jahre sollte der Grundbesitz neu verteilt werden. Begründet wird diese Forderung damit, daß Jahwe (Gott) der alleinige Besitzer des Landes sei und folglich den einzelnen Familien Grund und Boden nur zur Bearbeitung überläßt. Es gibt also im alten Israel kein Eigentum an Grund und Boden.

Eigentum und Reichtum in der Verkündigung Jesu

Die Evangelien lassen uns über den historischen Jesus in vielen Dingen im unklaren, trotzdem können wir einige Tatsachen genau, z. B. die Geburt im dürftigen Stall und den Tod am Verbrecherkreuz, gewiß ist auch, daß er eine kurze Zeit als Prediger herumwanderte und die Massen in seinen Bann zog. Sicher sind weiter die Daten seiner Gefolgschaft: Arme, Benachteiligte aller Art, Verstoßene, Außenseiter, kleine Leute. Ebenfalls sicher sind seine Gegner: Pharisäer, Sadduzäer, Sätze und Besitzende, kurzum die Herrschenden. Sie empfanden Jesus als einen Aufwiegler, als einen Provokateur. Warum wohl? Auch das wissen wir genau: Jesus ist ein radikaler Ethiker und deshalb unbequem und gefährlich. Er entwirft Verhaltensweisen für den Augenblick, für den Tag, für alle Zeiten. Er ist der Unruhefister, der keine Hierarchien, keine herkömmlichen Moralitäten, keine Privilegien kennt. Was er sagt, ist verständlich und einfach. Was er sagt, ist aber auch Protest gegen den Mamon und andere falsche Götzen der Materialität. Er ist Brandstifter des Geistes im größten Ausmaß. Da geistige Brandstiftung damals genausowenig wie zu anderen Zeiten gefragt war, erleidet er als Aufrührer den Henkertod.

Aus zeitgenössischen Quellen etwa des Josephus Flavius wissen wir, daß Palästina zur Zeit Jesu von scharfen politischen, sozialen und religiösen Gegensätzen erfüllt war. Der königliche Hof und der am Hof praktizierte Luxus verschlangen astronomische Geldsummen, die durch unzählige Steuern und andere Abgaben eingetrieben wurden. Die an Habgier kaum zu über treffenden hohepriesterlichen Familien erwarben ihren Reichtum durch die Ausbeutung der Festpilger und durch die rücksichtslose Unterdrückung des niederen Tempelklerus. Der aus dem Regierungsapparat, den Großhändlern und Grundbesitzern zusammengesetz-

ten Oberschicht stand ein riesiges Proletariat gegenüber, das vorwiegend auf dem Lande, aber auch in Jerusalem anzutreffen war. Das Steuersystem ist die Erklärung dafür, daß die Masse der Bevölkerung trotz ausreichender Bodenfruchtbarkeit in enstetlicher Armut lebte. Die übertriebenen Abgaben und die fortlaufenden Preissteigerungen machten das Leben der werktätigen Bevölkerung auf dem Lande und in der Stadt äußerst schwierig.

Auf diesem Hintergrund muß die Praxis Jesu und sein Verhalten zu Eigentum und Reichtum gesehen werden. Es fällt auf, daß Jesu Kritik an Eigentum und Reichtum besonders radikal ist. Er spricht öfters vom ungeordneten Mammon (Besitz) und wendet sich in äußerster Schärfe gegen ihn. Der Besitz hat nach Jesus dämonischen Charakter, weil er die Menschen bindet, deren Blick für die Not des Nächsten verdunkelt und gegenüber dem Ruf der Gottesherrschaft verschließt. Jesu greift die Reichen und Satten mit Weheufen an (Lk. 6, 24). Die Geschichte vom reichen Mann und dem armen Lazarus (Lk. 16, 19-31), vom reichen Kornbauern (Lk. 12, 16-21) oder die Aussage, leichter kommt ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Reicher in das Reich Gottes (Mk. 10, 24) ist eine scharfe Herausforderung an die Reichen. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß im Alten und im Neuen Testament der Begriff „Armut“ in einem theologischen (nicht ökonomischen) Sinn zum zentralen Fundament der prophetischen Kritik wurde. Als ein Beispiel unter vielen seien nur die berühmten Verse aus dem Magnifikat zitiert, die das befreiende Wirken Gottes mit folgenden Worten umschreiben: Er stürzt die Mächtigen vom Throne und erhöht die Niedrigen; die Hungrigen sättigt er mit Gaben und die Reichen läßt er leer ausgehen (Lk. 1, 52). Es ist erstaunlich, wie die biblische Theologie hier gegen die Privateigentumsvorstellung ihrer antiken Umwelt Stellung nimmt. Denn diese Umwelt war eine Sklavenhaltergesellschaft und wurde von jenen repräsentiert, die infolge ihres Eigentums (an Dingen und Menschen) ein arbeitsfreies Leben führen konnten.

Allen Aussagen zum Trotz liegt das Revolutionäre von Jesu Kritik an Eigentum und Reichtum nicht in seiner Lehre, sondern in seiner Praxis. Er schließt neue wirtschaftliche Beziehungen unter seinen Jüngern. Diese Beziehungen werden klassisch formuliert im Bericht von der Brotvermehrung und der Einsetzung der Eucharistie. Im ersteren kommt die Negierung des Warenverkehrs zum Ausdruck, in dem der Güterstand durch Geld geregelt wird. An Stelle des Warenverkehrs tritt das Schonkungssystem, in welchem alles allen gehört. Jesu und seine Jünger stehen vor einer hungrigen Volksmasse. Die Hunger schlagen vor, die Leute wegzuschicken, damit sie sich etwas kaufen. Jesu antwortete ihnen: Wieviel Brote

habt ihr? Gebt ihnen. Das Brot wird verteilt, die Volksmenge gesättigt. Die Bewegung, die der Text ausdrückt, ist klar. Es handelt sich um den Gegensatz: mit Geld kaufen/geben was man hat. Zweitens: Eucharistie heißt brüderliche Gemeinschaft von Jüngern, bei der künftig Jesu unter ihnen sein wird, wenn sie das Brot gemeinsam teilen und von seiner Praxis erzählen. Jesu Praxis ist eine fortwährende Uniformierung des Systems der gesellschaftlich sanktionierten Positionen, weil die Ausgeschlossenen (Wahnsinnige, Kranke, Unreine, Arme ...) integriert und die herrschenden Kräfte bedroht werden. Ein wichtiges Element seiner Praxis liegt in der Behauptung, daß die Macht und das Leben nicht auf Seiten der Herrschenden, der Reichen, der Meister, der Führer, sondern auf der Seite der Kleinen, der Kinder, der Diener sind. Dadurch, daß Jesu die Gewalt denunziert, auf sie verzichtet und sie zwingt, ihr Spiel aufzudecken, erscheint er als derjenige, der das Opfersystem beendet und einen Lebensraum der Versöhnung schafft, in dem Gerechtigkeit möglich ist (Michel Clevener).

Eigentum und Reichtum in der Urgemeinde

Daß die Praxis Jesu keine isolierte Episode war, zeigen die Anfänge der Urgemeinde in Jerusalem. In Apg 2, 44 heißt es, die Jünger hatten alles gemeinsam. Damit wird einer völligen Gütergemeinschaft das Wort geredet. Ernst Tröltzsch hat diese Form von Gütergemeinschaft erstmals als Liebeskommunismus bezeichnet. Selbst Bloch, der atheistische Philosoph, war von dieser Liebesgemeinschaft der ersten Christen tief beeindruckt und schreibt darüber in seinem Werk „Das Prinzip Hoffnung“ folgende Sätze: „Diese Gemeinde, liebeskommunistisch aufgebaut, will keine Reichen, doch auch keine Armen im erzwungenen und entbehrenden Sinn. Keiner sagte von seinen Gütern, daß sie sein wären, und die Güter sind aus Spenden gesammelt ausgerechnet für die kurze Frist, die Jesu der alten Erde noch übrigließ. Der Satz von den Lilien des Feldes, den Vögeln des Himmels ist keineswegs wirtschaftlich naiv, er ist vielmehr schwärmerisch überlegt. Denn wenn die Fülle derer, die die Welt und ihre Sorgen begraben, vor der Tür stehen, wird die wirtschaftliche Vorsorge für übermorgen dünn.“ Die Jerusalemer Urgemeinde setzt in diesem Punkt die freie Haltung Jesu gegenüber den Gütern dieser Welt fort. Daß auch in der Gütergemeinschaft Probleme auftauchen können, beweist Apg 6, 1 ff. Dort wird berichtet, daß die griechisch sprechenden Witwen bei der täglichen Versorgung benachteiligt wurden und es folglich zu Streitereien kam. Wenn diese Form der Gütergemeinschaft schließlich in sehr große Schwierigkeiten kam und sich allmählich auflösen begann, dann deswegen, weil ihr eine feste Or-

ganisation und eine gemeinsame Produktion fehlte.

Eigentum und Reichtum bei den Kirchenvätern

Leider sind die Sozialauffassungen der Kirchenväter weitgehend unbekannt. Sicher nicht zufällig. Wer sie kennt, wird Jürgen Moltmann recht geben, der anerkennend feststellt, daß das Christentum in der Eigentumsfrage so konservativ keineswegs gewesen sei, wie ahnungslose Marxisten ihm vorwerfen und nicht weniger ahnungslose Theologen bedauern. Der erste Kirchenvater, der zur Eigentumsfrage Stellung bezieht, ist Clemens, Vorsteher der berühmten Katechetenschule in Alexandria. Er schrieb um 200 in seiner Mahnrede an die Heiden: „Gib den Bedürftigen ohne Murren und ohne Unterscheidung, denn von Natur aus ist jedes Privateigentum ein Unrecht.“ Denselben Gedanken baue hundert Jahre später Basilius der Große, ein sozial engagierter Kirchenpolitiker, sein Bruder Gregor, Bischof von Nyssa und Gregor von Nazianz ein. Alle drei gingen als die drei großen Kappadozierer in die Kirchengeschichte ein. Alle drei verdammen die Habsucht und stellen das Privateigentum radikal in Frage. So schrieb Basilius: „Der Habüchtige beruft sich auf das Eigentumsrecht; ein unbeschränktes Eigentumsrecht besteht aber nicht zu Recht, ist vielmehr Raub an anderen“. Die ersten Kirchenväter nahmen somit Proudhons These „Eigentum ist Diebstahl“ Jahrhunderte vorher beinahe wörtlich vorweg. Ambrosius, Erzbischof von Mailand (um 400) hat in seiner Schrift über die Pflichten der Kirchenväter dieselbe Auffassung auf die überzeugende Kurzformel gebracht: „Die Natur hat das Gemeinschaftsrecht hervorgebracht, die Anmaßung hat das Privateigentum erzeugt“. Bei Hieronymus, dem wohl gelehrtesten unter den lateinischen Kirchenvätern, finden wir etwa Sätze wie: „Wenn du mehr hast, als du für Nahrung und Kleidung nötig hast, gib es heraus und erkenne, daß du in diesem Mehr ein Schuldner bist“ oder „Aller Reichtum rühlet von der Ungerechtigkeit her und wenn der eine nicht verloren hat, wird der andere nicht finden“. Der Kirchenvater, welcher am ausführlichsten und wohl auch am konsequentesten die Eigentumsproblematik behandelt, ist Johannes Chrysostomus, Erzbischof von Konstantinopel, gestorben 407 n. Chr. Seine Parteinahme für die Armen und Ausgebeuteten brachte ihn in Konflikt mit dem in Luxus schwelgenden kaiserlichen Hof. Der unbegabte Denker und Prediger wurde deswegen zweimal in die Verbannung geschickt. Er gilt als einer der größten Prediger der Christenheit. Wie Hamman, einer der besten Kenner der Patristik, schreibt, ist Chrysostomus derjenige unter den Kirchenvätern, dessen Predigtwerk am wenigsten veraltet ist. Seine Moral- und Sozialpredigten scheinen heute verfaßt zu sein. Ich bringe zwei Beispiele.

In seiner 12. Predigt über den ersten Brief an Timotheus setzt sich Chrysostomus mit der Entstehung von Reichtum auseinander: „Sag mir, woher stammt dein Reichtum? Du verdankst ihn einem anderen? Und dieser andere, wem verdankt er ihn? Seinem Großvater, sagt man, seinem Vater. Wirst du nun im Stammbaum weit zurückgehend den Beweis erbringen können, daß dieser Besitz auf gerechtem Weg erworben ist? Das kannst du nicht. Im Gegenteil, der Anfang, die Wurzel desselben liegt notwendigerweise in irgendeinem Unrecht. Warum? Weil Gott von Anfang an nicht einen reich, den anderen arm erschaffen und keine Ausnahme gemacht hat..., sondern allen dieselbe Erde zum Besitz überlassen hat. Wenn also diese Gemeingut aller ist, woher hast du dann so und so viel Tagwerke davon, dein Nachbar aber keine Scholle Land. Betrachte einmal den Haushalt Gottes. Er hat gewisse Dinge zu einem Gemeingut gemacht, z. B. Luft, Sonne, Wasser, Erde, Himmel, Licht, Sterne — das verteilt er gleichmäßig wie unter Brüdern. So wie aber einer etwas an sich zu ziehen versucht und es zu seinem Privateigentum macht, hebt der Streit an. Also ist die Gütergemeinschaft in höherem Maße die angemessene Form unseres Lebens als der Privatbesitz, und sie ist naturgemäß. Aber um auf den Reichtum zurückzukommen. Wie wäre es denkbar, daß der Reiche ein guter Mensch ist? Das ist unmöglich. Solange er bloß besitzt, kann er kein guter Mensch sein.“

In seiner im Jahre 400 gehaltenen 11. Predigt über die Apostelgeschichte setzt sich Chrysostomus mit dem Kommunismus der ersten Christen auseinander. In dieser Predigt tritt der Bischof mit einer — wie Konrad Farner sagt — ausgereiften kommunistischen Theorie auf, die nicht nur kommunistische Verteilung und Verbrauch, sondern auch Ansätze zur kommunistischen Produktion vorsehen. Es ist nun ein Kommunismus, der nicht mehr wie der urchristliche in Erwartung des baldigen Weltendes negativ ausgerichtet ist, sondern positiv im Sinne der Verwirklichung im Diesseits. Erzbischof Chrysostomus schreibt: „Gnade ruhte auf ihnen allen, weil sie keinen Mangel litten. Sie gaben nicht bloß einen Teil nach eigenem Gutdünken für sich; sie gaben alles, nichts als ihr Eigentum betrachtend. Sie verjagten die Ungleichheit aus ihrer Mitte und lebten in voller Harmonie... Wir wollen jetzt hier einen Plan entwickeln, alle sollen ihre Habe verkaufen und den Erlös der Gemeinschaft einbringen. Ich schätze, wenn alle Männer und Frauen ihre Habe hergaben, ihre Ländereien, Besitzungen und Häuser — Sklaven zähle ich selbstverständlich gar nicht dazu, denn sie sind wie damals in Jerusalem einfach freizulassen — dann würde vielleicht eine Million oder zwei oder drei Millionen Pfund Goldes zusammenkommen... Wieviel Einwoh-

ner hat unsere Stadt? Wie viele Christen? Und wie viele Arme haben wir? Um diese zu ernähren, wieviel wäre dafür aufzuwenden. Wenn Versorgung und Verpflegung gemeinsam organisiert wird, werden die Kosten nicht sehr bedeutend sein können. Auf eines will ich noch hinweisen, die Zersplitterung der Güter verursacht größeren Aufwand und dadurch die Armut. Nehmen wir ein Haus mit Mann, Frau und zehn Kindern; sie betreiben Weberei, er erwerbe außerhalb des Hauses seinen Unterhalt. Brauchen sie mehr, wenn sie außerhalb des Hauses gemeinsam oder getrennt wohnen? Doch wohl, wenn sie getrennt leben. Wenn die 10 Kinder auseinandergehen, brauchen sie zehn Häuser, zehn Tische und alles andere in gleichem Maße vervielfacht. Wie macht man es denn heute schon mit einer größeren Anzahl von Sklaven? Läßt man diese nicht zusammen an einem Tisch essen, um Kosten zu sparen?... Folget mit mir und wir werden das Werk vollbringen, und wenn mir Gott das Leben gibt, werden wir, so hoffe ich, ein solches Gemeinwesen schaffen.“ Es sollte nicht mehr dazu kommen. Chrysostomus mußte das zweite Mal in die Verbannung und starb auf dem Wege dorthin. Es ist interessant festzustellen, daß in der Kirche die Eigentumsvorstellungen des Johannes Chrysostomus einfach totgeschwiegen oder als idealistische Schwärmereien (so Otto Schilling) abgetan wurden. In einem Punkt sind die Sozialauffassungen alle identisch: Gemeinbesitz stellen sie über den Privatbesitz, die Sozialethik über die Individualethik. Aus einer evangelischen Haltung heraus, die den Reichtum nicht schätzt, optierten sie für das Gemeineigentum. Es geht den Kirchenvätern in erster Linie um das Heil des Menschen; dieses Heil steht aber nicht als solches nur auf dem Altar, es ist nicht nur ein rein geistiges Heil, sondern es findet sich inmitten der Geschichte.

Eigentum und Reichtum bei Thomas von Aquin

Selbst Thomas von Aquin, dessen Lehrgebäude das Kirchendenken bis zum 2. Vatikanischen Konzil herauf entscheidend geprägt hat, ordnet in seiner Summa Theologiae das Gemeineigentum dem primären absoluten Naturrecht zu und bezeichnet das Privateigentum nur als eine menschliche Hinzufügung, als sekundäres Naturrecht. Damit nimmt Thomas von Aquin das soziale Gedankengut beider Testamente und der Kirchenväter auf. Die Kirche hat im Laufe ihrer Geschichte diese Zweiteilung nie ganz vergessen, aber das „sekundäre Naturrecht“ schob sich immer stärker in den Vordergrund, obwohl Franz von Assisi gegen die Vergöttlichung des Privateigentums durch das entstehende Bürgertum in der Zeit des Frühka-

pitalismus in eine unerhörte kühne Opposition getreten ist.“

Das soziale Engagement war und ist im Christentum immer da; diese Linie zieht sich hin von Jakobus und den Kirchenvätern über Franz von Assisi und Thomas Müntzer, über Thomas Morus und Campanella bis zu den religiösen Sozialisten und den Vertretern der Befreiungstheologie. Diese Linie ist aus dem Christentum nicht wegzudenken, sie ist bloß beiseitegeschoben worden durch eine restaurativ ausgerichtete Kirchengeschichtsschreibung.

Zusammenfassung

Das Christentum ist geographisch im griechisch-römischen Raum entstanden und groß geworden. Von daher war die Gefahr einer Vermischung zwischen ihm und dem römisch-rechtlichen Eigentumsverständnis immer gegeben. Als nun in einem längeren Prozeß viele römische Rechtsvorstellungen auch vom Christentum übernommen wurden, befand sich nicht zuletzt auch die Auffassung vom Eigentum darunter. Gegen die Verklammerung richtet sich die religiöse Kritik schon im Alten Testament und im Neuen Testament. In den ersten Jahrhunderten wehrten sich viele Kirchenväter unter Berufung auf die biblische Kritik gegen eine Übernahme der Privatrechtsvorstellung aus der hellenistisch-römischen Umwelt. Unter Kaiser Justinian (um 500) wurde die römische Eigentumsvorstellung für das gesamte byzantinische Reich und seine Hofkirchen verbindlich. Unwirksam blieb das römische Recht aber im germanischen Kulturbereich, was dazu führte, daß fast im gesamten Mittelalter dem Eigentum keine absolute Gültigkeit zugemessen wurde. Erst im 16. Jahrhundert hielt das römische Eigentumsrecht im europäischen Rechtsdenken endgültig Einzug. Den Höhepunkt in der Privateigentumsvorstellung erreichte die bürgerliche Gesellschaft der Neuzeit, in der Eigentum als die unveräußerliche Grundlage der Gesellschaft betrachtet wurde. So proklamierte die Französische Revolution von 1789 das Eigentum als das heiligste aller Rechte. Hinter dieser Entwicklung steht die Weltanschauung des Individualismus, der den Einzelnen als die letzte, unteilbare Größe der Gesellschaft ansieht. Dieser Eigentumsbegriff ist nicht auf dem Boden des Christentums gewachsen. Weder der rechtliche Begriff des Privateigentums noch die individualistische Auffassung, die er in der Neuzeit erfahren hat, sind also legitime Früchte christlichen Geistes, sagt Wilhelm Dantone. Eigentum als ideologischen Grundpfeiler der Gesellschaft zu sehen, ist christlich nicht vertretbar, denn Eigentum konstituiert weder die Freiheit der Person, noch stellt es das verlässliche Fundament für eine humane Gesellschaft dar. Es muß daher mit christlichen Gründen nicht verteidigt werden.

Unsere Aufgabe — Ihre Chance

Unternehmensbereich Fernschreib- und Signaltechnik

Ingenieur-Absolventen
von Universitäten und
Polytechnischen Anstalten
der Fakultäten
Elektrotechnik, Elektronik,
Nachrichtentechnik und
Informatik

Zum Ausbau unserer Entwicklungslaboratorien
in München suchen wir

Hardware- und Software-Entwickler

für folgende zukunftsorientierte Aufgabengebiete:

- Vermittlungs- und Übertragungsmodule für öffentliche und innerbetriebliche Text- und Datennetze
- Elektronische Text- und Schreibstationen (intelligente Terminals) mit neuartigen Druckverfahren
- Einsatzleitsysteme für Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste
- Datenbank- und Programmsysteme für die Straßenverkehrstechnik

Die Entwicklung unserer Produkte und Systeme basiert auf modernsten Technologien wie:

Mikrocomputern,
hochintegrierten Halbleitern,
Bubblespeichern,
Diskettenspeichern,
analogen Regelsystemen.

Nach gründlicher Einarbeitung werden Sie eigeninitiativ in einem Team von Fachleuten ein nicht alltägliches Aufgabengebiet bearbeiten. Das spezifische Wissen vermitteln wir Ihnen am Arbeitsplatz und in Kursen.

Anfragen und Bewerbungen
richten Sie bitte an

Siemens AG
F Personalabteilung
Hofmannstraße 51
8000 München 70

Bemerkungen zum Pariser Vertrag

„Der Gedanke, diesem Problem (der nationalen Minderheiten) dadurch beizukommen, daß man den von der Minderheit bewohnten Gebietsteil vom Staatsgebiet abstrennt, stammt aus der Blütezeit des nunmehr fast verstaubten Nationalstaatsgedankens.“

Herbert Michler, „Südtirol als Völkerrechtsproblem“, Styria, Graz 1962, Seite 72.

Der zwischen Österreich und Italien am 5. September 1946 in Paris abgeschlossene Vertrag soll im folgenden unter dem Gesichtspunkt der Vertragserfordernisse, so wie sie im Artikel 1325 des italienischen Bürgerlichen Gesetzbuches aufgezählt sind, untersucht werden. Diese Erfordernisse sind: 1. die Willenseinigung; 2. der Rechtsgrund; 3. der Gegenstand; 4. die Form. Völkerrechtsverträge heben nämlich nicht die allgemeinen Rechtsgrundsätze auf, sondern setzen sie voraus. Die im italienischen Recht gemachte Unterscheidung erweist sich im vorliegenden Fall als besonders ergiebig (1).

Zur Feststellung der Willensübereinstimmung ist bei völkerrechtlichen Verträgen wohl vor allem der Wortlaut maßgeblich (2). Der zwischen Österreich und Italien verbindliche Wortlaut ist in englischer Sprache abgefaßt (3). Er soll hier als Grundlage dienen (4).

Es ist ferner unerlässlich, sich die Lage Südtirols zur Zeit des Vertragsabschlusses vor Augen zu halten. Südtirol war damals seit Beginn des Jahres 1946 rechtskräftig unter italienischer Verwaltung (5), im wesentlichen aber unter alliierter Aufsicht, schon seit dem 2. Mai 1945 (6). Im wesentlichen (7) war auch die italienische zentral- und nationalstaatliche Gesetzgebung (8) seit Ende des 1. Weltkrieges ununterbrochen in Kraft, allerdings gemildert durch die Statthalterverordnungen für den Unterricht in den Volksschulen und für den Gebrauch der deutschen Sprache in den Gemeinden aus dem Jahre 1943 (9). Seit Beginn ihrer politischen Handlungsfähigkeit am 11. September 1945 hatte die provisorische österreichische Regierung von Dr. Renner die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für Südtirol erhoben (10). Diese Forderung und jene der Abtretung des Puster- und oberen Eisacktales samt Brixen waren zwar schon von der alliierten Außenministerkonferenz abgewiesen worden (11), jedoch blieb die Hoffnung auf die Friedenskonferenz (12), vor der Außenminister Dr. Karl Gruber am 21. August 1946 den österreichischen Standpunkt vorgetragen hatte (13). Im Raum Trentino-Südtirol waren verschiedene Autonomie-Entwürfe entstanden (14), einer davon im Auftrag der Regierung (15), ein anderer

sogar von maßgeblicher deutschstädtlicher Seite (16). Auch Österreich hatte für den Fall einer Rückgliederung den Italienern „die volle kulturelle Autonomie“ zugesichert (17), dann ein österreichisch-italienisches Kondominium vorgeschlagen (18). Schließlich war zur damaligen Zeit infolge der Optionen die Staatsbürgerschaftsfrage für die große Mehrheit der Südtiroler noch offen (19).

Die im Wiener Staatsarchiv aufbewahrte Urschrift italienischer Herkunft trägt die Überschrift: „Entwurf Friedensvertrag mit Italien. Vorgeschlagene Abänderung zu Art. 10“ (20), während sie in der österreichischen Urschrift fehlt (21). Sie ist daher nicht als Teil des Vertrages zu betrachten, sondern als eine keineswegs bedingende einseitige italienische Willenserklärung, die von Österreich zur Kenntnis genommen wird (22).

Der Pariser Vertrag ist in drei beziferte Punkte unterteilt. In der einfachsten Form lautet der erste Satz des ersten Punktes: (Es) wird gesichert werden. Wenn nun zwei hohe vertragschließende Parteien, nämlich Österreich und Italien, diesen feierlichen Anspruch tun, dann übernehmen sie eine ganz gewaltige, nahezu bedingungslose Verpflichtung, und zwar jede für sich und beide gemeinsam, nach den Regeln der Gesamtverbindlichkeit (23). Die Zukunft deutet darauf hin, daß das zu Sichernde beim Vertragsabschluß noch nicht gesichert ist.

Diese Gesamtverpflichtung hebt die Hoheitsrechte freilich nicht auf, läßt sie aber beiseite. Durchführungszuständig ist also Österreich oder Italien, je nach dem gegenwärtigen oder zukünftigen Ausmaß der in Frage kommenden Hoheitsrechte (24). Bei Nichtdurchführung hat der Mitunterzeichnerstaat die Pflicht und das Recht (25), für die Erfüllung zu sorgen.

Gesichert werden soll eine vollständige Gleichheit der Rechte (26) mit den italienischsprachigen Einwohnern (27). Das bezieht sich vorrangig auf Natur- oder Menschenrechte, also auf die sogenannte materielle Gleichheit (28). Jedem Recht der italienischsprachigen Einwohner hat ein gleiches Recht derselben Rangordnung zu entsprechen.

Nutznießer der Verpflichtung sind deutschsprachige, laut Absatz zwei staatsbürgerschaftstragende (29) Einwohner der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient, also der heutigen Provinz Bozen (30). Es handelt sich vor allem um Individualrechte, die im ersten Punkt gesichert und gewährt werden sollen, wie aus den mehrzahlbildenden Wörtern und aus

der Aufzählung des zweiten Absatzes hervorgeht (31), und die, eben wegen der Mehrzahl, auch gemeinschaftlich beansprucht werden können. Die räumliche Begrenzung gilt ferner nur für die Einwohner, nicht aber für die Rechte, die somit grundsätzlich, insofern sinnvoll, auf dem gesamten Hoheitsgebiet eines jeden der beiden Unterzeichnerstaaten zustehen (32). Dem Zusammenhang nach gilt die räumliche Begrenzung auch für die obgenannten italienischsprachigen Einwohner.

Unabhängbare Zusatzverpflichtung ist, daß die Gleichheit der Rechte innerhalb des durch den Zweck, nämlich die Wahrung (33) der volklichen Eigenart und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Anteils, eindeutig bestimmten Rahmengerüsts von besonderen Bestimmungen (34) gesichert werde. Der Gleichheitsanspruch soll also das allgemeingültige gesetzliche Traggerüst ausfüllen, das dem wesentlichsten Gruppenanliegen, also dem des Fortbestandes und der Entwicklung (35), Rechtswirksamkeit verleiht.

Auf dieses untrennbare Ganze von Gleichheit mit den italienischsprachigen Einwohnern einerseits und den dieselbe erst ermöglichenden Bestimmungen zugunsten des deutschsprachigen Anteils und seiner Angehörigen andererseits (36) bezieht sich der zweite Absatz (37), in dem einige Individualrechte aufgezählt werden, die in Übereinstimmung mit bereits erlassener oder vor dem Erlaß stehender Gesetzgebung (38) den genannten deutschsprachigen Staatsbürgern wiederum gesamtverbindlich im besonderen gewährt werden sollen. Es handelt sich offenbar um Anliegen, die ganz besonders wichtig und dringend erschienen (39). Unter Buchstaben d) werden die erwähnten deutsch- bzw. italienischsprachigen Einwohner Südtirols als die zwei Volksgruppen genannt und somit gleicherweise als solche anerkannt (40).

Der zweite Punkt enthält wiederum einen einleitenden Schwerpunkts- und einen ergänzenden Erläuterungssatz. „Gewähren“ (41) steht in der schon bekannten Zukunft der unpersönlichen Form. Österreich und Italien verpflichten sich also gesamtverbindlich und zeitlich unbeschränkt, so wie im ersten Punkt. Gegenstand der Verpflichtung ist die Ausübung einer Regionalgewalt (42), die gesetzgebend und vollziehend (43) sein soll, und zwar nach den Grundsätzen der Autonomie (44). Nutznießer sind die Bevölkerungen der oben erwähnten Gebiete, also des heutigen Südtirols (45). Damit können nur alle in Südtirol ansässigen Volksgruppen, einschließlich der Ladiner, gemeint sein (46), und zwar in ihrer Gruppeneigenschaft (47). Somit müssen ihre Vertretungen öffentlich-rechtliche Bedeutung erlangen und als solche auch zur Erfüllung des ersten Punktes von den Unterzeichnerstaaten angehört werden, so daß zum individualrechtlichen Gesichtspunkt nun

nach ein gruppenrechtlicher dazu kommt. Das alles scheint gewissermaßen Personalautonomien innerhalb einer Gruppenautonomie zu bedeuten, wie es heute der Fall ist (48).

Zusatzverpflichtung ist, daß der Rahmen, innerhalb welchem die besagten Autonomiebestimmungen Anwendung finden, in Beratung auch mit örtlichen, wirklich vortretenden deutschsprachigen Anteilen entworfen (49) werden soll. „In Beratung“ beinhaltet eine freundschaftliche, sachliche Ansprache mit den Beteiligten, bei der niemand überfahren werden soll (50). Nicht übergangen werden dürfen dabei Vertreter von bedeutsamen Anteilen (51) der deutschsprachigen Bevölkerung. Gegenstand der Beratungen soll die Begrenzung der Gültigkeit der Autonomiebestimmungen sein (52), was die Anwendung derselben Bestimmungen auch außerhalb Südtirols oder auch einen föderativen Zusammenschluß mit solchen Gebieten nicht ausschließt, vorausgesetzt, daß die für erstem Satz zu gewährende regionalerige Autonomie für das alleinige Südtirol nicht angefastet werde (53).

Der dritte Punkt des Pariser Vertrages nennt nun endlich den Verpflichteten für die Erfüllung desselben Punktes ausdrücklich: es ist die italienische Regierung. Diese verpflichtet sich nun, in einer Sache Gesetzesmaßnahmen zu erlassen und in drei Angelegenheiten Abkommen mit Österreich zu treffen (54). All das soll in Beratung (55) mit der österreichischen Regierung und innerhalb der Zeitbestimmung von einem Jahr nach der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages (56) vor sich gehen. Das heißt nun, abgesehen von der Dringlichkeit, daß Österreich die unter Buchstaben c) vorausgesetzte italienische Hoheit über das in Frage kommende Gebiet vorläufig und zeitbeschränkt anerkennt (57). Schließlich wird diesmal auch der Zweck genannt, zu dem die Verpflichtung eingegangen wird und aus dem heraus der gesamte dritte Punkt ausgelegt werden muß, nämlich die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Österreich und Italien (58).

Im einzelnen sollte Italien also in einem Geist der Billigkeit und Weitherzigkeit die leidige, sich aus den Hitler-Mussolini Vereinbarungen von 1939 ergebende Frage der Staatsbürgerschaftsoptionen überprüfen (59). Nur hier kommen hauptsächlich Südtiroler als mittelbare, nicht genannte Nutznießer in Frage. Bei der wechselseitigen Anerkennung gewisser (60) akademischer Grade und Universitätsdiplome kann man, wegen der Zeitbestimmung, nur an ein einmaliges Abkommen gedacht haben. Als mittelbare Nutznießer kommen alle Inhaber von solchen österreichischen bzw. italienischen Urkunden in Frage. Der zu vereinbarende Durchgangsverkehr zwischen Nord- und Osttirol setzt oben ein dazwischenliegendes italienisches Hoheitsgebiet voraus. Zum ebenfalls zu vereinbarenden Warenverkehrsverkehr ist zu be-

merken, daß er Gebiete entlang der gesamten gemeinsamen Grenze betreffen konnte. Mittelbare Nutznießer sind beidermal alle in Frage kommenden Personen (61).

Damit wäre der Vertragswille im wesentlichen herausgestellt. Es ergibt sich ein wohl abgerundetes Bild dieses zweiseitig verbindlichen Vertrages (62). Die drei Punkte sind unabhängig voneinander (63), also gleichrangig, bilden aber ein Ganzes. Im ersten Punkt geht es darum, die deutschsprachigen Einwohner Südtirols durch individualrechtliche Maßnahmen auf dieselbe Stufe wie die italienischsprachigen zu heben (64). Das ist die zentralstaatliche Art des Minderheitenschutzes. Im zweiten Punkt wird eine föderative Ordnung aufgestellt, sowohl in Südtirol selbst als auch den Unterzeichnerstaaten gegenüber (65). Das ist eine bundesstaatliche Anerkennung von Gruppenrechten (66). Der dritte Punkt soll der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Unterzeichnerstaaten dienen. Dabei wird die Brückenaufgabe der Grenzgebiete hervorgehoben (67). Die Punkte 1 und 2 enthalten schließlich zeitlich unbeschränkte Bestimmungen verfassungsmäßiger Art zur Gewährleistung der Grundrechte der Südtiroler aller Sprachgruppen. Der Vertrag ist somit auch eine Art Stiftungsurkunde für das Land Südtirol, unterzeichnet von Österreich (68) und Italien.

Betrachtet man den Vertrag in seiner Gesamtheit, so läßt er sich nur durch den gemeinsamen Willen, gutnachbarliche Beziehungen an der Grenze zwischen Österreich und Italien herzustellen (69), zusammenfassen, wie diese auch immer verlaufen möge (70). Jede andere Auslegung, wie etwa die, daß er ausschließlich dem Schutz der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler (71), oder die, daß er zur Absicherung der Brennergrenze (72) diene, ist entweder unzulässigerweise einschränkend (73) oder überhaupt nicht aus dem Vertragswillen entnehmbar. Beweggründe, die zum Abschluß des Vertrages geführt haben mögen, spielen rechtlich nur in Ausnahmefällen eine Rolle (74). Demgegenüber ist der Rechtsgrund ganz etwas anderes. Er ist, nach vorwiegend italienischer Rechtslehre, die gesellschaftliche Aufgabe des Rechtsgeschäftes (75), also gewissermaßen dessen natürliche Grundlage. Schon wegen seines Einschlusses in einem Friedensvertrag ist der Pariser Vertrag auf das Rechtsgebilde des Vergleichs (75 a) zurückzuführen. Eigentlicher Sinn und Zweck des Vertrages ist es also, einen Vergleich zu schließen (76). Zugunsten der Vertragsgeldung wird beiderseitig der strittige Anspruch aufgegeben, unumschränkte Hoheitsrechte über Südtirol auszuüben. Das ist, mit den Ausführungen, die hierzu im vorangehenden gemacht wurden, der Gegenstand des Vertrages (77).

Was schließlich die Form des von Ministerpräsident Alcide De Gasperi für Italien und Außenminister Karl Gruber

für Österreich unterzeichneten und offensichtlicherweise laut Wortlaut (78) so gewollten Vertrages betrifft, so wird er meistens als Abkommen (79) und auch als einfaches Übereinkommen (80) angesehen. Durch seine Aufnahme als voll verbindlicher Teil des italienischen Friedensvertrages vom 10. Februar 1947 (81) ist seine staatsrechtliche Gültigkeit in Italien außer Zweifel (82). Nicht so verhält es sich mit Österreich. Da dieser Staat unter anderem auch dann noch verpflichtet sein würde, wenn Südtirol ganz oder teilweise zu Österreich käme (83), kann man den ersten Absatz des Artikels 50 des Bundesverfassungsgesetzes schwerlich beiseite lassen (84). Es ist möglich, daß der Vertrag erst mit dem Artikel 11 des österreichischen Staatsvertrages, der zur Anerkennung der Nachkriegsfriedensverträge verpflichtet, wohl oder übel volle Rechtsverbindlichkeit erlangt hat. Vielleicht sollte man aber am besten Herbert Michler beistimmen: „Die völkerrechtliche Gültigkeit des Abkommens, das von Österreich nicht, von Italien als Annex IV zum Friedensvertrag ratifiziert wurde, ist von beiden Parteien unbestritten. Untersuchungen über seine Rechtsnatur haben, soweit sie in Zusammenhang mit anderen Fragen überhaupt angestellt werden, in erster Linie theoretische Bedeutung“ (85).

Verwendete Schriften

(unfassende Hinweise auf weitere Veröffentlichungen sind dortselbst angegeben)

- A: „Alto Adige“, Tageszeitung, Bozen;
 - B: „The Concise Oxford Dictionary of Current English“, Oxford University Press, London 1954;
 - C: „Der fahrende Skolast“, Zeitschrift, Südtiroler Hochschülerschaft, Bozen;
 - D: Claus Gatterer, „Im Kampf gegen Rom“, Europa Verlag, Wien 1963;
 - E: Herbert Michler, „Südtirol als Völkerrechtsproblem“, Verlag Styria, Graz 1962;
 - F: „Der Pariser Vertrag“, Sonderbeilage zur Nr. 2/1976 „Region Trentino-Südtirol“, Regionalausschussvorsitz, Trient 1976;
 - G: Alessandro Pizzorusso, „Le minoranze nel diritto pubblico interno“, 2 Bände, Dott. A. Giuffrè Editore, Milano 1976;
 - H: Leopoldo Sofisti, „Male di frontiera“, Libreria Cappelli, Bologna 1950;
 - I: Südtirol. Eine Frage des europäischen Bewusstseins, Hrsg. Franz Hüter, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1965;
 - J: „Südtirol in Not und Bewährung“, Festschrift Michael Ganper, Hrsg. Dr. Toni Ebner und Freunde, Verlagsanstalt Athesia, Bozen 1955;
 - K: Andrea Torvato, „Manuale di diritto privato“, Dott. A. Giuffrè Editore, Milano 1962;
 - L: Theodor Veiter, „Nationalitätenkonflikte und Volksgruppenrecht im 20. Jahrhundert“, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1977;
 - M: Leo Weisgerber, „Vertragstexte als sprachliche Aufgabe“, Beiheft Nr. 1 zu „Sprachforum“, mit Beiträgen von A. J. W. Hilgers und G. Kandler, H. Bouvier und Co. Verlag, Bonn 1961.
- Anmerkungen (die vereinzelt Großbuchstaben stehen für die oben so gekennzeichneten Werke):
- 1) Sie wird, bis auf den Rechtsgrund, auch von niemandem ernstlich bestritten werden, Gerade dieser Rechtsgrund (causa) soll aber dazu dienen, über die sogenannte „fundamentale (teleologische) Interpretationsformel“ (Michler, E. S. 173) hinwegzukommen.

2) Allerdings können die für Gesetze im allgemeinen geltenden Auslegungsvorgänge (z. B. Art. 12 der italienischen allgemeinen Bestimmungen über das Gesetz) nicht bedingungslos angenommen werden. Es fehlt ein allgemein verbindlicher, vollständiger Rechtskörper. So wurde auch auf die italienischen öffentlichen Regeln Rücksicht genommen (Art. 1362—1371 BGB).

3) Michsler, E, S. 166 f. In Italien ist die im Gesetzs-Anzeiger Nr. 295 vom 24.12.1947 veröffentlichte italienische Fassung bis auf weiteres verbindlich. Zur Festlegung des Wortlautes: Weisgerber, M, S. 19 bis 22.

4) Da aber durchwegs die deutsche Sprache verwendet wird und die bestehenden deutschen Fassungen dazu nicht ausreichen (vgl. Weisgerber, M, S. 113) sah sich der Verfasser gezwungen, eine eigene Übersetzung anzufertigen (gleiche Wörter wurden gleich übersetzt):

1. Deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient wird innerhalb des Rahmengerüßes von besonderen Bestimmungen zur Wahrung der volklichen Eigenart und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Anteils, eine vollständige Gleichheit der Rechte mit den italienischsprachigen Einwohnern gesichert werden.

In Übereinstimmung mit bereits erlassener oder vor dem Erlaß stehender Gesetzgebung wird den genannten deutschsprachigen Staatsbürgern im besonderen gewährt werden:

a) Grund- und Mittelschulunterricht in der Muttersprache;

b) Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache in öffentlichen Ämtern und amtlichen Urkunden sowie in zweisprachiger Ortsnamengebung;

c) das Recht auf Wiederherstellung deutscher Familiennamen, welche in den letzten Jahren italienisiert wurden;

d) Gleichheit der Rechte, was den Einstand in öffentlichen Ämtern betrifft, im Hinblick auf die Erreichung eines angemessenen Anstellungsverhältnisses zwischen den zwei Volksgruppen.

2. Den Bevölkerungen der oben erwähnten Gebiete wird die Ausübung einer autonomen gesetzgebenden und vollziehenden Regionalgewalt gewährt werden. Der Rahmen, innerhalb welchem die besagten Autonomiebestimmungen Anwendung finden, wird in Beratung auch mit örtlichen, wirklich vertretenen deutschsprachigen Anteilen entworfen werden.

3. Mit dem Ziel, genaue Beziehungen zwischen Österreich und Italien herzustellen, verpflichtet sich die italienische Regierung, in Beratung mit der österreichischen Regierung und innerhalb eines Jahres nach der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages:

a) in einem Geist der Billigkeit und Weitherbigkeit die Frage der sich aus den Ender-Mussolini-Vereinbarungen von 1929 ergebenden Staatsbürgerschaftsoptionen zu überprüfen;

b) zu einem Abkommen zur wechselseitigen Anerkennung der Gültigkeit gewisser akademischer Grade und Universitätsdiplome zu gelangen;

c) eine Übereinkunft auszuarbeiten für den freien Personen- und Güterdurchgangsverkehr zwischen Nord- und Osttirol, sowohl auf dem Schienen- als auch im größtmöglichen Umfang auf dem Straßenwege;

d) besondere Vereinbarungen zu schließen, die darauf abzielen, einen erweiterten Grenzverkehr und einen örtlichen Austausch gewisser Mengen kennzeichnender Erzeugnisse und Güter zwischen Österreich und Italien zu erleichtern.

5) F. Volgger, J, S. 216.

6) U. Corsini in II, S. 333 f. und in F. S. 62 und 66; Gatterer, D, S. 799 I., 883 ff.

7) Für die Operationszone Alpenvorland siehe E. Widmoser, „Südtiroler Brevier“, Südtirol Verlag, München 1966, S. 123; K. Stuhlpfarrer in C, Sondernummer XII, Studienabgung, 1. Teil, S. 22 ff.

8) Vgl. F. Ennacora in I, S. 432—443 (10.—11. v. Guggenberg in C, Sondernummer Studienabgung 1957, S. 18).

9) U. Corsini, F, S. 66.

10) P. Pastorelli, F, S. 116 f.; F. Volgger, J, S. 218.

11) P. Pastorelli, F, S. 112—116; Michsler, E, S. 162 ff. Die Frage nach einer auch anders gearteten Teilung Südtirols taucht immer wieder auf, so auf amerikanischer Seite (F, S. 91 ff.), auf österreichischer (F, S. 122) und auch auf italienischer (F, S. 129).

12) F. Volgger, J, S. 222 ff.

13) Michsler, E, S. 158 f.

14) G. Faustini, A, 22.1948, S. 7.

15) Erster Entwurf des Präfikans Innocenti, a. a. O.; Michsler, E, S. 197 f.

16) Grundzüge einer Autonomie von Doktor Karl Tinzl, Gatterer, D, S. 969 ff.

17) Michsler, E, S. 154, Anmerkung 7.

18) Michsler, I, S. 588.

19) A. Leidlmair, „Bevölkerung und Wirtschaft in Südtirol“, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1958, S. 70—83.

20) Übersetzung vom Verfasser.

21) F, S. 8—11.

22) Damit bekam der laut Punkt 3 „vorliegende Vertrag“ eine völlig vom italienischen Friedensvertrag unabhängige Gültigkeit. Für den weiteren Verlauf siehe Michsler, E, S. 160 f. Vergleiche auch Art. 1362, Absatz 2, BGB (11.).

23) Siehe z. B. Art. 1292 ff. BGB (11.).

24) Nur so läßt es sich nämlich in die damals noch ausstehenden Grenzregelungsverträge einbauen. Die Verpflichtung bleibt aber auch bei zukünftigen Änderungen bestehen, da der Vertrag nicht befristet ist. Siehe Art. 11 der italienischen Verfassung.

25) Gegenüber dem anderen Mitunterzeichner.

26) Hier wurde wörtlich übersetzt, da es nach Meinung des Verfassers auch auf deutsch so am klarsten ist.

27) Zum Begriff vgl. Art. 4, Abs. 2, Staatsgrundgesetz vom 21.12.1867 (Nr. 142) über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder.

28) Veitler, L, S. 145—150. Vgl. Weisgerber, M, S. 50 ff.; Art. 3, Abs. 2, der italienischen Verfassung.

29) Offenbar handelt es sich um die Staatsbürgerschaft des durchführungsbedingten Staates.

30) Michsler, I, S. 401, Anmerkung 57.

31) Vgl. Michsler, E, S. 62 ff. und I, S. 399; Art. 2 italienische Verfassung.

32) Zur Frage, inwieweit einzelne und nicht staatliche Gemeinschaften wirksamlich zugesicherte Rechte Staaten gegenüber einlegen können, Veitler, L, S. 150 ff.

33) „to safeguard“, B, entspricht hier wohl dem italienischen „salvaguardare“, dessen Begriffsbestimmung sich laut F. Palazzi, „Novissimo dizionario della lingua italiana“, Coschino, Milano 1953, ziemlich genau mit der bei G. Conte, „Wörterbuch der deutschen und italienischer Rechtssprache“, Teil II, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1964, angegebenen Übersetzung von „wahren“ und „Wahrung“ deckt (vgl. F, S. 12 und 13). Die zweckbestimmte „Wahrung“ ist stärker als der bloße „Schutz“, der auch nicht zur Wahrung ausreichen könnte (vgl. Weisgerber, M, S. 54).

34) Zu „Rahmengerüß“ vgl. Weisgerber, M, S. 52 I., zu „Bestimmungen“ derselbe, M, S. 94.

35) Vgl. A. Alcock, F, S. 20—51; Pizzorusso, G, S. 143 f.

36) Michsler schreibt von einer „Ausbalancierung“ von Gleichheit und Freiheit (F, S. 59). Vgl. auch Pizzorusso, G, S. 448. Der Verfasser des vorliegenden Ansatzes hat weiter oben auf die Gleichheit der Grundrechte gleicher Rangordnung hingewiesen.

37) Satzbaumäßig würde „gewährten“ eher zu dem „Sichern“ des ersten Absatzes hinweisen, die Aufzählung betrifft jedoch eindeutig die „Wahrung“, die Lösung ist also

das erwähnte Ganze, das seinerseits wiederum eine klare sinnvolle Auflösung des ersten Absatzes ermöglicht und bestätigt. Andererseits erlaubt diese Auflösung auch den reibungslosen Einbau des Art. 6 in die übrigen Grundsatzbestimmungen der italienischen Verfassung (vgl. Art. 3, Abs. 2).

38) Die Aufzählung der Buchstaben a) bis c) folgt der Zeitfolge von bereits erlassenen Bestimmungen (U. Corsini, F, S. 66—77), die jedoch nicht das gesamte Feld decken. So wurde z. B. die Verordnung für die damals bereits bestehenden Mittelschulen erst nach Unterzeichnung des Vertrages erlassen (A. Zeiger, I, S. 345 ff.). Nach dem Buchstaben des Vertrages ist diese Gesetzgebung als richtungweisend zu betrachten.

39) Vgl. Michsler, E, S. 179 I., „particular“: „... in particular; especially, as mentioned one case in particular“ (E).

40) Für die hier weitere unwesentliche Erklärung der einzelnen Buchstaben, Michsler, I, S. 413 ff. Es könnte aber unterstrichen werden, daß tatsächlich eine Gleichstellung der Sprachen gewollt wurde, daß aber über den Weg der schon erwähnten gleichen Rechte bei der Aufnahme in den öffentlichen Dienst nur eine „mehr“ dem Volksgruppenverhältnis angepaßte Aufteilung der Beamtschaft angestrebt werden sollte. Nach Einsichtnahme in verschiedene Wörterbücher, so B und Duden, Bedeutungs Wörterbuch, 1970, wurde die Übersetzung von „to grant“ mit „gewähren“ beibehalten.

41) Der Gebrauch von „gewähren“ ist offenbar ein Hinweis, daß sich die Staatsbürger nicht auf der Ebene des Staates befinden.

42) Also einer unmittelbar unter dem Staat stehenden gebietlichen Gewalt nach der Art der österreichischen Länder (vgl. H. Disertori, „L'autonomia triestina“, Dolfini, Rovereto 1945, abgedruckt in A, 10.1.1978). Das ist der sich aus dem Satzbau ergebende Sinn, da das Gebiet in einem anderen Teil des Satzes abgegrenzt wird. Dieses wird in den umstehenden deutschen und italienischen Übersetzungen betont, jedoch mit nicht übereinstimmender Bedeutung (gebietliche Abgrenzung bzw. Provinzautonomie). Vgl. Pizzorusso, G, S. 452 f.; Art. 5 italienische Verfassung. Ferner Soristi, H, S. 527.

43) Vgl. Michsler, E, S. 70 f.

44) Das Recht „einer jeden Gemeinschaft“, auf „eigene Zuständigkeit im Bereich ihres besonderen Zweckes mit relativer Unabhängigkeit von anderen gesellschaftlichen Obrigkeiten“, nach J. Messner, angeführt von H. Weiter in „Katholisches Soziallexikon“, Tyrolia, Innsbruck 1964, S. 64.

45) Damit ist eine unmißverständliche gebietliche Abgrenzung gegeben (vgl. Pizzorusso, G, S. 452, 455).

46) Hätte man nämlich das unmittelbar vorher verwendete Wort „Volksgruppen“ gebraucht, wäre nur die deutsche und die italienischsprachige damit gemeint gewesen. Vgl. Weisgerber, M, S. 36, 63 und Michsler, E, S. 185; die bei ihm erwähnten Zweifel wären durch Punkt 1 im wesentlichen ausgeräumt. Hätten sie bei der Vertragsabfassung eine Rolle gespielt, würde man wohl „The whole“ oder „The entire population“ oder „The population... in its entirety“ oder „All the inhabitants“ verwendet haben.

47) Beweist man „Bevölkerung“ hier mit der gesamten bodenständigen Bevölkerung (Veitler, L, S. 173) gleichsetzt, muß man wohl zwischen einer einmaligen Handlung, wie die Abstimmung eine ist, und einer Dauerhandlung im Falle der Ausübung einer Autonomie unterscheiden. Wesentlich sind also die Volksgruppen in ihrer Gesamtheit, nicht ihre zahlenmäßige Stärke. Wäre dem nicht so, sieht man nicht ein, warum Italien mehrheitlich italienischsprachige Ortschaften der Provinz Trient in das Gebiet eingliedern hätte lassen sollen (vgl. Soristi, H, S. 536).

48) Vgl. Art. 2, 19, 30, 33, 36, 49, 50, 56, 57, 61, 62, 81, 84, 89, 91, 94, 97, 98, 99, 100, 102, 107. 11) des Sonderstatus für die Region Trentino-Südtirol (VPR vom 31.8.1972 Nr. 670). Auch der oben bei Anmerkung 16 erwähnte Tinzl-Entwurf wurde nach solchen

Grundlinien erstellt (Gatterer, D. S. 96 f.). Keine Volksgruppe soll im Land Minderheit sein (vgl. Art. 19, Staatsgrundgesetz vom 21.12.1867, Nr. 142, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder; Repr. Nation, F. S. 93 unter; italienische Antwortnote vom 30.1.1937 in G., S. 779, 785 f.; Bericht der 19er-Kommission, a. a. O., S. 802, 826 f.; F. Ermacora, F. S. 462; Miehler, E. S. 68 ff.; Ministerpräsident G. Andriotti, A. 13.11.1978).

49) „to draft: ... 2. Prepare, make rough copy of (document, esp. Parliamentary Bill)“ B. Vgl. Weisgerber, M. S. 67.

50) Eine solche Beratung fand dann schließlich in der sogenannten 19er-Kommission statt (V. Stadlmayer, I. S. 526 ff.).

51) „Element“ hat im Englischen keine persönliche Bedeutung (vgl. B), es kommt schon im ersten Punkt vor. Neben der Südtiroler Volkspartei gab es damals noch eine Sozialdemokratische Partei Südtirols und einen Südtiroler Demokratischen Verband (Gatterer, D. S. 891 f.); die Bestimmung gilt aber zeitlich unbeschränkt, folglich bei Arbeiten in Zusammenhang mit dem Sonderstatut der Region. Bedeutung oder „repräsentativ“, wie es im englischen Wortlaut heißt, bedeutet vermutlichweise wahrscheinlich eine Vertretung im Landtag.

52) Es soll hier nicht die „Rahmen“-Ausinandersetzung wieder behandelt werden, innerhalb welcher die meisten der hier angeführten und noch viele andere Werke entstanden sind und derenwegen Österreich im Jahre 1960 vor die Vereinten Nationen ging (Miehler, E. S. 186 ff., 267 f.). Es folgt nur das, was nach dem Verfasser des vorliegenden Aufsatzes aus dem Wortlaut herausgelesen werden kann.

53) Vgl. Pizzorusso, G. S. 455.

54) Pizzorusso, G. S. 457.

55) Zur Bedeutung siehe vorhergehenden Absatz.

56) Wie schon unter Anmerkung 22 angedeutet, bedeutet dieser Wortlaut über dem Willen, einen Vertrag zu schließen (vgl. Miehler, E. S. 162 ff., nicht übereinstimmend S. 195).

57) Tatsächlich wurde der italienische Friedensvertrag erst am 16.9.1947 innerstaatlich wirksam (Miehler, E. S. 167 f.).

58) Vgl. Satzung der Vereinten Nationen, Art. 1, Nr. 2.

59) Über die Durchführung siehe auch Pizzorusso, G. S. 537 ff.

60) Das bezieht sich offenbar auf den Zweck des dritten Punktes. Also bestimmte Grade und Diplome, die der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen förderlich sind.

61) Zur Durchführung des dritten Punktes, Miehler, E. S. 245—251.

62) „Das Pariser Abkommen ist also für Österreich und für Italien in gleicher Weise auch innerstaatlich verbindlich“ (Weiter in Festschrift für G. Hugelmann, Band II, Hrsg. W. Wegener, Scientia, Aalen 1959, S. 708).

63) Sie könnten, jeder für sich, Gegenstand eines eigenen Vertrages sein. Der Hinweis auf die „oben erwähnten Gebiete“ im zweiten Punkt dient nur der Kürze. Vgl. F. Volgger, J. S. 230 f.

64) Daß damit die italienischsprachigen Einwohner auch individualrechtlich zu mittelbaren Nutznießern des Vertrages werden, sollte man nicht besonders zu betonen brauchen. Das vom Nationalrat des Unterzeichnerstaates Österreich am 25.1.1979 genehmigte sogenannte Gleichstellungsgesetz für Südtiroler ist, aus der Sicht des Pariser Vertrages, ein Ungleichstellungsgesetz und somit, falls nicht geholt, eine wesentliche Verletzung des ersten Punktes.

65) Nach dem Buchstaben des Vertrages hätte das Land auch im Falle einer Aufteilung zwischen Österreich und Italien eine einzige Autonomie erhalten müssen und wäre somit schon weiter als die heutige Arge Alp gewesen. Vgl. Pizzorusso, F. S. 146 ff.

66) Daß man ohne eine auf Staatsebene gewährleistete Gleichstellung der „Bevölkerungen“ keine Landesautonomie aufbauen kann, hat man damals eingeschaut (vgl. als Gegenbeispiel Landtagspräsident L. Durwaldner in „30 Jahre Landesautonomie“, Sondernummer der Informationschrift des Landtages und der Landesregierung von Südtirol, 11/1978, 14, S. 22—25; auf dieser Welt ergibt sich nichts von selbst aus der reinen Befriedigung der Ansprüche einzelner oder einer Gruppe).

67) Vgl. Weisgerber, M. S. 24, Anmerkung 18; Dr. Karl Gruber, F. S. 170 ff.

68) Dr. Karl Gruber war vor seiner Ernennung zum Außenminister auch Landeshauptmann von Tirol (Miehler, E. S. 153 f.).

69) Vgl. letzter Satz der Einleitung der italienischen Antwortnote vom 30.1.1937 bei Pizzorusso, G. S. 779.

70) ... Unsere Entscheidung hat aber auch noch einen weiteren Aspekt. Sie geht von der Überzeugung aus, daß die europäischen Staaten nicht dauernd in den Schranken des Nationalismus verstrickt bleiben können. ... Das österreichisch-italienische Abkommen stellt einen ernsthaften Versuch dar, eine delicate Streitfrage dadurch zu entgiften, daß die Grenze nicht mehr eine Scheidelinie bedeutet, hinter der der ethnisch verschiedene Staatsbürger der Unterdrückung und Mißachtung ausgesetzt sind,

sondern hinter der er seine Art des Lebens in gleicher Weise durchführen kann. Frage: Würde von Ihnen eine österreichische Verzichtserklärung hinsichtlich Südtirols abgegeben? Antwort: Eine solche Erklärung würde von niemandem verlangt und wir würden sie auch nicht abgeben haben.“ Dr. Karl Gruber am 9.9.1946 (J. S. 394 f.).

71) So ungefähr heißt es im österreichischen Südtirol-Antrag an die Vereinten Nationen vom 23.6.1960. Es stellt sich unvermittelt die Frage, warum denn dann der Pariser Vertrag nicht so, wie es im Antrag heißt, abgefaßt worden sei. In der Tat ging die Südtirol-Resolution der Vereinten Nationen Nr. 1497 (XV) vom 31.10.1960 nicht auf diese Einseitigkeit ein (wohl aber mittelbar auf das Anliegen — vgl. V. Stadlmayer, I. S. 511 ff.), sondern hielt dem den Wortlaut von Punkt 1, Absatz 1, des Pariser Vertrages entgegen (beides bei Miehler, E. S. 266—271).

72) So etwa bei Pizzorusso, F. S. 138, 141; Solisti, H. S. 178.

73) Der Vertrag wäre unter diesen Voraussetzungen wohl kaum zustande gekommen. Auch die Auffassung, daß Österreich die Schutzmacht der Südtiroler sei, ist, bei einschränkender Auslegung, für eine pflichtgerechte Erfüllung unzulänglich. Die hier ausgearbeiteten Verpflichtungen gehen weit darüber hinaus. So ist Österreich in genau gleicher Ausmaß auch Schutzmacht der italienischer Volksgruppe. (Dagegen Miehler, E. S. 171; vgl. auch Pizzorusso, F. S. 138, 142, 148; Vetter, L. S. 97 ff., leitet im wesentlichen den Schutzrechtsbegriff aus dem Nationalstaatsgedanken ab, was im vorliegenden Fall zu einem Ausknicken aus den Vertragsverpflichtungen führen könnte. Übrigens dürfte fast die Hälfte der italienischsprachigen Einwohner“ genauso von österreichischen Staatsbürgern abstammen wie die deutsch- und indinischsprachigen auch; vgl. A. Löffelmaier, a. a. O., S. 66).

74) Vgl. z. B. Art. 1345, 1428—1429 BGB (ir.). Sonst könnte einer ja den Vertrag bei seiner Geschicklichkeit immer so auslegen, daß die von einem Teil nicht gewünschten Abmachungen wegfallen, da sie dem angebblichen Vertragszweck nicht entsprechen. Ein Beispiel, wie man so einen Vertragszweck erarbeiten könnte, ist gegeben durch G. Kandler bei Weisgerber, M. S. 106 (vgl. auch S. 54).

75) Vgl. Torrente, K., S. 164 f.

75a) Vgl. Torrente, K., S. 511 ff.

76) „Abkommen werden geschlossen, um in strittigen Angelegenheiten einen Interessenausgleich oder zum mindesten einen „modus vivendi“ zu finden.“ Weisgerber, M. S. 39. Vgl. Art. 1965 BGB (it.).

77) Torrente, K., S. 400.

78) Dritter Punkt, Einleitungssatz.

79) So in der italienischen Antwortnote vom 30.1.1937 (Pizzorusso, G. S. 777), in den österreichischen Südtirol-Anträgen bei den Vereinten Nationen vom 23.6.1960 und 18.7.1961 und in deren Entscheidung Nr. 1497 (XV) vom 31.10.1960 (Miehler, E. S. 266—273).

80) Miehler, E. S. 164.

81) Laut Art. 81 desselben Vertrages (Miehler, E. S. 264).

82) Miehler, E. S. 167 f.; Pizzorusso, G. S. 460.

83) Nach dem im ersten Punkt aufgestellten Gleichheitssatz müßte der italienischen Volksgruppe die volle Wahrung ihrer individual- und Gruppenrechte, laut zweitem Punkt eine föderative Autonomie für das Land Südtirol gewährleistet und Italien insgesamt als Mitgewährleistungsgesamt anerkannt werden, so wie es heute umgekehrt der Fall ist.

84) Wortlaut: „Politische Staatsverträge, andere nur, sofern sie gesetzändernd oder gesetzergänzenden Inhalt haben, dürfen nur mit Genehmigung des Nationalrates abgeschlossen werden.“ Nicht übereinstimmend Miehler, E. S. 168 ff.

85) I. S. 396 Zur völkerrechtlichen Frage siehe noch Miehler, E. S. 162 ff.

michl

variation und fuge

longer michl
schworzr michl
groder michl
deitschr michl

much

londes michl
heldn michl
schitzn michl
bundes michl

michele machele

jagr michl
doktr michl
turn michl
tintn michl

kiex

michl vom michl
ferggele michl
reimmichl

michlreis

milch

reis

linus

Innsbruck, 29. Mai 1979

Bauernbundsaal

Wahlvollversammlung

Verbindungsmann und Ausschuß

Grundsatzprogramm der „Lupe“ – SII-Führung 1979/80 in Innsbruck und der auf dieser Liste kandidierenden Ausschußmitglieder in Bozen.

Vorgetragen von Karl Gudauner

Im laufenden Jahr hatte der linke Flügel laut Aussagen des Vorstandes um Sozialdemokraten bis Linksextremisten die Mehrheit. Sie schimpften wohl auf Rechtsextremismus, nicht aber auf Linksextremismus, und diese Aussage prägt auch die Arbeit im Ausschuß. Es wurde nichts in Zusammenarbeit mit dem Ausschuß erarbeitet, es wurden mehr oder weniger nur „Aktionen“ gestartet, die der linke Vorstand klammheimlich ausgeheckt hatte und von der linken Mehrheit approbiert wurden.

Zum Beispiel „Brief 83“. Der Vorstand hatte in diesem Falle wie üblich den Ausschuß übergangen und ihn damit zur Farce gemacht. Wie gesagt wurden nur „Aktionen“ gestartet, es wurde also lautstark protestiert und Resolutionen verabschiedet, die die Öffentlichkeit schon gar nicht mehr ernst nimmt. Wir denken uns, daß es besonders wichtig ist, die Position der Studentenvertreter im Ausschuß zu stärken, die nicht auf ideologischer Basis, sondern sachorientiert und parteiunabhängig arbeiten wollen.

Damit kann man der Öffentlichkeit zeigen, daß die SII nicht ein linkschaotischer Sauhaufen ist, sondern sowohl Interessenvertretung ernst nimmt, zu aktuellen Sachproblemen durchdachte Konzepte hat und pragmatische Arbeit leisten kann.

Das allein und nicht linkspubertäres Geschwafel verschafft ihr letztlich auch in der Öffentlichkeit Anerkennung als Institution. Das allein kann auch die Studenten zu mehr Interesse und Konstruktivität der SII gegenüber bringen. Die ewigen Palaver, die haben bei den Studenten eine ideologische Magenverstimmung verursacht, weshalb sie nur schwerlich für die SII und die dazugehörige Arbeit zu gewinnen sind.

Wir fordern mehr Transparenz der Aktivität des Vorstandes in Bozen und mehr Zusammenarbeit im Ausschuß und eine sachorientierte Arbeit. Für die Durchsetzung dieses Programms bitten wir um das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen. Da wir noch in der Minderheit waren, ist Euer Vertrauen umso wichtiger, da ansonsten der Willkür des Vorstandes keine Grenzen gesetzt werden können und der Ausschuß weiterhin nur formellen Charakter behält.

(Dieser Text wurde unverändert vom Originalmanuskript übernommen)

Mit einem die unterschiedlichen politischen Standorte oberflächlich kaschierenden Programm wird Martha Stocker mit knapper Mehrheit (9 Stimmen, davon einige im Rufe der Ungültigkeit stehend) zur Verbindungsfrau 1979/80 gewählt.

Eine halbe Stunde später rückt Karl Gudauner, zukünftiges Ausschußmitglied in Bozen, Vorstandsmitglied 1979/80 in Innsbruck und seit Jahren enger Gesinnungsfreund Martha Stockers mit einer als Grundsatzprogramm deklarierten Rede (nebenstehender Text), die durch die pseudoliberalen Versprechungen der kandidierenden Verbindungsfrau etwas in Atemnot geratenen Positionen jener konservativen Studenten zu „recht“, welche sich als Opposition innerhalb des SH-Ausschusses in Bozen verstehen.

Es ist festzustellen, daß die platten Pauschalurteile über den Ausschuß in Bozen von einem Kollegen stammen, der in diesem Gremium nicht vertreten ist und welcher im vergangenen

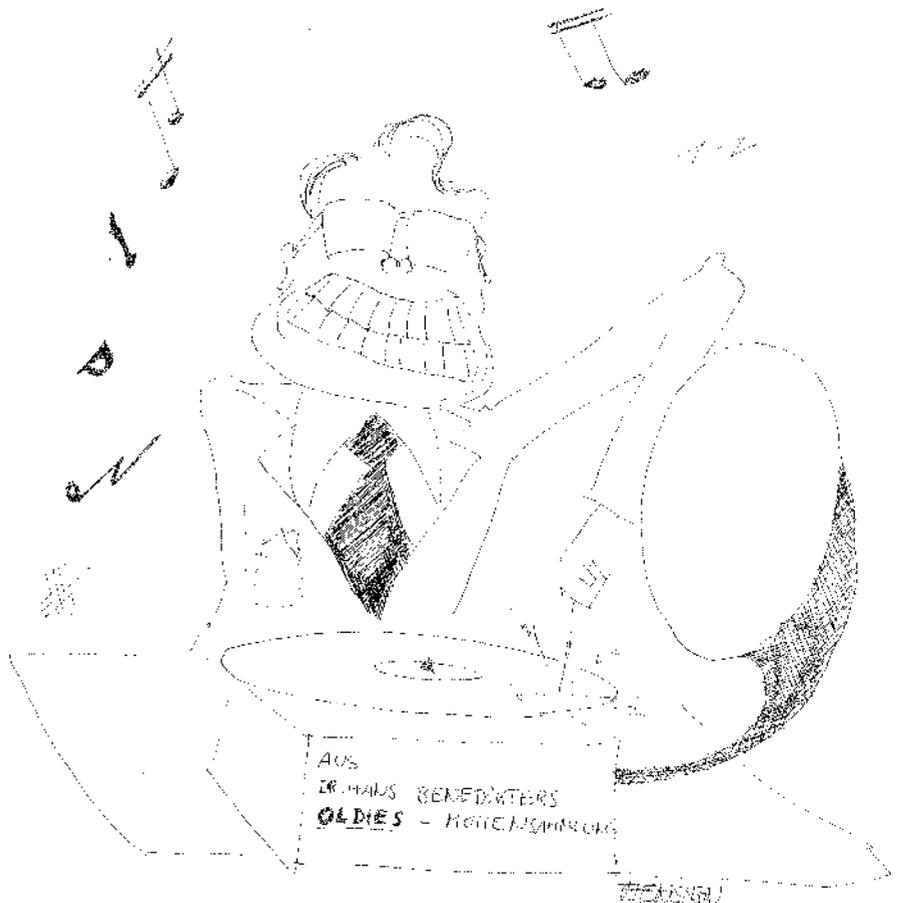
Studienjahr nur bei einer Sitzung zugegen war. Sie verzerrten im übrigen völlig die tatsächliche Situation im Ausschuß und im Vorstand, über deren Zusammensetzung, und das sollten vor allem jene nicht länger ignorieren, welche sich mit Vorliebe über „undemokratische Vorgangsweisen“ entsetzen, die SH-Basis in einer demokratischen Wahl entscheidet.

Und es entbehrt nicht einiger unheilvoller Komik, wenn die Südtiroler Epigonen des FJS ihren Ehrgeiz dazu zu setzen scheinen, den Southofener Stil des Altmeisters der exzessiven Rede in seiner Tiroler Variante weiterzuentwickeln und zu kultivieren. Neu ist nur, daß sich Studenten in dieser sonst vornehmlich von Parteigelehrten, Volkstumschützern usw. gepöbelten Disziplin und mit Erfolg versuchen.

Als positiv bleibt das Resultat der Ausschußwahlen anzumerken. Senatmachern wurde von der Studentenschaft eine eindeutige Abfuhr erteilt. Mit klarem Punktvorsprung wurden die Kandidaten der bisherigen SH-Linie auf die ersten Plätze gewählt (Hanni, Staffler, Mall, Mittelberger, Prünster).

Sie sehen es als ihre Verpflichtung an, den Verfechtern politischer Extreme im Bozner Ausschuß kein Durchkommen zu ermöglichen.

Redaktionsgruppe Innsbruck



südtiroler volkszeitung

erscheint 14tägig

eine alternative, demokratische Information für Südtirol

ABONNEMENT

Durch Euer Abonnement unterstützt Ihr die freie Meinungsbildung im Lande.

Im Inland kosten 25 Nummern (einschließlich Versand) 10.000 L.
Im Ausland 20.000 Lire.

Einzahlung: Auf Bank-Kontokorrent Nr. 1884/8, Raiffeisenkasse,
Bozen oder Post-Kontokorrent Nr. 14/12166, Trient

Bitte: Namen und Adresse angeben und ab welcher Nummer.

Übersetzung von „1944“

Immer stillsein, Hände auf dem
Rücken,
nicht denken, immer nur nachsagen,
was einem vorgesagt wurde
von irgendeinem kleinen Gescheiten
oder von einem großen.
Ein Faustschlag in die Nase von
einem Nazi,

oder ein Tritt in den Hintern von
irgendeinem Faschisten.

Das Blut stillen mit gefrorenem
Schnee

und weiter still in der Bank sitzen,
die Presse plattgeschlagen!

Das Gedicht „1944“ von Josef Kostner (Jahrgang 1935), einem der bedeutendsten lebenden Bildhauer Ladinias, bezieht sich auf ein Erlebnis des Verfassers in der Elementarschule

der Operationszone Alpenvorland, als die Kinder aus den rein ladinisch sprechenden Familien, die bis dahin nur italienisch gelernt hatten, plötzlich in der ihnen unbekannteren deutschen Sprache unterrichtet wurden, von sogenannten Hilfslehrern, die selber nur ein miserables Deutsch konnten, dafür aber um so loyaler waren, und die Schüler anbrüllten, wenn sie es wagten, ladinisch zu sprechen.

christoph baur
richard erlacher
reinhold janek
wolfgang kapfinger
norbert c. kaser
gerhard kolfer
roland kristanefi
peter lloyd
friedrich iottersberger
margherita mairhofer
ufrich matha
gerhard mumelter
siegfried nitz
volker oberegger
leonhard paulmichi
konrad rabensteiner
siegfried de rachewiltz
herbert rosendorfer
kuno seyr
gottfried solderer
luis stefan stecher
markus vallazza
günther winter
joseph zoderer

Erhältlich in
Buchhandlungen und
bei der Südtiroler
Hochschülerschaft
Bozen,
Waltërhaus

neue literatur aus südtirol

SH 1970

Promotionen

| | |
|--|--|
| AUER Mariahuise, Kaltern | Diplom für Sozialarbeit -- Trient. Diplomarbeit: „Vorzugteile und Einstellungen.“ |
| BLASINGER Karoline, Bozen | Dr.-Ing. (Baufachleute mit Fachrichtung Transportwesen) -- Bologna. |
| BLASINGER Reinhold, Unsere Liebe Frau i. W. | Doktor der Philosophie -- Innsbruck. |
| BRUGGER Hermann, Bruneck | Doktor der Medizin -- Wien. |
| BUSSOLA Irene, Wiesen | Doktor der Biologie -- Padua. Diss.: „Die Wirkung des Alkohols und seiner Metaboliten auf die Insulinabsonderung unter künstlichen und natürlichen Bedingungen bei Bauchspeicheldrüsen der Ratte.“ |
| CHITT Margareth, Auer | Doktor der Literatur- und Sprachwissenschaften -- Innsbruck. |
| HOBERWILD Gertraud, Klausen | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| JUNGER Hermann, Steinegg | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| KHORN Evelyn, Meran | Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften -- Innsbruck. |
| KHOLL Eva Maria, Bozen | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| KRONBICHLER Paul, Bruneck | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| LADURNER Elyth, Meran | Doktor der Philosophie (Geisteswissenschaft) -- Innsbruck. |
| LADURNER Toni, Graisch/Meran | Doktor der Philosophie (Fachrichtung Geschichte) -- Salzburg. |
| LOBIS Dietmar, Bozen | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| MAHCKNECHT Josef, Mühlbach | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| MITTERBUTZNER Maria, Latzfons | Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften -- Innsbruck. |
| MISSNER Alexandra, Imboden | Doktor der Modernen Sprachen -- Verona. Diss.: „La casa nei dialetti cimbri -- contributo ad una analisi semantica.“ |
| NEULATSCHEER Hans, Albeins/Brixen | Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften -- Innsbruck. |
| OBERRHOFER Reinhold, Trautau | Doktor der gesamten Heilkunde -- Innsbruck. |
| PAUL Franz | Doktor der Geschichte -- Padua. Diss.: „Die Geschichte Südtirols und ihr Ringen um Autonomie.“ |
| PACCAGNEL ALFRED, Brixen | Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften -- Verona. |
| RABANSER Roland, St. Peter/Lajen | Doktor in Handel -- Padua/Zweigstelle Verona. |
| RAMM MAUR Georg, Bozen | Doktor der gesamten Heilkunde -- Innsbruck. |
| REITER Alfred, Meran | Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften -- Innsbruck. |
| RITELLI-LECHNER Clara, Bruneck | Doktor der Pädagogik -- Bologna. |
| SCHMID-VEIDER Helga, Terentau | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| SERFI Wilhelm, Kaltern | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| TAPPEINER Gottfried, Laas | Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften -- Innsbruck. |
| TARFUSSEK Ivo, Meran | Doktor der Medizin -- Wien. |
| THEINER Ernestine, Dorf Fird | Doktor der Fremdsprachen -- Verona. |
| UNTERBERGER Sebastian, Bruneck | Magister der Soziologie -- Wien. Diplomarbeit: „Das Konzept der Professionalisierung und seine Anwendung auf die heutigen frei-praktizierenden Krankenkassenärzte.“ |
| WIDMANN Arnold, Bozen/Gries | Doktor der Handels- und Wirtschaftswissenschaften -- Bologna. |
| WIESER Anton, Vintl | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| ZANINI Barbara, Sterzing | Doktor der Medizin -- Innsbruck. |
| ZUEGG-OBERTKOTLER Margareth, St. Ulrich/Gröden | Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde -- Innsbruck. |

Wir ersuchen unsere werten Mitglieder, Akademiker und Abonnenten aufs höflichste, den SH-Mitgliedsbeitrag bzw. das SKOLAST-Abonnement für 1979 bei Gelegenheit einzuzahlen. Sie unterstützen damit die im Dienst der Südtiroler Studenten geleistete Arbeit der SH und ermöglichen die weitere Herausgabe unserer Zeitschrift.

Der Vorstand der SH

Resolution des Ausschusses der Südtiroler Hochschülerschaft

Die Kampagne der Tageszeitung „Dolomiten“ gegen die Südtiroler Hochschülerschaft, die besonders in letzter Zeit auch in Zusammenhang mit den österreichischen Hochschülerschaftswahlen verstärkt ihren Niederschlag gefunden hat, darf nicht unwidersprochen bleiben.

Ein Jahr nach der Verstellung des „Offenen Briefes“ der SH an die Südtiroler Bevölkerung (und worüber die „Dolomiten“ es nicht gewagt hatte zu berichten) versucht die „Dolomiten“ jetzt diesen Appell von 33 Persönlichkeiten als ein Manifest abzukanzeln, das dem Kommunismus in Südtirol den Weg ebnet.

Die unterschwellige Aburteilung des „Offenen Briefes“, ohne den Lesern die Möglichkeit zu geben, den Inhalt kennenzulernen, stellt wiederum klar unter Beweis, wie skrupellos die „Dolomiten“ ihre Monopolstellung ausnützt.

Die nicht nur gegen die Südtiroler Hochschülerschaft, sondern gegen alle Andersdenkenden unseres Landes und gegen den eigenen Anspruch auf die Aufgabe, die sich die „Dolomiten“ als Pressorgan stellt, angewandte Berichterstattung macht das Bekenntnis der „Dolomiten“ zu christlichem und sozialem Engagement vollkommen unglaubwürdig und läßt die Vermutung aufkommen, daß die „Dolomiten“ immer mehr wirtschaftliche und politische Interessen einiger weniger verfolgt.

Zudem weist die „Dolomiten“ in allerletzter Zeit wohl auf die schändlichste Methode der Diffamierung zurück und hat nicht einmal moralische Bedenken, die SH als Organisation dabinzustellen, die — so „Dolomiten“ — „eine innige Freundschaft mit den Italienern offenbart, was nichts anderes als der Ausdruck einer heimlichen Assimilationspolitik bedeutet“.

Der Ausschuß der SH stellt diesbezüglich fest, daß sich die Hochschülerschaft durch solche unwahre Behauptungen nicht davon abhalten lassen wird, für ein friedliches und konstruktives Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol im Zeichen der Vernunft, Toleranz und Solidarität einzutreten.

Es bedarf deshalb aller demokratischen Kräfte unseres Landes, den gefährlichen Nationalismus abzubauen und zu beseitigen; einen Nationalismus, den die „Dolomiten“ und andere Gruppen andauernd schüren, um dadurch die sozialen Probleme, die alle Volksgruppen gleichermaßen betreffen, zu verhüllen und zu verhindern, daß sich alle drei Volksgruppen unseres Landes zur Durchsetzung ihrer sozialen Rechte solidarisieren.

**Der Ausschuß
der Südtiroler Hochschülerschaft**
Bozen, am 2. Juli 1979.

Mitarbeiter dieser Nummer

- Brigitte COMPLOJ
39030 St. Vigil, Emeberg 77
- Lois CRAFTONARA
39031 Brunico, Gebirgsjägerstraße 22
- Guido BENICOLO
39020 Schluderns, Glimmer Straße 21
- Elisabeth HÖGLINGER
39046 St. Ulrich, Stufenweg 5
- Alexander LANGER
39100 Bozen, Duca-d'Aosta-Straße 41
- Klaus MENAPACE
39040 Tramin, Rathausplatz 6
- Edgar MORODER
39046 St. Ulrich, Sotriasträße 10
- Günther PALLAVER
39051 Branzoll, Schwarzadlerstraße 7
- Veronica PICCOLIORI
39100 Bozen, Rovigostraße 11
- Josef RICHIEBUONO
39100 Bozen, Fagenstraße 1
- Theodor RHESER
39046 St. Ulrich, Reziastraße 351
- Heidi KUNGGALDIER
39046 St. Ulrich, Gröden
- Emil STÖCKER
39012 Meran, Schwimmschulstraße 1
- Leopold STEURLER
39012 Meran, Schaffnerstraße 20
- Josef STRICKER
39100 Bozen, Kapuzinergasse 20
- Markus VALJAZZA
A-5020 Salzburg, Arcenbergstraße 1
- Karl WILLEIT
39048 Wolkenstein, Daumeisstraße 29

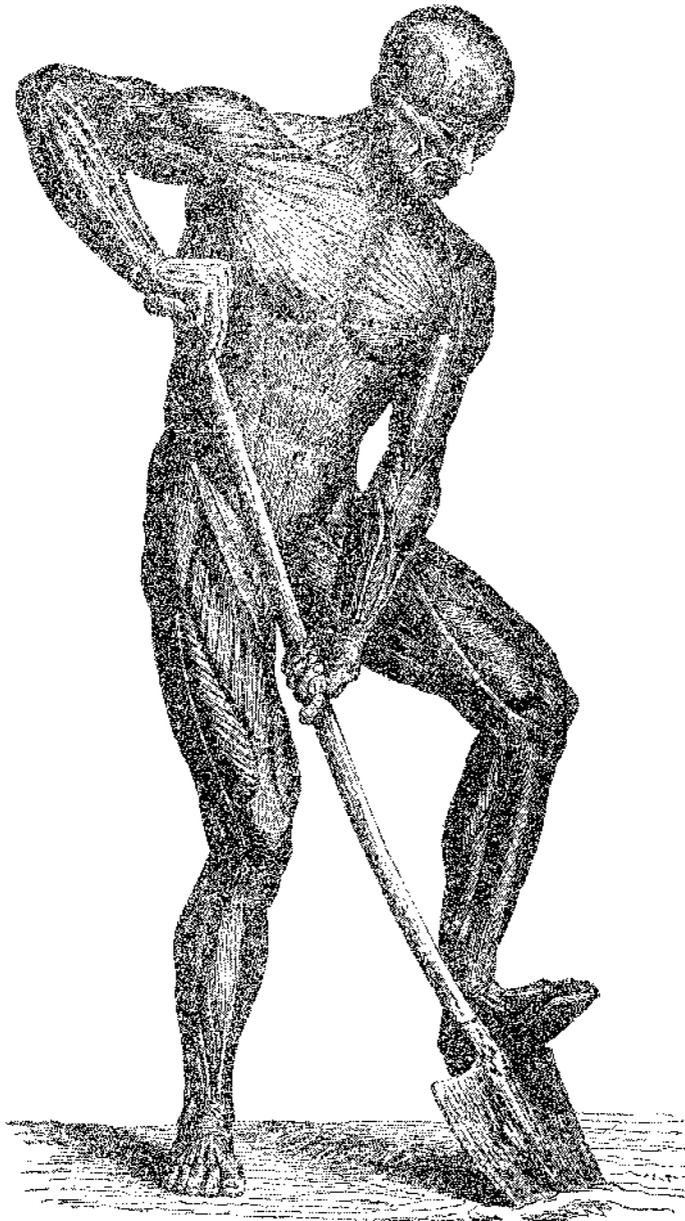
FÖHN

Heft 1 „Bergbauern“
Heft 2 „Fremdenverkehr“
Heft 3 „Arbeiten“
Lire 2000 (inkl. Porto)

ZEITSCHRIFT FÜR'S TIROLER VOLK

ARBEITEN

HEFT 3



Erhältlich bei: SH - Redaktion für Südtirol, Gunter Waibl - 39031 Bruneck, Alpinstraße Nr. 6

Die nächste Nummer beschäftigt sich mit dem Thema: JUGEND

Die Zusammenstellung des nächsten Heftes wird größtenteils der Südtiroler Redaktion obliegen und dies sollte für uns Anregung und Aufforderung sein, mit mehr Beiträgen als bisher in „Föhn“ präsent zu sein! (Geschriebenes, dokumentiertes Material, Fotografien, Zeichnungen)

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
25100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 24611

Redaktion: KLAUS MENAPACE/GUIDO DENICOLO
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

Skolast, 4-6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 1200

Abonnement: Italien Lire 3000
Österreich 65 70
Deutschland DM 10

Italien: Postspartasse Konto Nr. 15/1177, Bozen

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Mittragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56, Erlaß vom 18. Juni 1956

Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%
